

(Beginn: 15.46 Uhr – Ende: 23.03 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 6. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates.

Gestatten Sie mir zu Beginn noch einen Hinweis an die Gäste auf der Zuschauertribüne. Ich bitte Sie, im Rahmen unserer Beratungen von allen Äußerungen, Zustimmungen oder Ablehnungen Abstand zu nehmen und die Ordnung unseres Hauses entsprechend einzuhalten.

Als Stimmzähler für die heutigen Wahlen benenne ich Herrn Dr. Heinen, Frau Herbers, Frau Reinhardt, Frau Laufenberg, Herrn Karaman und Frau Holländer.

Bevor wir zur Festlegung der Tagesordnung kommen, möchte ich Ihnen noch einen Hinweis zur Niederschrift unserer letzten Sitzung am 17. Dezember geben. Unter TOP 10.22 haben wir über die Sanierung des Opernhauses und den Neubau des Schauspielhauses am Offenbachplatz abgestimmt. Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es vier Abstimmungen. Beim vierten Beschluss ist in der Niederschrift das Abstimmungsverhalten der Fraktion Die Linke nicht dokumentiert worden. Ich bitte dies zu entschuldigen. Die Fraktion hatte gegen die Verwaltungsvorlage gestimmt.

Nun zur Festlegung der Tagesordnung. Die Fassung vom 2. Februar, 11 Uhr, haben Sie auf Ihren Tischen vorgefunden. Die nachträglichen Zu beziehungsweise Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Jetzt zur Festlegung des Themas der Aktuellen Stunde. Die Fraktion Die Linke hat gemeinsam mit den Einzelmandatsträgern Herrn Dr. Müser und Herrn Thor-Geir Zimmermann am 1. Februar einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Wie gehen Rat und Verwaltung mit dem Bürgerbegehren ‚Rettet das Schauspielhaus‘ um?“ eingebracht. Dieser Antrag wird als TOP 1.1 bezeichnet.

Die Fraktionen von SPD, CDU, Grüne und FDP haben gemeinsam ebenfalls am 1. Februar frist-

gemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Ausbau des Bahnknotens Köln“ eingereicht, der als TOP 1.2 in der Tagesordnung aufgeführt ist.

Wir kommen nun zur Festlegung über das Thema der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor. Wie Ihnen bekannt, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht nach § 5 Abs. 5 die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Konnte eine solche Einigung erzielt werden? - Herr Detjen, es geht jetzt nur um die Frage, ob Einigkeit erzielt werden konnte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Ich habe mich im Vorfeld der Ratssitzung an die verschiedenen Parteien gewandt und um das von uns vorgeschlagene Thema für die Aktuelle Stunde geworben. Meines Erachtens muss der Rat auf die intensive Diskussion in der Bevölkerung reagieren.

(Widerspruch bei der CDU - Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

- Herr Klipper, Sie waren doch auch auf der Veranstaltung beim Kommentar.

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

- Lassen Sie mich doch einfach einmal ausreden. - Ich schlage vor, heute zwei Aktuelle Stunden durchzuführen, obwohl das von Ihnen vorgeschlagene Thema für die Aktuelle Stunde nicht gerade aktuell ist. Über den Verkehrsknotenpunkt der Deutschen Bahn diskutieren wir schon seit 30 Jahren.

(Martin Börschel [SPD]: Über die Oper auch!)

Dazu brauchen wir doch heute keine Aktuelle Stunde durchzuführen.

Deswegen habe ich den Kompromissvorschlag, zwei Aktuelle Stunden durchzuführen. Herr Oberbürgermeister, im Prinzip ist das möglich; der Rat muss es nur wollen. Meines Erachtens muss sich der Rat an der Diskussion um das Schauspielhaus intensiv beteiligen. Also, geben Sie sich einen Ruck und diskutieren Sie dieses Thema heute. Sie sind doch sonst so diskussionsfreudig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, es ging hier allein um die Frage, ob eine Einigung zwischen den Fraktionen erzielt werden konnte. Das ist nicht der Fall, wie ich feststellen muss. Deswegen kommen wir jetzt zur Abstimmung.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Wir können doch zuerst darüber abstimmen, ob zwei Aktuelle Stunden abgehalten werden! - Zurufe von der CDU: Nein!)

Wer ist gegen die Abhaltung von zwei Aktuellen Stunden? - Das ist eine Mehrheit von SPD, Grünen, CDU und FDP. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt. Es bleibt bei einer Aktuellen Stunde.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung, zu welchem der beiden vorgeschlagenen Themen die Aktuelle Stunde durchgeführt wird. Wer spricht sich dafür aus, die Aktuelle Stunde zu dem von SPD, CDU, Grünen und FDP vorgeschlagenen Thema abzuhalten? - Das sind SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? - Damit ist entschieden, dass wir die Aktuelle Stunde zu dem von den Fraktionen der SPD, der CDU, den Grünen und der FDP vorgeschlagenen Thema „Ausbau des Bahnknotens Köln“ abhalten.

Zur Tagesordnung schlage ich, bezogen auf unsere Einladung, die Zusetzung folgender Tagesordnungspunkte vor: 4.2, 4.3, 4.4, 10.28, 12.4 ersetzt 12.3, 14.2, 17.12, 17.13, 17.14, 17.15 und 18.4.

(Markus Wiener [pro Köln]:
Was ist 17.15?)

Abgesetzt werden folgende Tagesordnungspunkte: 6.4.1, 10.3, 10.27, 16.1 und 17.1.

- Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben eine Nachfrage in Zusammenhang mit der Absetzung von TOP 10.27. Wann werden Sie diesen Punkt wieder auf die Tagesordnung setzen? Wir müssen den Zeitraum abschätzen können, um zu wissen, ob wir unseren Antrag aufrechterhalten oder ob wir ihn so lange aufschieben können, bis Sie eine Verwaltungsvorlage, die der entspricht, die Sie heute vorgelegt haben, erneut vorlegen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Granitzka, Sie haben feststellen können, dass wir heute ein Schreiben des zuständigen Ministeriums erhalten haben, aus dem sich eine ganze Reihe von Fragestellungen ergeben, die noch im Einzelfall geklärt werden müssen, sodass die Vorlage heute nicht entscheidungsfähig ist. Deshalb haben wir sie zurückgezogen. Wann darüber entschieden werden kann, dazu kann ich im Augenblick nichts sagen. Ich möchte den Beigeordneten Streitberger bitten, sich kurz dazu zu äußern.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fragen, die das Ministerium aufgeworfen hat, beziehen sich auf die Länge der Bauzeit der Nord-Süd-Stadtbahn. Man möchte gern wissen, wie lange die Bauzeit der Nord-Süd-Stadtbahn ohne Berücksichtigung des Unglücks am Waidmarkt dauern würde, wie lange es unter Berücksichtigung des Unglücks am Waidmarkt dauern würde und wie lange es unter Berücksichtigung des Unglücks am Waidmarkt und einer möglichen Planänderung im zweiten Bauabschnitt dauern würde. Die Antworten auf diese Fragen muss die KVB erarbeiten. Nach meiner Kenntnis ist die KVB schon dabei; dazu kann vielleicht Herr Fenske nähere Auskünfte geben.

Man kann nicht ad hoc sagen, dass eine Antwort darauf in 14 Tagen gegeben werden kann. Ich glaube, das wird nicht möglich sein. Wir wissen natürlich auch, dass jeder Tag, der verstreicht, weitere Baukosten auf der Baustelle erzeugt. Wenn die Entscheidung über diese Frage heute aufgeschoben wird, muss klar sein, dass sie dann aber sehr zeitnah erfolgen muss.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Können wir Herrn Fenske dazu hören?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja. - Herr Fenske.

Jürgen Fenske (KVB): Mir ist das Schreiben des Verkehrsministeriums seit heute Mittag bekannt. Zu diesem Zeitpunkt habe ich die Fragen, die der Verkehrsminister beziehungsweise sein Abtei-

lungsleiter gestellt hat, erstmals gesehen. Herr Streitberger hat eben davon gesprochen, dass drei Szenarien zum Bauzeitverlauf abgefragt worden sind. Wir versuchen gerade, zu klären, bis zu welchem Zeitpunkt wir zusagen können, sie zu liefern. Wir hatten das allerdings schon im Nachgang der Gespräche, die Anfang des Jahres stattgefunden haben, dem Zuschussgeber Nahverkehr Rheinland mitgeteilt. Möglicherweise liegt dieses Schreiben dem Ministerium nicht vor. Insofern kann ich Ihnen von dieser Stelle aus kein präzises Datum nennen, bis wann wir diese Fragen beantworten können. Ich kann Ihnen nur eine Einschätzung geben. Ich schätze, das wird zwei bis vier Wochen dauern.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Frau Kirchmeyer.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht lange ausführen, wie enttäuscht ich darüber bin, dass die Verhandlungen und Gespräche, die dazu stattgefunden haben, heute plötzlich ad absurdum geführt werden. Es ist gestern in der Sondersitzung gesagt worden, dass ein Zeitpunkt der Fertigstellung der ersten Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn in weiter Ferne liegt und keine konkreten Daten genannt werden können. Jetzt müssen sie genannt werden. Ich hoffe, dass die KVB zeitlich in der Lage ist, das so schnell zu stemmen. Ich frage mich, ob dann, wenn das zwei bis vier Wochen dauert, überhaupt noch die Möglichkeit gegeben ist, eine Tunnellösung für die Bahn realisieren zu können; denn mit jedem Tag, der verstreicht, gibt es weitere Baufortschritte und mit jedem Tag, der verstreicht, entstehen weitere Kosten.

(Beifall von Martin Börschel [SPD] und Michael Zimmermann [SPD])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Kirchmeyer, vielen Dank für Ihren Beitrag. Wir sind gerade dabei, die Tagesordnung festzulegen, und wollen nicht schon jetzt in die Sachdebatte einsteigen. Das sollten wir jetzt nicht weiter ausdehnen. - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie mussten gerade richtig feststellen, dass wir noch immer dabei sind, die Tagesordnung festzulegen. Das liegt aber am Sitzungsleiter. Hätten Sie diesen

Punkt straight abgehandelt, könnten wir gleich zur Sachdebatte kommen. Die Fraktion pro Köln hat zu diesem Tagesordnungspunkt einen eigenen Antrag eingebracht, zu dem Sie alle sich äußern können und den Sie unterstützen können. Ich plädiere dafür, dass wir zunächst einmal die Tagesordnung festlegen, ehe wir in die Debatte einsteigen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu den Dringlichkeitsanträgen. - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Ich habe noch eine Frage zu TOP 17.1. Ich möchte gerne wissen, warum dieser Punkt abgesetzt worden ist. Das hat mich doch sehr überrascht. Es geht hier um die Wahl der Mitglieder zum Kuratorium der Krankenhausstiftung Porz am Rhein.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dazu Frau Bredehorst, bitte.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Breite, es gibt offensichtlich Bestrebungen, die Satzung zu ändern. Um das zu klären, haben wir diesen Punkt zurückgezogen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen:

Die Fraktion der FDP hat einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Versicherung der Kulturgüter als Grundstock der Stiftung für die Restaurierung der Archivalien des Historischen Archivs“ gestellt; das ist TOP 3.1.14

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag dringlich.

Die Fraktion Die Linke, Herr Dr. Müser und Herr Zimmermann haben einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Oper/Schauspielhaus“ gestellt. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte gegen die Dringlichkeit sprechen. Es geht ja hier um ein Bürgerbegehren.

(Widerspruch von Dr. Martin Müser
[Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis])

- Natürlich. Es geht letztlich um das Bürgerbegehren. Jedenfalls steht Ihr Antrag in einem engen Zusammenhang dazu. - Dieses Bürgerbegehren ist gestartet. Wir sollten so viel demokratischen Anstand haben, erst einmal die Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen zu lassen,

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen, der SPD und der FDP)

statt uns auf eine solche Aktion draufzusetzen nach dem Motto: Papa Müser und Papa Detjen wissen mal was! Das wird dann schon den Rat erreichen. Dann werden wir das hier debattieren können. Deshalb lehnen wir das ab.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Herr Detjen hat sich gemeldet.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): „Papa Müser und Papa Detjen“ haben natürlich die Bürgerinitiative vorher gefragt, ob ihr das recht ist. Ihr ist das natürlich sehr recht, vor allem weil es ihr sehr wichtig ist, dass am 9. Mai, dem Tag der Landtagswahl, so oder so über ihr Bürgerbegehren oder auch über ein Ratsbürgerbegehren abgestimmt wird. Das ist doch das Entscheidende.

Meine Damen und Herren, es kommt darauf an, dass Sie hier endlich einmal Farbe bekennen und dass sich vor allem auch die Grünen, die die ganze Zeit herumeiern, entscheiden und Farbe bekennen. Das ist jetzt angesagt. Wenn wir als Rat das Bürgerbegehren selbst einleiten, haben wir die Chance, dem Frust entgegenzutreten und zu sagen: Jawohl, die Kölnerinnen und Kölner entscheiden jetzt über das weitere Prozedere. Darum geht es in unserem Antrag und nicht darum, ein Bürgerbegehren ein weiteres Mal zu zerreden, kaputtzumachen oder in den August zu schieben. Das war doch bisher die Politik der Stadtverwaltung und der bürgerlichen Parteien. Das haben Sie doch die ganze Zeit gemacht. Dem wollen wir mit unserem Antrag entgegenreten.

Wir wollen ein schnelles Verfahren und fordern insbesondere die Verwaltung auf, dafür zu sorgen, auch wenn wir heute keinen Dringlichkeitsbeschluss fassen, am 9. Mai ein Bürgerbegehren

unter breiter Beteiligung der Bevölkerung zu ermöglichen. Meines Erachtens wäre das möglich, wenn man mit der Bürgerinitiative spricht, dass die Unterschriften sofort geprüft werden und so weiter. Es ist möglich, diesen Weg zu gehen, statt einen demokratischen Prozess wieder zu zernieren und kaputtzumachen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln und von
Dr. Martin Müser [Freie Wähler - Kölner
Bürger-Bündnis])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrags. Wer gegen die Dringlichkeit ist, bitte ich um das Handzeichen. - SPD, Grüne, CDU, FDP. Wer enthält sich? - Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt. Es bleibt also bei nur einem Dringlichkeitsantrag, nämlich dem der FDP-Fraktion.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen gegen die so geänderte Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Das ist ebenfalls nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 1 auf:

**1.2 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Ausbau des Bahnknotens Köln“
AN/0250/2010**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Frau dos Santos für die Antragsteller.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen nichts Neues, wenn ich feststelle: Es besteht Handlungsbedarf, den Kölner Hauptbahnhof auszubauen. Die Dringlichkeit und die Aktualität ergeben sich daraus, dass Entscheidungen zu neuen Prioritätensetzungen in Bund und Land anstehen. Das müssen wir nutzen, um hervorzuheben, dass der Kölner Hauptbahnhof und der Deutzer Bahnhof nicht nur für unsere Stadt, sondern auch für Nordrhein-Westfalen, die Bundesrepublik und Europa von strategischer Bedeutung sind.

Insofern sage ich Ihnen nichts Neues, wenn ich feststelle: Die Hohenzollernbrücke ist ein Nadelöhr.

(Jörg Uckermann [pro Köln]:
Sehr aktuell!)

Es sind sechs Gleise nötig, um einen durchgängigen und konfliktfreien Verkehr gewährleisten zu können. Der Ausbau der Strecke Köln–Frankfurt sowie der Strecke Hansaring–Hürth-Kalscheuren auf dem Westring muss vorangetrieben werden. Diese Strecken betreffen sowohl den Nahverkehr als auch den Fernverkehr. Angesichts dessen, dass in Zukunft deutlich mehr Güterverkehr auf der Schiene abgewickelt wird, um die Klimaziele erreichen zu können, werden weder der Kölner Hauptbahnhof, der Westring noch der Deutzer Bahnhof so bleiben können, wie sie jetzt sind.

Das Problembewusstsein ist da. Jetzt gilt es, die Prioritäten richtig zu setzen und Bund und Land das klare Zeichen zu geben: Wir Kölner möchten hier handeln. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen. Aber das Land muss dann auch in Richtung Bund deutlich machen, dass Köln strategische Bedeutung für das ganze Land hat.

Bisher hat nur der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr aus Eigeninteresse diese Notwendigkeit erkannt, man merkte, dass man bestimmte Strecken nicht mehr vernünftig planen und neue Strecken nicht in Angriff nehmen kann, weil es in Köln dieses Nadelöhr gibt. Wir freuen uns, dass der VRR und Verkehrsverbund Westfalen-Lippe erwarten, dass in Köln etwas passiert. Deshalb müssen auch wir jetzt deutlich sagen: Wir wollen das für die Entwicklung unserer Stadt und unseres Landes.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das haben wir schon seit zehn Jahren gesagt!)

Es wird Zeit, dass der Bund das kapiert. Und es wird Zeit, dass die Landesregierung das kapiert und endlich eingesteht, dass Köln eine strategische Bedeutung für die Verkehrsentwicklung des ganzen Landes hat.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist eine alte Klamotte!)

Deswegen möchte ich jetzt nicht weiter auf die Einzelheiten eingehen.

(Lachen bei pro Köln - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Fragen Sie mal, wer das das erste Mal gefordert hat! 2003 haben wir das schon gemacht! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD])

Ich denke, in unserem Antrag kommt das klar zum Ausdruck.

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Ich will ein Beispiel nennen: Herr Lienenkämper, der ja über sein Ministerium heute noch zu einem anderen Punkt etwas hat verlauten lassen,

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

hat neulich bekannt, dass er eigentlich am RRX festhalten will. Einen konkreten Termin für den Baustart konnte er aber nicht nennen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sprechen wir doch über die Verbesserung der Steinstraße! Das sind unsere Angelegenheiten!)

- Ja, aber man muss auch einmal Prioritäten setzen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das haben wir doch vor zehn Jahren schon gemacht, und es ist nichts passiert!)

- Herr Klipper, regen Sie sich nicht so auf. Unter uns besteht doch Einigkeit. Es gibt die klare Notwendigkeit, den Kölner Hauptbahnhof zu ertüchtigen. Deshalb müssen wir in Richtung Bund und Land die klare Botschaft senden: Setzt euch ein! Wir sollten nicht allein dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr den Ausbau des Kölner Bahnhofs überlassen. Insofern, Herr Klipper, freue ich mich, wenn Sie dem zustimmen und sich nun ein wenig ruhiger verhalten. - Danke.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen der FDP - Martin Börschel [SPD]: Der eigene Antrag! Man sieht, dass er den Antrag mit gestellt hat! - Heiterkeit)

- Er weiß offenbar nicht, welchen Inhalt der Antrag hat, den er mit gestellt hat.

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU] - Gegenruf: Sie können ja dagegen stimmen, Herr Klipper!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächste Redner sind Herr Wolter, Herr Möring, Frau Kirchmeyer und Herr Uckermann. - Bitte, Herr Wolter.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder, der mit dem Zug

nach Köln kommt, kann auf der Hohenzollernbrücke das Altstadtpanorama genießen, auch Sie, Herr Klipper. Manchmal kann er das auch ein bisschen länger, nämlich so lange, bis der Zug endlich Einfahrt in den Bahnhof erhält. Vielleicht aber hat derjenige, während er im Zug das Panorama genoss, dann seinen Anschlusszug verpasst. Auf den Bahnsteigen herrscht drangvolle Enge. Verzögerungen und Chaos kennt jeder, der die Bahn benutzt. Der Bahnknoten Köln platzt aus allen Nähten.

Am Ende der Kette stehen die Nahverkehrskunden, die vor allen Dingen bei schlechtem Wetter mit Verspätungen, verpassten Anschlüssen und Ausfällen zu kämpfen haben. Hinzu kommt, dass sie jeden Tag in überfüllten Zügen transportiert werden; denn von „reisen“ kann man hier nicht mehr sprechen. Jedes Rindvieh, das zum Schlachter transportiert wird, hat mehr Platz als ein Reisender, der morgens im Regionalexpress von Köln nach Düsseldorf fährt.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Reden Sie doch nicht so schlecht über Köln!)

Zu einem auskömmlichen Nahverkehr ist der Ausbau des Bahnknotens Köln dringend geboten, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens. Der Bahnhof Köln mit der Hohenzollernbrücke ist ein Nadelöhr. Das hat zur Folge, dass, wenn es dort zu Störungen kommt, der Schienenverkehr bundesweit ins Stocken gerät. Der Regionalverkehr im gesamten Köln/Bonner Raum hat dann darunter massiv zu leiden. Wir wollen das den Reisenden und den Pendlern nicht länger zumuten. Deshalb muss dieses Nadelöhr beseitigt werden. Wenn irgendetwas in Köln nicht stimmt, bricht das Fahrplangefüge in der Republik zusammen. Wissen Sie eigentlich, wie viele Züge jeden Tag den Kölner Hauptbahnhof passieren? 1 250. Das heißt, im Schnitt ist das jede Minute ein Zug. 250 000 Menschen steigen in Köln ein oder aus.

Zweitens. Vor dem Hintergrund der eben von mir genannten Zahlen ist jeder investierte Euro im Vergleich zu anderen Großprojekten in der Republik von größtem Nutzen. Im Vergleich mit den Projekten von Bund und Bahn, wie zum Beispiel dem Ausbau der Strecke Nürnberg–Erfurt, dem Neubau der Strecke Ulm–Wendlingen oder auch dem Projekt „Stuttgart 21“, schneidet der Knoten Köln in der Kosten-Nutzen-Relation wesentlich besser ab. Für den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs - heute war Baubeginn - sollen 4,3 Milliarden Euro ausgegeben werden; das haben wir selbst in Köln noch nicht geschafft. Für

den Neubau der Strecke Ulm–Wendlingen sind 1,5 bis 2 Milliarden Euro und für den RRX waren - man muss wohl „waren“ sagen - 2,6 Milliarden Euro vorgesehen.

Im Allgemeinen neigt der Kölner ja nicht zur Bescheidenheit. Deshalb wundere ich mich ehrlich gesagt über die Vorschläge, die bisher gemacht worden sind. So will man versuchen, das Problem des Knotens Köln mittels eines People-Mover oder einer Seilbahn zu lösen. Ich denke, wir brauchen für dieses Problem ganz andere Lösungsansätze. Dafür will ich Ihnen einige Beispiele nennen:

- Ausbau der Gleise im Bahnhof Deutz,
- Bau von zwei zusätzlichen Gleisen im Hauptbahnhof,
- Beseitigung des Gleiswirrwarrs am Hansaring,
- Bau des Weststrings.

Das wären Maßnahmen, die uns voranbrächten. Im Rechtsrheinischen - das hat Herr Klipper eben schon erwähnt - muss natürlich der Streckenbereich Porz–Steinstraße ausgebaut werden. Das ist allerdings eine Sache, für die die Bahn noch im Obligo steht. Das ist einfach liegen geblieben.

Wir rechnen in den nächsten Jahren mit einer Zunahme des Güterverkehrs um 50 Prozent. Der Fernverkehr hat weiterhin Vorrang vor dem Nahverkehr. Zunehmend drängen private Anbieter auf den Markt und machen dem Regionalverkehr auch noch die letzten Strecken streitig. Uns liegt derzeit der Antrag eines privaten Betreibers für die Strecke Hamburg–Köln–Straßburg vor. Damit gerät wieder eine Regionalbahnlinie in Bedrängung. Es bleibt dem NVR nichts anderes übrig, als dagegen zu klagen.

Aus all diesen Gründen sehen wir konkreten Handlungsbedarf, den Knoten Köln auszubauen. Wir brauchen Verstärkerfahrten, vor allem in den Pendlerzeiten morgens und abends. Diese sind schlicht und ergreifend nicht mehr möglich. Das gilt zum Beispiel für die Strecken nach Bonn und nach Düsseldorf, aber auch für die ins Oberbergische. Haltepunkte, die wir dringend bräuchten, können nicht angefahren werden. Ich nenne hier das CFK-Gelände, Porz etc. Wir brauchen mehr Nahverkehr, der gut funktioniert, damit mehr Menschen vom Auto auf die Bahn umsteigen. Das ist wäre nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern bedeutete auch mehr Lebensqualität für die Städte. Nicht zuletzt hat auch der VRR erkannt, dass im Ruhrgebiet viele Probleme entstehen, die ursächlich mit dem Bahnknoten Köln in Verbindung stehen.

Ich komme zum Schluss. Es sind mehr Investitionen in den Schienenverkehr nötig. In Köln können wir mit verhältnismäßig - ich habe eben die Zahlen für „Stuttgart 21“ genannt - wenig Geld viele Probleme, die Auswirkungen auf das ganze Land haben, lösen.

Zum Schluss ein Appell an die Bundesregierung - an sie ist ja auch die Resolution gerichtet -: Wir hoffen, dass die Bundesregierung so viel Verstand hat, in Zusammenhang mit der jetzt anstehenden Überprüfung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes - was für ein Wort! - die Mittel nicht zu kürzen, sondern aufzustocken. Wir brauchen das Geld hier dringend. Der Bahnknoten Köln muss dringend ausgebaut werden. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Die nächste Wortmeldung kam von Herrn Möring, bitte schön.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde zu diesem Thema nimmt in der Tat eine Fragestellung auf, mit der wir uns schon seit langem beschäftigen, leider bisher erfolglos. Natürlich haben die Zwischenrufer recht, wenn sie sagen: Steinstraße & Co. beschäftigt uns doch schon seit Jahren. Die DB hat hier eine Bringschuld, aber sie erfüllt sie nicht. Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit in dieser Frage nicht ausreichend gehandelt.

Umso wichtiger ist es, dass wir jede Gelegenheit nutzen, dieses Thema voranzubringen. In der aktuellen Situation heißt das schlicht und einfach, die Gelegenheit jetzt, da die Überprüfung des Schienenwegeausbaugesetzes ansteht, beim Schopfe zu packen und zu beantragen, dass der Bahnknoten Köln in das Bundesschienenwegeausbauprogramm aufgenommen wird. Angesichts der Dimension dieses Projektes kommen wir nur voran, wenn der Knoten Köln in dieses Bundesprogramm aufgenommen wird.

Wir wissen genau, worum es geht. Die Punkte sind zum Teil schon aufgeführt worden. Der Vorrang des Fernverkehrs behindert unseren Nahverkehr extrem; Beispiele dafür sind genannt worden. Insbesondere die letzten europarechtlichen Regelungen, die den Vorrang des Fernverkehrs im internationalen Verkehr vor jeglichem anderen Verkehr postulieren, führen im Zweifels-

fall dazu, dass wir sowohl mit unserem Nah- als auch mit unserem Regionalverkehr hintanstehen. Das geht nicht. Denn wenn es uns nicht gelingt, in Berufsspitzenzeiten die Nahverkehrssituation zu verbessern, wird das die Konsequenz haben, dass es dann auch zu Verkehrsstaus bei allen anderen Verkehrsträgern kommt. Also müssen wir bei diesem Thema vorankommen.

Herr Wolter, Ihr Seitenhieb auf die Seilbahn geht völlig fehl. Eine Seilbahn oder eine wie auch immer geartete Verbindung zwischen Köln-Hauptbahnhof oder Köln-Dom und Köln-Messe verfolgt hauptsächlich den Zweck, die DB aufzufordern, den Fernverkehr so zu planen, dass nicht jeder Zug, der Köln anfährt, zweimal über die Hohenzollernbrücke fahren muss. Wenn es uns gelingt, die DB davon zu überzeugen, dass der Deutzer Bahnhof attraktiv ist, werden Kapazitäten im Nahverkehr auf der Hohenzollernbrücke frei. Darum geht es, um nichts anderes. Deswegen ist es richtig, einen solchen Vorstoß zu unternehmen. Das bringt das Thema voran.

Sowohl der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr als auch der Verkehrsverbund Westfalen-Lippe haben darauf hingewiesen - zuletzt auf der Bilanzpressekonferenz des VRR und in den Beratungen des Verkehrsverbundes Westfalen-Lippe -, dass die Lösung der Probleme im Knoten Köln auch für diese Regionen sehr wichtig ist. Das gilt für alle Bereiche: Fernverkehr, Regionalverkehr, Nahverkehr und Güterverkehr. Für unsere Region ist das lebenswichtig, aber die Auswirkungen gehen weit darüber hinaus.

Es geht nicht an, dass „Stuttgart 21“, eher ein 6- als ein 4-Milliarden-Projekt, alle anderen Mittel bindet und dadurch der tatsächliche Nutzen, den wir im Nah- und im Regionalverkehr erreichen können, auf diese Weise absorbiert wird.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine Schweinerei!)

Unsere Resolution soll das allen Beteiligten ins Bewusstsein rufen. Deswegen haben wir sie nicht nur an die Landesregierung und an die Bundesregierung, sondern auch an unsere Mandatsträger in Land und Bund adressiert, um ihnen Argumente an die Hand zu geben, sich dafür einzusetzen, dass es Zeit wird, das Problem am Bahnknoten Köln zu lösen, statt es weiter aufzuschieben. Ich bitte Sie daher, diese Resolution zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Möring. - Als Nächstes spricht Frau Kirchmeyer.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Herr Oberbürgermeister, kann man die Resolution für die Ratsmitglieder transparent machen? - Gegenruf: Die ist verteilt worden!)

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bahnknoten Köln war, ist und bleibt dringlich. Wir werden heute nicht das letzte Mal darüber diskutieren; dessen bin ich mir ganz sicher. Ich kann natürlich die Aufregung insbesondere die der verkehrspolitischen Sprecher angesichts der Entwicklungen bei der Nord-Süd-Stadtbahn verstehen, aber in diesem Punkt hier müssen wir alle jetzt an einem Strang ziehen.

Ich möchte nicht all das wiederholen, was meine Vorredner schon gesagt haben. Nur so viel: Der Bahnknoten Köln stellt einen zentralen Punkt dar und ist für das Wirtschaftszentrum und für die Region außerordentlich wichtig.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Der Wirtschaftsraum Köln braucht den Bahnknoten. Die Deutsche Bahn AG zeigt sich in vielen Punkten beratungsresistent beziehungsweise sie macht Zusagen, die sie dann nicht einhält. Ich erinnere nur an die Maßnahme Steinstraße, mit deren Realisierung sie weit hinterher hinkt.

Ich appelliere an Sie alle: Unterstützen Sie die Resolution! Wir alle müssen jetzt an einem Strang ziehen, damit auch unsere Kollegen im Land und im Bund, aber auch die Regierung merkt: Wir alle sind uns in dem Willen einig, dass die Region gestärkt wird. Daher unterstützen auch wir diese Resolution. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Kirchmeyer. - Nächster Redner ist Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer und sonstige Anwesende! Wir haben uns sehr intensiv auf diese Ratssitzung vorbereitet. Gestern Abend haben wir einen Antrag der SPD, der CDU, der FDP und der Grünen auf

Durchführung einer Aktuellen Stunde bekommen. Eine Aktuelle Stunde dient dem vorläufigen Austausch zwischen der Verwaltung und der Politik zu einem Sachthema. Ich persönlich habe gesehen, wie viele hier mit dem Kopf geschüttelt haben, als das Thema genannt wurde.

Um welches Sachthema geht es hier eigentlich? Ich möchte gerne der Öffentlichkeit, insbesondere den Zuschauern auf der Tribüne, denen das nicht vorliegt, einmal vorlesen, worum es in dem Antrag geht. Es geht um den Ausbau des Bahnknotenpunktes Köln. Es heißt dazu:

Die Antragsteller beobachten mit großer Sorge, dass die Schieneninfrastruktur im Bahnknoten Köln der Verkehrsentwicklung bereits seit Jahren nicht mehr standhält und wichtige Strecken- und Bahnhofsprojekte nicht realisiert werden.

Der Bahnknoten Köln muss den verkehrlichen Herausforderungen als Nah-, Fern- und Güterverkehrsknoten für die Stadt, die Region, Deutschland und Europa gewachsen sein. Angesichts der sich verschärfenden Probleme müssen die Weichen jetzt für einen langfristigen zukünftigen Ausbau gestellt werden.

Meine Damen und Herren, darüber diskutieren wir hier. Aber wo sind die Fakten? Die Bürgerbewegung pro Köln ist auch deshalb gewählt worden, weil wir immer auf der Basis von Fakten argumentieren.

(Beifall bei pro Köln - Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der einzige Grund, warum Sie dieses Instrument der Aktuellen Stunde missbrauchen, ist, zu verhindern, dass die Bürgerbewegung pro Köln hier die Anträge stellen kann, die die Bürger wirklich interessieren.

(Beifall bei pro Köln)

Stattdessen hören wir uns hier wirklich abstruse Sachen an.

Noch etwas: Wenn schon die vier großen Parteien, die sowohl die Regierung als auch die Opposition im Bund und im Land stellen, hier gemeinsam etwas einbringen, dann aber dazu seit knapp 30 Minuten nur politisches Blabla kommt, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Menschen nicht mehr zur Wahl gehen. Wenn sich dann wirklich jemand zu Wort meldet - hier in diesem Falle durfte ich das für die Bürgerbe-

wegung pro Köln tun -, dann darf es nicht sein, dass derjenige nicht sofort das Wort erhält, sondern vor ihm erst alle Antragsteller, die überhaupt nicht vorbereitet wirkten, irgendetwas daherfilibustern können. Das war vollkommen sachfremd. Ich hätte mir gewünscht, dass der Oberbürgermeister wegen dieser sachfremden Äußerungen etwas gesagt hätte.

Es ist die ganze Zeit von einer Resolution an die Bundesregierung die Rede. Das ist hier im Stadtrat nicht zulässig. Wir sind hier für unsere Kölner Bürger da. Meine Damen und Herren, am 9. Mai ist Landtagswahl. Da können Sie sich zur Wahl stellen. Pro NRW und pro Köln tun das auf jeden Fall. Danach werden wir im Landtag diskutieren. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Es ist der Antrag gestellt, die Resolution zur Abstimmung zu stellen und sie zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu verweisen.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Welche Resolution denn?)

- Warten Sie doch mal ab.

(Markus Wiener [pro Köln]: Herr Oberbürgermeister, uns liegt keine Resolution vor! Wir würden schon gerne erfahren, worüber hier abgestimmt werden soll!)

- Herr Wiener, lassen Sie mich doch ausreden. - Für den Fall, dass nicht alle Mitglieder des Rates den Resolutionstext vor sich haben, bin ich gerne bereit, ihn vorzulesen, damit Sie wissen, worüber Sie abstimmen. Der Text lautet wie folgt:

Der Rat der Stadt Köln beobachtet mit großer Sorge für den Wirtschaftsstandort Köln, dass die Schieneninfrastruktur im Bahnknoten Köln der Verkehrsentwicklung bereits seit Jahren nicht mehr standhält und wichtige Strecken- und Bahnhofprojekte nicht realisiert werden.

Der Rat der Stadt Köln stellt fest, dass der internationale Personenfernverkehr und der internationale Schienengüterverkehr immer mehr an Bedeutung ge-

winnen, der Bahnknoten Köln in seiner Schlüsselposition in Nordrhein-Westfalen, aber auch bundesweit diesem nicht mehr gerecht wird. Beim Ausbau des europäischen Hochgeschwindigkeitseisenbahnnetzes wurde der Engpass Bahnknoten Köln nicht weiter ausgebaut. Besonders hervorzuheben ist der fehlende Ausbau der Neubaustrecke Köln-Frankfurt und die Ertüchtigung von Köln-Aachen im Zulauf auf Köln.

Ein leistungsfähiger Schienenverkehr ist für den Wirtschaftsstandort Köln lebenswichtig. Dem Rat der Stadt Köln ist bekannt, dass die Angebotsgestaltung für den Schienenpersonennahverkehr bereits heute derart eingengt ist, dass in konkreten Fällen schon die Hin- und zurückbestellung einzelner Verstärkerfahrten nicht möglich ist. Der zunehmende Wettbewerb im Fernverkehr verschärft nun weiter die Situation und führt bereits jetzt zu Trassenkonflikten, die zu Lasten des Nahverkehrs gehen. Im Zulauf auf Köln müssen insbesondere durch die Vollendung der Neubaustrecke Köln-Frankfurt auf Kölner Stadtgebiet die Konflikte zwischen Nah- und Fernverkehr ausgeräumt werden.

Der Rat der Stadt Köln fordert, dass die Einführung eines qualitativ hochwertigen Nahverkehrsangebotes und die dafür notwendige Infrastruktur durch das Rheinland und das Ruhrgebiet von der Landesregierung gemeinsam mit den regionalen Akteuren mit Hochdruck vorangetrieben werden.

Der Rat der Stadt Köln bittet Land und Bund daher, den Ausbau des Bahnknotens Köln unter Berücksichtigung der erkennbaren Konflikte im Schienenpersonennahverkehr und -fernverkehr sowie im Güterverkehr voranzutreiben.

Als vordringlichste Maßnahme fordert der Rat der Stadt Köln den Ausbau des Kölner Hauptbahnhofs und des Bahnhofs Köln-Messe-Deutz. Dies soll auch eine Erweiterung der Hohenzollernbrücke für den Schienenverkehr vorsehen. Gleichzeitig muss der sogenannte Westring zwischen Hansaring und Hürth-Kalscheuren für einen reibungslosen Schienenverkehr in Teilen ertüchtigt werden. Für den Fernverkehr fordert

der Rat der Stadt Köln, den Ausbau der Neubaustrecke Köln–Frankfurt auch auf Kölner Stadtgebiet mit durchgängig sechs Gleisen und konfliktfreien Gleiskreuzungen schnellstmöglich zu vollenden.

Der Bahnknoten Köln muss den verkehrlichen Herausforderungen als Nah-, Fern- und Güterverkehrsknoten für die Stadt, die Region, Deutschland und Europa gewachsen sein. Angesichts der sich verschärfenden Probleme müssen die Weichen jetzt für einen langfristig zukunftsfähigen Ausbau gestellt werden.

So weit die Resolution.

Ich schlage vor, die Aktuelle Stunde mit dem Beschluss zu beenden, das Thema zur weiteren Bearbeitung der Verwaltung zu geben. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen bei der Fraktion Die Linke. Damit ist das so beschlossen.

Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Zu Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Kunst- und Museumsbibliothek hier: „Kunstarchiv Werner Kittel“ von Ingeborg Kittel 5195/2009

Wer ist gegen die Annahme dieser Schenkung? - Wer enthält sich? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen. Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Schenkungsgebern.

(Allgemeiner Beifall)

Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Annahme einer Spende der C & A Mode KG, 5 Kölner Filialen zur finanziellen Unterstützung des Projektes Mitternachtsport 5106/2009

Wer spricht sich gegen die Annahme dieser Schenkung aus? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls keiner. Dann ist die Annahme bestätigt. Ich bedanke mich bei den Spendern.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

3. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Regionales Logistikkonzept“ AN/0130/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln AN/0251/2010

Herr Zimmermann, bitte.

Michael Zimmermann (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Häfen und Güterverkehr Köln AG und die Neuss-Düsseldorfer Häfen GmbH wollen in Zukunft enger zusammenarbeiten. Das hat man vor kurzem in der Presse lesen können. In der Tat, die Kooperationsverhandlungen sind weit fortgeschritten. Ein Letter of Intent ist unterzeichnet. Im Laufe des Jahres 2010 will man eine Entscheidungsvorlage für die unternehmerischen und die politischen Gremien erarbeiten. Ziel ist die Gründung einer gemeinsamen Hafen- und Eisenbahnbetriebsgesellschaft. Das Beispiel zeigt: Die HGK, der wichtigste Logistikakteur, über den die Stadt Köln verfügt, hat in ihrem praktischen unternehmerischen Handeln den städtischen Horizont längst überschritten.

Was bisher fehlt, ist ein regional ausgerichtetes Gesamtkonzept, das die Stärken des Logistikstandortes hervorhebt, seine guten Verkehrsverbindungen über Wasser, Luft, Schiene und Straße weiterentwickelt und besser miteinander vernetzt, Schnittstellen zwischen den Verkehrssystemen definiert und so dazu beiträgt, die Wirtschaftskraft dieser Stadt und der Region zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Einen weiteren Aspekt darf man aber auch nicht übersehen, nämlich die Belastungen des Ballungsraumes Köln, insbesondere durch den straßengebundenen Güterverkehr. Dieser hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen

und wird voraussichtlich auch in den kommenden Jahren weiter ansteigen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Richtig!)

Köln benötigt daher ein Logistikkonzept, das zum einen alle Verkehrsträger berücksichtigt und das zum anderen durch die Stärkung von Binnenschiff und Gütereisenbahn zu einer spürbaren Entlastung der Straßen in und um Köln und damit einhergehend auch zu einer geringen Belastung der Umwelt führt.

Das regionale Logistikkonzept, mit dessen Erarbeitung wir die Verwaltung heute beauftragen wollen, soll deshalb folgende Punkte berücksichtigen:

Erstens. Die Kooperationen mit regionalen Nachbarn wie zum Beispiel Düsseldorf, Neuss und Bonn sollen intensiviert werden. Im Hafenkonzert NRW und auch im Hafenkonzert des Bundes sind solche Kooperationen ausdrücklich gewünscht. Neuss und Düsseldorf haben sich bereits 2003 zu einer Gesellschaft zusammengeschlossen. 2007 kam es dann zu einer Beteiligung mit Krefeld; das ist ein interessanter Partner für Köln. Mit diesem und anderen regionalen Partnern Kooperationsmöglichkeiten auszuloten, Aktivitäten zu bündeln und diese besser als in der Vergangenheit zu vernetzen, muss das Ziel sein. Das regionale Logistikkonzept soll aufzeigen, welche Chancen es gibt und welche Potenziale nutzbar gemacht werden können.

Zweitens. Es soll die bessere Nutzung der vorhandenen Potenziale des Hafens Niehl I für den Umschlag von Massengütern und Containern geprüft werden. Wenn Köln von dem prognostizierten Wachstum des Güterverkehrs profitieren will, müssen ausreichend Hafenflächen für Umschlag und Logistik bereitgestellt werden. Das soll durch den Ausbau des Godorfer Hafens erreicht werden. Dieser ist ein ganz wichtiger und zentraler Bestandteil gerade auch eines regionalen Logistikkonzeptes; das möchte ich hier einmal ganz ausdrücklich sagen. Das soll aber auch durch die Optimierung bestehender Flächen im Niehler Hafen erreicht werden; denn auch dort kann es noch Möglichkeiten geben. Zur Verbesserung der Kooperation mit den regionalen Logistikpartnern ist es notwendig, dass die heutigen Kunden des Hafens Niehl befragt und in diese Untersuchung einbezogen werden.

An dieser Stelle eine kurze Anmerkung zum Änderungsantrag der Linken. Frau Stahlhofen, Herr Detjen, Sie sagen, auch der Deutzer Hafen müsse untersucht werden. Selbstverständlich wird er

im Rahmen dieses Logistikkonzeptes mit untersucht werden. Den Deutzer Hafen haben wir explizit nicht aufgenommen, weil wir dazu erst vor kurzem einen Ratsbeschluss gefasst haben. Der Rat hat damit der Verwaltung einen klaren Prüfungsauftrag gegeben, was zu tun ist. Deshalb halten wir es an dieser Stelle nicht für notwendig, das noch einmal zu wiederholen. Das zum einen. - Zum anderen ist der Ausbau des Deutzer Hafens zu einem reinen Industriehafen, wie Sie in der Begründung Ihres Antrags ausführen, nicht Teil des Auftrages, den der Rat mehrheitlich an die Verwaltung gegeben hat.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wissen Sie, wann wir das Ergebnis der Prüfung des Deutzer Hafens bekommen?)

- Ich bin leider nicht die Verwaltung, Herr Klipper. Deshalb kann ich Ihnen die Frage nicht beantworten.

Drittens. Die Potenziale vorhandener und in Planung befindlicher KLV-Terminals einschließlich Güterverkehrszentrum Eifeltor sollen ermittelt und im regionalen Logistikkonzept dargestellt werden. Die Marktuntersuchungen, die während der Planfeststellung für den KLV-Terminal Nord durchgeführt worden sind, sollen vor dem Hintergrund der sich fortlaufend verändernden Liefer- und Versandstrukturen überprüft und fortgeschrieben werden.

Viertens. Im Rahmen der Erstellung des regionalen Logistikkonzeptes ist aus unserer Sicht die Einrichtung einer Güterverkehrskonferenz unter Einbeziehung der regional bedeutsamen Akteure der Logistikwirtschaft sinnvoll. Nur so kann auch zukünftig sichergestellt werden, dass das regionale Logistikkonzept nicht nur eine Momentaufnahme bleibt, sondern laufend an die sich ständig verändernden Anforderungen angepasst werden kann.

Meine Damen und Herren, das sind die Rahmenbedingungen, unter denen wir diesen Auftrag an die Verwaltung geben wollen. Wir bitten Sie um Ihre Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ich will darauf hinweisen, dass sich im Vorfeld bereits Herr Frank, Herr Granitzka, Herr Sterck und, eben durch Zuruf, Herr Detjen und Herr Uckermann zu Wort gemeldet haben. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich möchte noch auf einzelne Aspekte eingehen; denn die Struktur des Auftrags an die Verwaltung, ein regionales Logistikkonzept zu erstellen, hat Kollege Zimmermann ja eben dargelegt.

Klar ist: Der Trend geht zu regionalen Kooperationen. Im Oktober 2009 war in der *Rheinischen Post* zu lesen, dass am Niederrhein - zwischen Duisburg und Emmerich liegen rund 60 Kilometer Luftlinie - sechs verschiedene Häfen entlang des Rheins kooperieren wollen. Sie sind dabei, einen Masterplan aufzustellen, betreut vom Fraunhofer-Institut für Materialfluss und Logistik in Dortmund. 2010 soll dieser Masterplan stehen. Zeitgleich heißt es in der *Rheinischen Post* vom 27. Oktober 2009:

Die privaten Bahnen von Bonn bis Duisburg sollen zusammengefasst und mit dem Massentransport auf dem Rhein vernetzt werden. Der Krefelder Hafen soll nach diesem Plan ein Umschlagzentrum werden.

Der Trend geht also längst zu regionalen Kooperationen.

Nur wir haben offiziell noch ein veraltetes Hafengesamtkonzept aus den späten 80er-Jahren, das ausschließlich auf das Stadtgebiet bezogen ist und tatsächlich nur noch als ein historisches Dokument bezeichnet werden kann. Es ist klar: Wenn eine Stadt wie Köln im Zusammenhang mit großen Infrastrukturplanungen agieren will, muss sie das im regionalen Maßstab tun und sich dafür Partner suchen. Ansonsten hat sie keine Aussicht auf Erfolg. Das gilt nicht nur für die Ausweisung großer Industrieflächen, sondern auch für logistische Planungen. Der vorangegangene Tagesordnungspunkt, bei dem es ja nicht nur um den Personen-, sondern auch um den Güterschienenverkehr ging, ist ein weiterer Hinweis darauf, dass das natürlich erst recht für den Verbund der verschiedenen Güterverkehrsträger, insbesondere der Binnenschifffahrt, gilt. Köln hat also regionalpolitisch gesehen Nachholbedarf, um wettbewerbsfähig zu werden.

Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Es gibt, wie eben schon ausgeführt, erste gute Ansätze wie die Aufnahme von Kooperationsverhandlungen zwischen der HGK und der Neuss-Düsseldorfer Häfen GmbH. Wenn es zu dieser Kooperation kommt, wird sie in ihrem Gebiet über sieben Hafenstandorte verfügen. Sie hätte leistungsstarke Umschlaganlagen. Es gibt ein durchaus leistungsfähiges Eisenbahnver-

kehrsnetz. Es ist also schon eine Reihe von Grundvoraussetzungen vorhanden, um hier wirklich einen Schritt nach vorn zu tun.

Im Gegensatz zum alten Hafengesamtkonzept werden durch ein regionales Logistikkonzept all die Reserven, die im Kölner Bereich bisher nicht genutzt werden, erschlossen werden müssen. Das gilt insbesondere für Niehl I. Aufgrund der Hinweise im Planco-Gutachten wissen wir inzwischen, dass es dort größere Flächenanteile gibt, die hafenaffin genutzt werden können, was ja lange Zeit bestritten wurde. Das gilt natürlich auch für die Verbindung zum neuen KLV-Terminal. Dadurch, dass es zu Verlagerungen kommen wird, werden Reserven frei, die für den wassergebundenen Umschlag von Bedeutung sind. Insofern steckt in diesem Logistikkonzept eine große Chance.

Wir verhehlen auch nicht - da liegen sicherlich die beiden Antragsteller ein Stück auseinander -, dass wir darin auch die Chance sehen, auf den Ausbau des Godorfer Hafens endgültig zu verzichten. Wir wissen, der Baustopp gilt. Wenn der Baustopp bestätigt wird, muss erst recht nach neuen Möglichkeiten Ausschau gehalten werden, zumal rein ökonomisch gesehen die Reserven, die dort geschaffen werden müssten, viel zu gering wären, um den zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden. Das ist ja unsere Hauptkritik an diesem Hafen. Insofern ist die Zusammenarbeit mit Bonn und mit Neuss-Düsseldorf von großer Bedeutung. Dabei sollte die HGK als Dienstleister fungieren.

Dieser Auftrag richtet sich bewusst an die Verwaltung. Die Verwaltung soll das steuern. Sie soll die zuständigen Ausschüsse zeitnah über den Fortgang unterrichten und die Politik in geeigneter Form einbinden, beispielsweise in einer Güterverkehrskonferenz, mit der wir ja schon vor etwa 15 Jahren gute Erfahrungen gemacht haben. Ich glaube, das ist ein Start in die Zukunft.

Zum Antrag der Linken hat Herr Zimmermann schon alles gesagt. Dieser Antrag ist tatsächlich rückwärts gewandt. Wir haben einen Ratsauftrag aus dem September 2009. Der sieht zwar durchaus eine weitere Nutzung des Deutzer Hafens vor, aber wir wollen dort in eine Mischnutzung umsteigen, die auch Wohnen und Gewerbe zulässt und damit einen allmählichen Strukturwandel im Deutzer Gebiet ermöglicht. Als Industriehafen hat der Deutzer Hafen keine Perspektive mehr. Das ist, denke ich, inzwischen hinreichend untersucht. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie von Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Frank. - Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag von SPD und Grünen ein regionales Logistikkonzept betreffend versetzt uns gleichermaßen in Erstaunen wie in Verwunderung.

In Erstaunen hat es uns deshalb versetzt - um es gleich vorweg zu sagen -, weil nach unseren Informationen alles, aber auch alles, worauf dieser Antrag abzielt, schon konzipiert ist und er sich nach unserer Meinung schlichtweg erübrigt. Ich zitiere aus einer Stellungnahme des Abteilungsleiters Finanzen, Materialwirtschaft, Beteiligungen der Häfen und Güterverkehr Köln AG, die mit den Worten abschließt: „Die in dem Ratsantrag zum regionalen Logistikkonzept aufgeworfenen Fragen sind damit bereits beantwortet, in konkrete Planungen umgesetzt beziehungsweise realisiert, sodass es aus unserer Sicht einer Beauftragung der Verwaltung mit dieser Untersuchung nicht bedarf.“ In der Tat steht, wie Sie selbst gesagt haben, eine Vereinbarung zwischen Köln und Neuss-Düsseldorf unmittelbar vor dem Abschluss, und es sind von der HGK weit darüber hinausgehende Logistiknetze gestrickt worden. Sie zitieren das Planco-Gutachten, lassen aber eine Hälfte außer Acht. Den KV-Masterplan für die Region haben Sie gar nicht erwähnt. Ich sage Ihnen: Wir sind schon sehr erstaunt.

Unsere Verwunderung aber geht tiefer. Denn Sie, meine Damen und Herren, müssen sich fragen lassen: Haben Sie eigentlich angesichts dessen, was dieser Stadt droht, keine anderen Sorgen? In dieser Stadt türmen sich die Probleme auf, und Ihr einziger Beitrag zu einer Mammuttagesordnung wie der heutigen ist ein höchst überflüssiger Antrag zu einem Logistikkonzept, das bereits konzipiert ist.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel
[SPD]: Sie haben das nicht verstanden!)

Ich bin sehr erstaunt, dass so die „Zukunft für eine nachhaltige Politik in Köln“ aussehen soll, wie Sie in Ihrer Koalitionsvereinbarung vollmundig verkündet haben. Ich sehe diesen Antrag nicht als einen Beleg für „kreative Ideen, Kompetenz und Weitblick“, wie Sie darin schreiben.

(Martin Börschel [SPD]: Zum Glück sind Sie nicht maßgebend!)

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, unbegreifliche viereinhalb Monate haben Sie sich Zeit gelassen, um ein 76 Seiten langes Papier zur Welt zu bringen, das alles andere als ein konkretes Programm ist. Ihre Koalitionsvereinbarung ist ein Sammelsurium von Unverbindlichkeiten und Ungefährem. Wo es nötig ist, legen Sie sich nicht fest. Ein typisches Beispiel dafür, dass Sie sich nicht festlegen und den Kölnerinnen und Kölnern Sand in die Augen streuen wollen, ist ebendieser Antrag. Er soll nichts anderes als ein Tarnnetz über die Sollbruchstelle Ihres Bündnisses, nämlich den Godorfer Hafen, legen. Damit - Sie haben es eben gesagt, Herr Frank - Ihr Bündnis nicht jetzt schon in die Brüche geht, bringen Sie solche netten Anträge ein, um die Leute glauben zu machen, Sie würden die Logistik weiter voranbringen, obwohl, wie ich anfangs schon sagte, all das bereits realisiert worden ist. Nach einem neuerlichen Gerichtsentscheid, den wir erwarten, schreiben Sie in Ihrem Papier lapidar, dass Sie danach einander konsultieren wollen. Toll! Wir dürfen gespannt sein, was bei dieser Koalition dabei herauskommt.

Meine Damen und Herren, die Koalition hat an vielen Stellen ihrer Vereinbarung bewusst den Weg ins Ungenaue gewählt, statt klare Linien zu ziehen. Dazu gehört auch dieser Antrag. Sie wollen alles prüfen, Sie stellen alles unter Finanzierungsvorbehalt. Sie prüfen gerne auch ergebnisoffen, wie zum Beispiel im Bereich Stadtentwicklung den Fachhochschulkomplex in Deutz oder auch den Rückbau von Straßen. Dadurch soll Köln ein Stück zurückgegeben werden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Von welchem Antrag sprechen Sie denn jetzt?)

- Frau Moritz, ich spreche zu Ihrem Antrag. - „Wir können es kaum erwarten“, dass Köln ein Stück Stadt zurückgegeben wird, nämlich dann, wenn wir nach Ihrem Willen, Frau Moritz, im Berufsverkehr anstatt über die Rheinuferstraße im Bötchen von Rodenkirchen nach Deutz fahren.

(Beifall bei der CDU - Barbara Moritz
[Bündnis 90/Die Grünen]: Gestern Abend war es noch ein Schiff!)

Das ist die Qualität, die Sie hier liefern. Ich sage Ihnen: Das nehmen wir Ihnen nicht ab.

(Beifall bei der CDU)

Ich fasse zusammen: Der vorliegende Antrag zum Logistikkonzept lässt erahnen, wie das Bündnis mit lebenswichtigen Themen umgehen beziehungsweise wie es sie umgehen wird. Er ist symptomatisch für den rot-grünen Koalitionsvertrag, den wir als ein Dokument von Stillstand und Rückschritt werten. Selbstverständlich lehnt die CDU-Fraktion Ihren Antrag ab, weil damit nichts anderes als Scheingefechte geführt und Tarnnetze ausgelegt werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Granitzka. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Granitzka hat diesen Antrag genutzt, um jetzt eine Generaldebatte über den Koalitionsvertrag zu eröffnen. Es wäre sicherlich gut, einmal an geeigneter Stelle über die Inhalte dieses Vertrages zu diskutieren. Auch wenn Herr Granitzka viel Richtiges über die Defizite dieses Koalitionsvertrages gesagt hat, möchte ich jetzt doch wieder auf den Kern des Antrages zurückkommen.

Herr Zimmermann und Herr Frank haben schon eine ganze Menge zum Thema Logistik gesagt. Ich als gelernter Speditionskaufmann könnte dazu auch noch jede Menge beitragen, aber das erspare ich Ihnen heute. Stattdessen will ich jetzt auf Ihren Antrag genauer eingehen.

Lieber Winrich Granitzka, im Gegensatz zu dir muss ich doch konstatieren, dass hier ein gewisses Umdenken eingesetzt hat. Das bipolare Hafenkonzept von 1988 ist angesprochen worden. Bisher gab es ja in Köln die Auffassung, die sozusagen genetisch aus dem alten Stapelrecht heraus weiterentwickelt wurde. Vor gut 750 Jahren erhielt Köln das Stapelrecht - so wollte die HGK auch heute noch Hafenpolitik und Logistik in Köln verstanden wissen: Jeder Container, der an Köln vorbeischippert, sollte doch bitte einmal in einem Kölner Hafen umgeladen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dass jetzt die HGK Richtung Düsseldorf und Neuss die Fühler ausstreckt und eine Kooperationsvereinbarung geschlossen werden soll, ist schon eine neue Qualität. Durch diesen Antrag wird das zum ersten Mal deutlich gemacht.

Natürlich - auch da hat Winrich Granitzka recht - ist der Antrag gewissermaßen ein Manöver, um die rot-grüne Uneinigkeit in Sachen Godorfer Hafen etwas zu übertünchen.

(Martin Börschel [SPD]: Wollen wir doch gar nicht!)

Es wird wortreich vernebelt, dass es hier einen Dissens gibt. In den Ausführungen der beiden Redner ist das anders zum Ausdruck gekommen, als es hier im Antrag steht. Eigentlich wäre - das hat Kollege Frank vollkommen zu Recht gesagt - ein Moratorium in Sachen Godorfer Hafen notwendig. Ehe wir dieses regionale Logistikkonzept haben, passiert am Godorfer Hafen erst einmal gar nichts. Allerdings vermisse ich die Aussage, dass dieses neue regionale Logistikkonzept das bipolare Hafenkonzept von 1988 ersetzt. Herr Frank hat es vollkommen zu Recht als ein eher historisches Dokument bezeichnet. Wenn wir von der FDP einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt hätten, hätte es dafür hier sicherlich keine Mehrheit gegeben. Deswegen haben wir uns auf solche Spielchen nicht eingelassen.

Aber, lieber Winrich Granitzka, angesichts dessen, welche Forderungen in dem Antrag formuliert sind, meine ich: Es ist richtig, dass der Rat der Stadt Köln einen entsprechenden Beschluss fasst und dieses neue Denken festschreibt. Zum einen ist der Punkt der regionalen Zusammenarbeit - wir von der FDP haben das in den letzten Jahren mehrfach beantragt, auch gemeinsam mit den Grünen - noch nie hier vom Rat verabschiedet worden, auch wenn die HGK heute schon einen Schritt weiter ist. Zum anderen wird die Frage, wie mit den Reserveflächen in Niehl umgegangen wird - es ist bisher immer bestritten worden, dass es die gibt -, zum ersten Mal hier zur Beschlusslage erhoben.

(Beifall bei der FDP sowie von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Von daher zitiere ich zum Schluss meinen ehemaligen Ratskollegen und Stellvertreter Dietmar Repgen. Er hat ja zum Thema Godorfer Hafen einige Reden gehalten, zum Beispiel auch am 26. September 2002. Dort hat er gesagt:

Der Niehler Hafen muss ertüchtigt werden. Das Hafenbecken wird nicht sinnvoll genutzt. Das muss geändert werden. Des Weiteren muss die Kooperation mit anderen Häfen auf der Rheinschiene intensiviert werden. Es gibt inzwischen keinen Zweifel mehr, dass das

in der Vergangenheit vernachlässigt worden ist.

Das hat Dietmar Reppen schon im September 2002 gesagt. Seitdem sind acht Jahre vergangen. Es ist viel Wasser den Rhein heruntergeflossen, und wir waren nicht weitergekommen. Ich bin froh, dass es jetzt ein Umdenken in diesem Rat und bei der HGK gibt. Ich hoffe, dass es irgendwann auch in Sachen Godorfer Hafen noch ein Umdenken geben wird. Deswegen werden wir uns Ihrem Antrag nicht verschließen und dem zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Sterck. - Als Nächster spricht Herr Detjen.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Hallo?)

- Ja, danach.

(Jörg Uckermann [pro Köln]:
Wir sind größer!)

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Uns kommt es so vor, als würde Rot-Grün mit diesem Antrag die Verwaltung bitten, ihre Koalitionsprobleme aufzuarbeiten. Kollege Frank hat ja eben angedeutet, dass man einen Kurswechsel will.

Das Thema Kooperationen ist ja nicht neu. Ich habe schon in der Debatte um den Godorfer Hafen zur Sprache gebracht, dass das eine Möglichkeit ist, die Entscheidung über die Zukunft des Godorfer Hafens noch aufzuschieben. Jetzt aber ist die Zukunft des Godorfer Hafens entschieden.

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nicht mit uns! - Zuruf)

- Ja, natürlich ist das entschieden, oder wollen Sie, Herr Zimmermann, doch noch den Ausbau des Godorfer Hafens stoppen? Das wäre zwar sehr sympathisch, aber ich sehe das im Moment nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich sehe vielmehr, dass es einen Deal bei Rot-Grün gibt, der ungefähr so aussieht: Die SPD bekommt den Godorfer Hafen, und die Grünen müssen der Bürgerinitiative in Rodenkirchen eins vor den Latz hauen. Dafür bekommen die Grünen die Yuppiewohnungen im Deutzer Hafen,

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen - Unruhe)

womit die SPD der Gewerkschaft eins vor den Latz haut. So sieht meines Erachtens Ihr Kompromiss aus.

Interessant ist ja, dass die SPD, die gemeinsam mit der Gewerkschaft und den Linken immer für den Industriehafen gestritten hat, im Koalitionsvertrag diese Position aufgegeben hat; denn darin steht jetzt, dass der Deutzer Hafen einer Mischnutzung zugeführt werden soll. Das ist eben der Kompromiss, von dem ich eben sprach. Die Verwaltung muss nun die Arbeit zu diesem Kompromiss machen und wird aufgefordert, das Ganze theoretisch zu begründen und so weiter. Und da setzt unsere Kritik an. Ihren Kurs - bezogen auf den Godorfer Hafen ist er ja durchaus positiv; das muss man feststellen; vielleicht besteht ja hier noch eine Chance; das will ich nicht ausschließen -, den Deutzer Hafen einer Mischnutzung zuführen zu wollen, können wir nicht mitgehen. Sie übernehmen unseren Änderungsantrag doch deshalb nicht, weil Sie den Deutzer Hafen einer Mischnutzung zuführen wollen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Hat der Rat beschlossen!)

- Der Rat hat das überhaupt nicht beschlossen.

(Zurufe: Natürlich! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Im September!)

Der Rat hat beschlossen, dass man das prüft. Sie wissen ganz genau, Herr Zimmermann, dass es auf dem Gelände des Deutzer Hafens nie eine Wohnnutzung geben wird. Es ist schon aus Gründen des Hochwasserschutzes nicht möglich, den Deutzer Hafen zu einem grünen Yuppiewohngebiet umzufunktionieren. Deswegen können wir diesem Antrag nicht zustimmen. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Detjen. - Nächster Redner ist Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Braucht eine Stadt wie Köln ein Logistikkonzept? Selbstverständlich, aber nicht, wenn Sie es so anpacken, wie Sie es hier tun. Sie packen es nämlich schon vom Ansatz her vollkommen falsch an. Wir haben ja eben gehört - das ist vollkommen richtig;

das merkt jeder hier, selbst die Zuschauer auf der Tribüne -, dass es sich eher um die Verschleierung tatsächlicher Probleme handelt. Darum möchten wir von der Bürgerbewegung pro Köln das Thema jetzt wieder auf die Sachebene ziehen und einmal näher beleuchten, was Sie in Ihrem Antrag tatsächlich fordern.

(Unruhe)

- Herr Oberbürgermeister, könnten Sie dafür sorgen, dass das Gerede dort unten leiser wird?

(Karsten Möring [CDU]: Wir haben Redefreiheit!)

- Sie haben Redezeit, wenn Sie dran sind, Herr Möring.

(Beifall bei pro Köln - Zuruf: Die Zeit läuft!)

- Ja, das ist Ihre Methode. Aber ich spreche trotzdem weiter.

Punkt 1: Darstellung der Kooperationsmöglichkeiten mit den kommunalen Nachbarn, darunter Bonn und Düsseldorf. - Für uns stellt sich die Frage, ob Sie mit denen überhaupt schon einmal gesprochen haben. Eben hat Herr Frank dokumentiert, dass er lesen kann, und zwar die *Rheinische Post*. Er hat gelesen, dass man zwischen Düsseldorf und anderen niederrheinischen Städten eine Kooperation plant. Er hat uns aber vorgehalten, dass diese Städte gemeinsam eine Bahnlinie nach Belgien mit einem Anschluss an den Hafen Antwerpen planen, weil sie eben nicht alles über Rotterdam abwickeln wollen. Da stellt sich natürlich die Frage, ob Köln da noch mit einsteigen kann. Ich frage mich auch, warum Sie mit Ihrer Partei auf Landesebene nicht geklärt haben, ob das noch möglich ist. In Köln gab es ja schon des Öfteren das Problem, dass wir hier im Rat zwar schöne Beschlüsse fassen, das Land aber dann Nein sagt. Wir haben eben erlebt, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, Ihre Vorlage zurückziehen mussten, weil Sie sich nicht mit dem Land abgestimmt haben. Das wollen wir in dieser Sache nicht noch einmal erleben.

(Beifall bei pro Köln)

Punkt 2: Sie beauftragen die Verwaltung, Kooperationsmöglichkeiten der HGK mit regionalen Logistikpartnern, zum Beispiel anderen Häfen, zu prüfen. - Meines Wissens ist die HGK eine Aktiengesellschaft. Daher ist der Stadtrat überhaupt nicht dafür zuständig. Man kann darüber diskutieren, ob es richtig war, aus einem städtischen Amt eine Aktiengesellschaft zu machen. Aber ei-

ne Aktiengesellschaft hat einen Vorstand und einen Aufsichtsrat. Dort müssen diese Dinge erst einmal besprochen werden. Erst wenn sie dort spruchreif sind, können Sie das hier einbringen. Ansonsten werden Sie wieder Schiffbruch erleiden, weil Sie etwas in der Öffentlichkeit zerreden, ohne es vorher abgestimmt zu haben. Eine solche Sache muss, im wahrsten Sinne des Wortes, wasserdicht gemacht werden. Es ist doch das alte Kölner Problem, dass zu viel herumgeschwätzt wird und die Leute, mit denen man gemeinsam etwas machen will, dann gar kein Interesse mehr daran haben.

(Michael Zimmermann [SPD]:
Das ist wahr!)

Punkt 3: Ausschöpfung bislang anderweitig oder mindergenutzter Potenziale im Hafen Niehl für den wassergebundenen Containerumschlag. - Meine Damen und Herren, das ist doch selbstverständlich. Es kommt ja nicht nur darauf an, dass die Container in Köln anlanden, um die Güter zu bringen, die diese Stadt und ihre Industriebetriebe brauchen. Wir müssen uns auch fragen, wie die Container zu ihrem tatsächlichen Standort kommen. Es ist immer noch eine ungelöste Frage, wie die Container aus dem möglichen Hafen Godorf ins Rechtsrheinische kommen. Harry Blum hat früher immer gefragt: Wie soll das funktionieren, wenn wir keine weitere Rheinbrücke haben? Ohne weitere Brücke werden die Container durch Köln ins Rechtsrheinische gefahren werden. Die Container sind Einfamilienhäuser auf vier Rädern. Wollen wir das unserer Stadt zumuten?

Punkt 4: Ermittlung der Potenziale vorhandener und in Planung befindlicher Terminals beziehungsweise des GVZ Eifeltor. - Keiner weiß, was das heißt. Es wäre schön gewesen, wenn Sie uns das einmal näher erklärt hätten.

(Helmut Jung [CDU]: Verkehrszentrum!)

- Ja, das konnte man sich denken. Schön, dass Sie es jetzt noch einmal gesagt haben. - Aber die Frage ist doch, warum man das nicht vorher geklärt hat. Jetzt ist es schon im Bau.

Punkt 5: Die Verwaltung soll die Einrichtung einer Güterverkehrskonferenz mit den in der Region relevanten Logistikakteuren prüfen. - Meine Damen und Herren, darauf fällt mir nur eines ein: Wenn du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis.

(Beifall bei pro Köln)

Darum können wir diesem Antrag hier wirklich nur bedingt zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag.

Über den weitergehenden Antrag, nämlich den Änderungs- und Zusatzantrag der Fraktion Die Linke, stimmen wir zuerst ab. Wer spricht sich gegen den Antrag der Fraktion Die Linke aus? - SPD, Grüne, CDU, FDP, pro Köln, Herr Dr. Müser. Gibt es Enthaltungen? - Herr Zimmermann. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt gegen diesen Antrag? - CDU und pro Köln. Wer enthält sich? - Die Linke enthält sich. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 3.1.2, dazu gibt es einen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Februar 2010 gemäß § 13 der Geschäftsordnung des Rates - -

(Zurufe: Der liegt nicht vor! - Andreas Köhler [CDU]: Können wir das einmal klären?)

- Ich höre gerade, dass er Ihnen noch nicht vorliegt. Er wird wohl im Moment noch umgedruckt. Sie werden ihn sofort nach der Vervielfältigung erhalten.

(Andreas Köhler [CDU]:
Das ist etwas spät!)

Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich würde bitten, diesen Tagesordnungspunkt mit dem nächstfolgenden Punkt zu tauschen; denn es macht wenig Sinn, über einen Antrag zu sprechen, den wir noch nicht zur Kenntnis genommen haben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Wenn Sie damit einverstanden sind, ändern wir die Tagesordnung insoweit, dass wir den Tagesordnungspunkt 3.1.3 vorziehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf:

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Anhebung der Anzahl der karnevalistischen Volkssitzungen auf dem Neumarkt“ AN/0071/2010

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Herr Wolf.

Manfred Wolf (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Neumarkt ist seit Jahrhunderten ein Markt- und Handelsplatz. Schon im Jahre 1076 wurde er als solcher erwähnt. Seit etlichen Jahrhunderten trafen und treffen sich hier die Kölnerinnen und Kölner zu unterschiedlichen Anlässen. Ein solcher Anlass ist die Volkssitzung der Karnevalsgesellschaft Alt-Köllen. Schon im 19. Jahrhundert - den meisten von Ihnen wird das bekannt sein - war der Neumarkt, und nur der Neumarkt, an Karneval Schauplatz des Kölner Rosenmontagszuges. Am 10. Februar 1823 wurde er erstmals von einem Festkomitee organisiert und durchgeführt.

Meine Damen und Herren, seitens der Verwaltung wird nun diese populäre karnevalistische Volkssitzung nur eingeschränkt genehmigt. Zu zwei Sitzungen gibt es ein Ja, aber für eine dritte gibt es eine Absage. Wieso und warum? Eine treffende Antwort bleibt aus. Was spricht eigentlich gegen eine dritte Sitzung? Das Zelt steht doch schon dort.

Man darf auch nicht vergessen: Diese Sitzung kommt einem karitativen Zweck zugute. Die Erträge dieser Sitzung gehen an soziale und medizinische Einrichtungen. Ich möchte hier nur einige Beispiele nennen: In einem Jahr ging der fünfstellige Erlös an ein Obdachlosenzentrum. Mit einer Finanzspritze von damals 10 000 DM konnte die heute erfolgreiche und bekannte Kampagne „Keine Kurzen für Kurze“ vor dem Aus gerettet werden. In den letzten Jahren ging der Erlös ausschließlich an die Kinderkrebsstation der Uniklinik Köln, in Person von Herrn Professor Berthold. Ich möchte den Stadtdirektor ausdrücklich einladen, dort einmal die Forschung zu beobachten. Ich glaube, Herr Stadtdirektor, wenn Sie einmal dort waren, werden Sie auch eine vierte Sitzung genehmigen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Volkssitzung der K.G. Alt-Köllen erfreut sich, wie jetzt auch wieder

zu lesen war, jedes Jahr großer Beliebtheit. Dennoch wurde 2008 erwogen, dieses Karnevalshighlight an einen anderen Platz zu verlegen, was ja bekanntermaßen für großen Aufruhr sorgte. Sie werden sich bestimmt daran erinnern, dass Tausende Karnevalisten daraufhin am „Schwarznasen-Protest“ teilgenommen haben, darunter auch Dreigestirn und Festkomitee, um für das Fortbestehen einer Sitzung, die einen sozialen Hintergrund hat und 25 Jahre lang ohne Einschränkung erlaubt war, zu demonstrieren.

Selbst das Sozialamt der Stadt Köln hat von dieser Sitzung profitiert. Jahrelang hat die K.G. Alt-Köllen Karten an das Sozialamt weitergereicht mit der Bitte, sie an Bedürftige zu verteilen. So konnten auch diese Menschen zu einem sozialverträglichen Preis ein Karnevalserlebnis mit allen Kölner Karnevalsgrößen erleben. Wenn das nicht eine Tat für das Volk ist, dann weiß ich auch nicht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie nicht wieder die Schwarznasen dominieren. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen und eine dritte Sitzung auf dem Neumarkt zu genehmigen beziehungsweise, wie es in unserem Antrag heißt, mehr als zwei. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Kahlen, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin froh, dass viele Karnevalsvereine Veranstaltungen für gute Zwecke durchführen. Die Solidarität, die in dieser Stadt von vielen Karnevalsvereinen, aber auch von vielen Künstlerinnen und Künstlern bei solchen Veranstaltungen praktiziert wird, ist phänomenal.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Zum Antrag der FDP-Fraktion. Ich habe heute mit dem Festkomitee und auch noch einmal mit Herrn Kaup, dem verantwortlichen Senatspräsidenten der K.G. Alt-Köllen, gesprochen. Er hat mir bestätigt, dass wir für das kommende Jahr einvernehmlich an die Sache herangehen, sodass im kommenden Jahr zwei Sitzungen auf dem Neumarkt stattfinden. Er, aber auch das Festkomitee haben mir das ausdrücklich bestätigt: zwei Sitzungen. Das wird auch aus Sicht der Stadt möglich sein. Insofern glaube ich, dass für den Antrag der FDP-Fraktion kein Handlungsbe-

darf besteht, zumindest nicht für die Veranstaltungen, die im nächsten Jahr stattfinden werden.

Ich kann Ihnen noch einmal zusichern, dass wir in diesem Jahr einen Erfahrungsbericht zum Platzkonzept vorlegen und dann für das nächste Jahr möglicherweise nachsteuern werden. In diesem Zusammenhang werden sicherlich auch solche Überlegungen eine Rolle spielen. Aber ich glaube, heute gibt es keinen Bedarf, diesen Antrag zu bescheiden. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Sterck direkt dazu.

Ralph Sterck (FDP): Ihre Ausführungen haben mich jetzt wirklich überrascht. Weihnachten kommt immer überraschend, Karneval kommt immer überraschend, und auch Ratssitzungen kommen immer überraschend. Wir haben den Antrag am 11. Januar gestellt.

(Martin Börschel [SPD]: Fehlgeleiteter Populismus!)

Da hätten Sie doch ausreichend Gelegenheit gehabt, das schon in den letzten Wochen zu besprechen und das Ergebnis dem Rat zur Kenntnis zu geben. Dass Sie das erst heute in mündlicher Form tun und wir uns jetzt nicht rückversichern können, ist im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung schon grenzwertig, Herr Stadtdirektor.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Martin Börschel [SPD]: Sie hätten ihn doch ruhig selbst einmal anrufen können!)

- Wieso? Wir sind aufgrund von Informationen aus diesem Bereich doch erst initiativ geworden.

(Martin Börschel [SPD]: Die waren falsch!)

Jetzt soll das im Grunde „durch die kalte Küche“ ausgehebelt werden. Herr Oberbürgermeister, ich schlage vor, die Entscheidung über unseren Antrag um eine Sitzung zurückzustellen,

(Zuruf: Nein!)

damit wir Gelegenheit haben, uns dahingehend noch einmal rückzuversichern.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nicht in der Fastenzeit!)

Möglicherweise werden wir die Sache dann auch anders bewerten. Wenn es vonseiten des Vereins gar nicht mehr gewünscht ist, dann hat sich unser Antrag vielleicht tatsächlich erledigt. Ich weiß es nicht. Nur, ich kann diese Sache natürlich jetzt nicht auf Zuruf überprüfen. Deswegen bitte ich, den Antrag um eine Sitzung zu schieben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Gibt es noch Wortmeldungen zum Antrag der FDP? - Im Vorfeld hatten sich zu diesem Punkt Herr Neubert, Herr Bartsch und Herr Wolter gemeldet. - Herr Neubert.

Michael Neubert (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dieser offensichtlich populistische Antrag der FDP ist überflüssig. Daher werden wir ihn ablehnen.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP - Andreas Köhler [CDU]: Pfu! Ganz schwach!)

- Herr Köhler, wenn Sie Lust haben, können Sie ja gleich noch dazu sprechen.

Im Rahmen der Erstellung des Platzkonzeptes und der Unstimmigkeit der nachfolgenden Volkssitzungen wurde mit dem Veranstalter K.G. Alt-Köllen und dem Festkomitee Kölner Karneval ein Kompromiss gefunden. Dieser beinhaltet neben den formalen Bedingungen wie Größe des Zelt etc. auch die Festlegung auf zwei Sitzungen, die an den beiden Tagen nach der Prinzenproklamation als sogenannte Volksproklamation gestaltet werden. Dieser Kompromiss hat sich bewährt, was nicht zuletzt daraus deutlich wird, dass der Veranstalter seinen Antrag auf Gestattung weiterer Termine selbst zurückgezogen hat. Inhaltlich hat sich der FDP-Antrag also erledigt.

(Ralph Sterck [FDP]: Es ist ja schön, dass Sie das schon vorher wussten!)

Falls der Sinn des Antrags allerdings darin bestand, die Unzufriedenheit der FDP mit dem Platzkonzept darzustellen, wäre er nicht nötig gewesen. Diese Unzufriedenheit hat die FDP bereits mehrfach mitgeteilt, zuletzt im Rahmen des Kommunalwahlkampfes - und das, obwohl die Verwaltung klar aufgezeigt hat, dass sich das Platzkonzept bewährt hat. Also hat sich Ihr Antrag auch hinsichtlich dieses Aspekts erledigt.

Fazit: Der Antrag hat sich in zweierlei Hinsicht erledigt und wird daher von der SPD abgelehnt.

(Beifall bei der SPD -
Zuruf von der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Bartsch, bitte.

Hans-Werner Bartsch (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Normalerweise hätten wir nicht zu diesem Antrag gesprochen, aber jetzt ist die SPD in Vorlage gegangen.

Wir würden dem Antrag der FDP gerne zustimmen, weil er inhaltlich das untermauert, was schon 2008 hier vehement gefordert wurde, nämlich die Volkssitzung auf dem Neumarkt beizubehalten.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch schon passiert!)

- Es ist passiert, natürlich. Darüber freuen wir uns auch. Das ist ja dann letztendlich auch gegen Sie gelaufen.

Meine Damen und Herren, auf der einen Seite hat die Volkssitzung einen karitativen Zweck.

(Zuruf von Michael Neubert [SPD])

Auf der anderen Seite ist sie eine sinnvolle Einrichtung zur Pflege des Brauchtums, da sie es vielen Leuten für kleines Geld ermöglicht, Köln und vor allem den Kölner Karneval kennenzulernen.

Aus diesem Grund sind auch wir für eine Ausweitung. Uns gegenüber haben die Vereine bekundet, dass sie eine Ausweitung für sinnvoll halten und diese von ihnen befürwortet wird. Wenn die ihre Aussage jetzt geändert haben sollten - das ist ja eben erstmals offenkundig geworden -, dann wird das natürlich zu überprüfen sein. Das werden wir tun.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Bartsch. - Herr Wolter, bitte.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Freie Demokratische Partei, vieles in Köln ist Brauchtum. Dazu zählt, finde ich, mittlerweile auch dieser Antrag. Sie hatten

schon letztes Jahr einen ähnlichen Antrag in den Rat eingebracht, den Sie dann wieder zurückgezogen haben. Mit diesem wird es Ihnen jetzt nicht besser ergehen.

(Ralph Sterck [FDP]: Beim zweiten Mal ist es Tradition! Erst beim dritten Mal ist es Brauchtum!)

Traditionell haben solche populistischen Anträge hier im Rat auch keinen Erfolg.

Wir stehen - der Stadtdirektor hat es eben gesagt - in Kontakt mit dem Festkomitee und den Veranstaltern. Wir haben seit zwei Jahren eine Lösung gefunden, mit der alle leben können. Ihr Antrag entbehrt deshalb jeder Grundlage. Wir lehnen ihn ab.

Ich will aber noch auf die in Ihrem Antrag angeführte Begründung eingehen. Darin unterstellen Sie der Verwaltung mit Worten wie „abstrafen“ und „vergelt“, sie arbeite wie eine totalitäre Behörde. Das ist einer Freien Demokratischen Partei nicht würdig. Sie sollten sich doch einmal überlegen, wie Sie Ihre Anträge begründen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Widerspruch bei der FDP)

Es ist nicht klar, wer hier nachtritt. Vielleicht gehört das Nachtreten zu Ihrer Brauchtumpflege. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Dem FDP-Fraktionsvorsitzenden ist natürlich zuzustimmen, wenn er die Kommunikation zwischen Stadtspitze beziehungsweise Stadtverwaltung und Fraktionen bemängelt. Diese Kritik ist zutreffend. Aber das hat natürlich unter anderem damit zu tun, dass es seit dem Einzug von pro Köln in den Kölner Stadtrat keine Fraktionsvorsitzendenbesprechungen mehr gibt, die laut Gemeindeordnung vorgesehen sind und in denen solche Fragen auch kurzfristig kommuniziert werden könnten. Das wird in jedem normalen Stadtrat so gehandhabt, nur hier werden Fraktionsvorsitzendenbesprechungen nicht mehr einberufen, obwohl sie laut NRW-Gemeindeordnung vorgesehen sind. Daraus resultieren dann auch solche Defizite in der Kommunikation mit den Fraktions-

spitzen. Insofern hat der Kollege Sterck natürlich vollkommen recht.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Mir liegen noch zwei Wortmeldungen vor, zum einen von Herrn Wolf und zum anderen von Herrn Bartsch. Danach kommen wir zur Abstimmung. - Herr Wolf.

Manfred Wolf (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Wolter, die Worte „abstrafen“ und „vergelt“ stehen zwar im Antrag, aber ich erlaube mir, Sie daran zu erinnern, dass ich diese Worte in meinem Redebeitrag nicht gebraucht habe. Ich habe vielmehr gesagt, dass ich bisher keine Begründung erhalten habe.

Des Weiteren möchte ich meine Verwunderung zu Protokoll geben, dass sich hier eine vorbereitete und abgelesene Rede auf die Aussage des Stadtdirektors bezieht, die er uns gerade erst mitgeteilt hat.

(Demonstrativer Beifall bei der FDP und der CDU - Andreas Köhler [CDU]: Unglaublich! Da hat die Spaßbremse Kölns wieder zugeschlagen! Da hat er schon bei der Fraktionssitzung diktiert! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die Kommunikation ist hier schon ein bisschen gestört!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Kahlen.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht kann ich etwas zur Aufklärung beitragen.

(Winrich Granitzka [CDU]:
Das wäre schön!)

Ich habe Ihnen von einem mit dem Festkomitee heute geführten Gespräch berichtet. Dieses bezog sich auf die Zukunft, nämlich auf die Volksitzung im Jahre 2011. Wenn ich Herrn Neubert eben richtig verstanden habe, bezog er sich auf das aktuelle Jahr, also auf 2010. Es trifft in der Tat zu, dass am Montag der Antrag auf Durchführung einer dritten Sitzung gestellt worden ist. Diesen Antrag hat die K.G. Alt-Kölln zurückgezogen. Insofern handelt es sich hier nicht um eine vorbereitete Rede. Vielmehr hat Herr Neubert

schlicht und ergreifend von einem Sachverhalt in diesem Jahr gesprochen. Meine Informationen und mein Gespräch heute mit Herrn Kaup bezogen sich jedoch auf das Jahr 2011. Ich hoffe, dass damit das Missverständnis aufgeklärt ist.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Bartsch.

Hans-Werner Bartsch (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kahlen, Sie haben gerade die Unwahrheit gesagt.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist eine Frechheit!)

Ich habe gerade mit Herrn Kaup gesprochen. Herr Kaup hat mir gegenüber geäußert, dass es nie seine Absicht war, auf zwei Sitzungen zurückzugehen. Sein Wunsch sind nach wie vor drei Sitzungen.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP - Zurufe: Pfui! - Unruhe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Neubert, bitte.

Michael Neubert (SPD): Ich würde gerne etwas zu dem Vorwurf sagen, meine Rede sei vorbereitet gewesen. Natürlich bereite ich mich auf meine Reden vor. Das tue ich unter anderem dadurch, dass ich beziehungsweise die Fraktionsreferenten telefonieren. In diesem Fall haben wir mit Herrn Ritterbach gesprochen. Er hat uns den Sachverhalt genau so dargestellt. Ich denke, da sollten wir auf jeden Fall noch einmal nachfragen. Denn damals ist der Kompromiss unter anderem mit dem Festkomitee und dem Veranstalter genau so getroffen worden, auch weil sie genau wussten, dass das ein guter Kompromiss ist.

(Ralph Sterck [FDP]: Nachzufragen war ja mein Vorschlag!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Kahlen noch einmal.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Sterck, Sie haben ja

den Vorschlag gemacht, das noch einmal zu klären. Dann besteht ja auch die Möglichkeit, dass Sie Herrn Kaup noch einmal befragen, ob er an dem festhält, was er mir heute gesagt hat.

(Winrich Granitzka [CDU]: So lange befragen, bis er etwas anderes sagt!)

Ich betone noch einmal: Er hat mir bestätigt, dass wir für das nächste Jahr klar sind: zwei Sitzungen auf dem Neumarkt. Deshalb brauche ich nicht von meiner Aussage abzuweichen.

Dass wir für die Zeit danach noch einmal mit dem Platzkonzept und mit einem Bericht auf Sie zukommen werden, habe ich Ihnen eben auch schon deutlich gemacht. Das Platzkonzept ist limitiert bis 2010. Für 2011 ist eine Novelle auf der Grundlage eines Erfahrungsberichtes vorgesehen.

Insofern sehe ich für 2011 eine Klärung herbeigeführt. Wir reden hier über Anfang 2011, deshalb kann man das nicht erst in der ersten Ratsitzung 2011 klären. Insofern sind wir für 2011 klar. Die Weiterungen, was ab 2012 passiert, können wir dann im Rahmen der Diskussion um das Platzkonzept sehr gut besprechen. Sie werden dazu einen Erfahrungsbericht bekommen.

Ich sehe keinen Widerspruch. Herr Kaup hat deutlich gesagt: Für 2011 besteht Klarheit über zwei Sitzungen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen! Daran kann man nichts machen!)

- Nein, da gibt es keine unterschiedlichen Auffassungen, auch hinsichtlich des Sachverhaltes nicht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Abschließend spricht Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die letzten Minuten haben uns alle hier erschauern lassen. Wie kann es denn sein, dass hier zwei Bürgermeister, einer von der CDU und einer von der FDP, und der Stadtdirektor, einer der leitenden Verwaltungsbeamten dieser Stadt, sich gegenseitig widersprechen, und das in aller Öffentlichkeit? Das, was wir eben hier erlebt haben, war wirklich ein Trauerspiel. Ich möchte das in Zukunft hier nicht mehr so haben.

(Beifall bei pro Köln - Lachen und Unruhe - Glocke)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Die FDP hat den Antrag gestellt, die Entscheidung über den von ihr gestellten Antrag auf die nächste Sitzung des Rates zu verschieben. Wer spricht sich gegen diesen Antrag aus? - Das sind die SPD, die Grünen und die Linken.

(Zuruf von der FDP: Pfui!)

Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

(Andreas Köhler [CDU]:
Wie stimmen Sie ab?)

- Ich habe - -

(Andreas Köhler [CDU]: Abgelehnt! Sie waren gegen die Vertagung!)

- Ich bin gegen die Vertagung, selbstverständlich.

(Andreas Köhler [CDU]: Selbstverständlich! Sehr gut!)

Jetzt stimmen wir über den Antrag der FDP ab. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind SPD, Grüne, Linke und Herr Zimmermann. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.2 auf:

**3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend
„Kein Dauerstau auf der Rheinuferstraße“
AN/ 1960/2009**

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ich gehe davon aus, dass Ihnen der von den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingebrachte Änderungsantrag jetzt auch vorliegt.

Folgende Redner werden die erste Runde bestreiten: Herr Möring, Frau dos Santos, Frau Tull und Frau Kirchmeyer. - Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Das Thema, über das wir jetzt sprechen, greift über den Antrag, den wir bereits vor geraumer Zeit vorgelegt haben, weit hinaus. Sie haben sich heute mit dem Zurückziehen Ihrer Vorlage die größte Blamage Ihrer bisher noch kurzen Amtszeit eingefangen,

(Beifall bei der CDU)

und nicht nur das. Sie haben auch noch auf eine höchst unredliche Weise versucht, die Verantwortung dafür nicht bei sich selbst zu suchen, sondern diese Verantwortung auf das Land zu schieben,

(Martin Börschel [SPD]: Das ist eine Frechheit! Sie wissen genau, dass das nicht wahr ist!)

das in den Gesprächen, die Sie mit dem Land geführt haben, in einer überaus kooperativen und entgegenkommenden Weise das getan hat, was aus Landessicht möglich war.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja lächerlich, Herr Möring!)

Das, was wir hier erleben, ist nahe an einer Schmierkomödie.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Künstliche Erregung!)

Erster Akt: Wir haben im Sommer letzten Jahres den Antrag gestellt, eine Vorsorgemaßnahme für einen Straßentunnel vorzusehen. Wir haben in dieser Sitzung in intensiver Abstimmung mit der SPD einen Kompromiss gefunden und die Verwaltung beauftragt, ein bestimmtes Programm abzuwickeln und uns das Ergebnis im Herbst vorzulegen. Ich habe schon an anderer Stelle moniert, dass das nicht geschehen ist. Die Begründung dafür war, dass man etwas Besseres habe. Das haben wir akzeptiert und unseren Antrag zurückgestellt, und zwar mehrfach. Wir haben ihn weder beraten lassen noch zur Abstimmung gestellt, um der Verwaltung die Möglichkeit einzuräumen, zu einer besseren Lösung zu kommen.

Zweiter Akt: Sie haben uns diese bessere Lösung am 28.01., schlussgezeichnet zum Wochenende, vorgelegt, nachdem Sie persönlich, aber auch der Beigeordnete und andere Vertreter der Verwaltung mit den Zuschussgebern Bund, Land und NVR, intensive Gespräche geführt haben. Das Ergebnis dieser Gespräche ist in Ihre Vorlage eingeflossen und hat uns klargemacht, dass wir hier keine einfache Entscheidung zu treffen haben, sondern eine, die sehr

wohl bedacht sein muss. Trotzdem sind Sie zu dem Ergebnis gekommen, dass aus Sicht der Verwaltung die Annahme dieser Vorlage so empfohlen werden kann. Deswegen haben Sie Ihre Beschlussvorlage so gemacht.

Dritter Akt: Sie haben gemerkt, dass mit dieser Vorlage die Koalitionsfraktionen von Grünen und SPD erhebliche Schwierigkeiten haben, zu einer inhaltlichen Übereinstimmung zu kommen.

(Martin Börschel [SPD]: Machen Sie sich mal keine Sorgen)

Wir haben aus unserer Position gesagt: Wenn die Verwaltung in der Abwägung dazu kommt, zu sagen, es ist möglich, dann werden wir dem folgen, weil es die sachlich gebotene Lösung ist. Heute haben Sie diese Vorlage zurückgezogen und uns auf einen unbekanntem Termin vertröstet, obwohl wir alle genau wissen, dass die Alternative, nämlich die Vorbereitung auf einen möglichen späteren Tunnel, dann nicht mehr gegeben ist. Nachdem wir schon den Termin Ende Dezember zwar mit Bauchschmerzen, aber der Zusage, dass es geht, auf heute verschoben haben, hatten wir allerdings die Erwartung, dass heute die Entscheidung darüber fällt.

Sie verweisen in Ihrer Pressemitteilung darauf, dass das Land durch neue Forderungen und durch fehlende Unterstützung es Ihnen unmöglich gemacht hat, diese Vorlage aufrechtzuerhalten. Herr Oberbürgermeister, ich frage einmal ganz dezidiert, weil mir das so berichtet worden ist: Haben Sie kurzfristig vom Land eine Erklärung, quasi eine Garantieerklärung vom Verkehrsminister, eingefordert, dass eine Rückforderung von Zuschüssen ausgeschlossen ist, wenn wir eine solche Lösung beschließen? Unabhängig davon, ob das der Fall ist, möchte ich klar feststellen, dass das Fax des Abteilungsleiters Wolf, das uns vorliegt, keinen neuen Sachverhalt beinhaltet, der nicht auch schon bei den letzten Gesprächen, die Sie mit dem Land geführt haben, bekannt war. Darin steht nichts Neues. In Kenntnis dieser Gespräche haben Sie Ihre Vorlage schlussgezeichnet und sie kurze Zeit darauf zurückgezogen. Sie greifen das Land an und beschuldigen es, durch nachgeschobene Forderungen es unmöglich gemacht zu haben, über diese Beschlussvorlage zu beschließen. Das ist unzutreffend.

Es liegt seit kurzer Zeit eine Pressemitteilung des Verkehrsministeriums vor, in der auch noch einmal auf die bekannten Risiken hingewiesen wird, die auch in Ihrer Vorlage aufgezählt werden, nämlich dass eine Überschreitung der Bau-

zeit eine Rückzahlung der Zuwendungen nach sich ziehen würde. Im letzten Absatz dieser Pressemitteilung heißt es:

Dies ist keine neue Forderung an Stadt und KVB, sondern wurde bereits in einem Gespräch im Dezember 2009 unter persönlicher Beteiligung von Herrn Oberbürgermeister Roters deutlich gemacht. Der Oberbürgermeister und die Ratsmitglieder haben die Verpflichtung, die Stadt vor möglichen Rückforderungen zu bewahren.

Das ist richtig, und dazu dient die Diskussion um diese Vorlage.

Ich stelle fest, dass Sie hier den Versuch gemacht haben - ich möchte das einmal so hart formulieren -, uns hinzuhalten und zu täuschen. Der erste Schritt war, die Debatte über dieses Thema auf die Zeit nach der Kommunalwahl zu verschieben. Der zweite Schritt ist nun der Versuch, dieses Thema so lange aufzuschieben, dass wir auch im Landtagswahlkampf den Bürgern im Süden und allen Nutzern der Rheinuferstraße nicht nur nicht sagen können, welche Position die SPD und die Grünen haben, sondern auch nicht, welche Position der Oberbürgermeister in dieser Frage einnimmt, der in seinem Kommunalwahlkampf damals verkündet hat, die vorliegende Lösung sei unvernünftig, und versprochen hat, das besser machen zu wollen. Darauf warten wir bis heute, Herr Oberbürgermeister.

(Beifall bei CDU und FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau dos Santos.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Möring, Sie haben gestern im Verkehrsausschuss versucht, den Unterschied zwischen Legenden und Tatsachen darzustellen. Ich werde versuchen, das aufzugreifen und dabei die Dinge ins rechte Licht rücken.

Legende ist, dass die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag Verkehrsprobleme an der Rheinuferstraße lösen will und dazu einen machbaren und finanzierbaren Vorschlag vorgelegt hat. Tatsache ist, dass gerade sie im Jahr 2000 diese missliche Situation hervorgerufen hat,

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

als sie mit einem Dringlichkeitsantrag die veränderte Streckenführung, die jetzt planfestgestellt ist, beantragt und durchgesetzt hat, im Übrigen gegen die damals öffentlich geäußerten Bedenken der FDP, namentlich ihres Fraktionsvorsitzenden Ralph Sterck.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und mit kritischen Bemerkungen des Verkehrsdezernenten!)

- So ist es.

(Zuruf von Christtraut Kirchmeyer [FDP])

Legende ist, dass hier eine Schmierenkomödie aufgeführt wird. Legende ist auch, dass der Oberbürgermeister sich nicht bemüht hat. Im Gegenteil!

(Widerspruch von der CDU)

- Herr Oberbürgermeister, so kann ich nicht weiter ausführen.

(Zurufe von der CDU: Oh! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Machen Sie mal weiter!)

- Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Klipper, bin ich um Sachlichkeit bemüht.

Fakt ist: Oberbürgermeister Roters hat im Gegensatz zu seinem Vorgänger die verkehrlich beste Lösung, nämlich die Verlängerung des Stadtbahntunnels und die Unterquerung der Rheinuferstraße, überhaupt erst wieder in die Debatte eingebracht und so weiterentwickelt, dass wir hier heute so weit gekommen sind.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU)

Fakt ist auch, dass der Regierungspräsident auf diesen guten Vorschlag eingestiegen ist und in der Öffentlichkeit den Eindruck vermittelt hat, es könnte sogar Zuschüsse des Landes dafür geben.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Könnte!)

Er hat das in einer Art und Weise getan, dass die interessierte Öffentlichkeit durchaus davon ausgehen musste, dass jemand, der derart an die Öffentlichkeit geht, der sich so weit aus dem Fenster lehnt, weiß, dass er Gefahr läuft, herunterzufallen und auf dem Boden aufzuschlagen, wenn nicht eintritt, was er sagt. Aber der Regierungspräsident wusste offenbar nicht, was er sagt.

(Beifall bei SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

An dieser Stelle darf ich vielleicht auch einmal die Frage nach der Qualifikation dieses Regierungspräsidenten stellen.

(Beifall bei Teilen der SPD - Andreas Köhler [CDU]: Jetzt geht die Schmierenkomödie weiter!)

Wir sind also nicht einer Schmierenkomödie nahe, sondern wir befinden uns am Rande einer Sabotage, die das Land gegen die größte Stadt des Landes plant.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Das Land hat sich bis heute Morgen mit klaren Äußerungen zu der Zuschussfähigkeit zurückgehalten.

(Widerspruch bei der CDU)

Es hat sich mit der Bewertung des Kosten-Nutzen-Faktors zurückgehalten

(Winrich Granitzka [CDU]: Stimmt doch alles nicht!)

und, wie es aussieht, auch mit der Bewertung, ob eine zeitgleiche Inbetriebnahme - -

(Zurufe von der CDU)

- Das ist nie eindeutig vom Land festgehalten worden.

Wenn es stimmt, was hier steht - ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln - kam erst heute Morgen um 6.22 Uhr ein Fax aus Düsseldorf. Um 6.22 Uhr, also nur wenige Stunden vor der Ratsitzung!

(Unruhe)

Herr Oberbürgermeister, durch die permanenten Zwischenrufe verringert sich meine Redezeit. Ich bin nicht bereit, das zu akzeptieren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Würden Sie bitte der Rednerin zuhören.

(Zuruf von Andreas Köhler [CDU])

Susana dos Santos Herrmann: Ich stelle noch einmal fest: Der Oberbürgermeister hat die Frage Stadtbahntunnel überhaupt erst wieder in die Debatte eingebracht. Er hat dann weitere Ge-

sprache dazu geführt. Wir hätten heute darüber entscheiden können, wenn das Land der Stadt Köln nicht ständig Steine in den Weg legen würde, und das tut es.

(Widerspruch bei der CDU - Karsten Möring [CDU]: Das ist lächerlich, was Sie vortragen!)

Deswegen: Die Vorlage und auch die Äußerungen des Beigeordneten für Verkehr haben uns in unserer Meinung bestätigt, dass ein Straßentunnel, wie er in Ihrem Antrag steht, städtebaulich, finanziell und auch aus anderen Gründen nicht machbar ist. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab. Wir dagegen halten den Stadtbahntunnel nach wie vor für die beste Lösung, ebenso wie es der Oberbürgermeister in seiner zurückgezogenen Vorlage festgehalten hat.

Wir haben einen Änderungsantrag gestellt und bitten um Ihre Unterstützung. Die KVB ist vom Land gebeten worden, noch einmal darzulegen, in welchem Zeitrahmen bestimmte Baumaßnahmen erfolgen können, entsprechende Zeitszenarien zu entwickeln und den volkswirtschaftlichen Nutzen zu überprüfen. Wir glauben, dass wir dadurch noch einmal - ein letztes Mal! - Zeit gewinnen, um mit dem Land und dem Bund verhandeln zu können. Ziel der Verhandlungen muss sein, folgende Frage zu klären: Bleibt es dabei, dass die größte Stadt des Landes sabotiert wird, dass ihr ständig Steine in den Weg gelegt werden, dass sie nicht die verkehrlich beste Lösung realisieren kann, oder aber besteht unter bestimmten Bedingungen doch noch die Möglichkeit, die beste verkehrliche Lösung durchzusetzen?

Deswegen haben wir in unserem Änderungsantrag formuliert, der Rat möge beschließen, die Verwaltung mit erneuten Verhandlungen mit den Zuwendungsgebern Land und Bund zu beauftragen und dabei verbindlich zu klären,

(Zuruf von der CDU: Überprüfen! Das ist Verwaltungspflicht!)

dass sich die Baumaßnahme zur unterirdischen Querung des Gustav-Heinemann-Ufers hinsichtlich der Kosten-Nutzen-Relation im Rahmen der volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Analyse nicht negativ auswirkt und dass aus diesem Grund Rückforderungsansprüche in Bezug auf das Gesamtvorhaben ausgeschlossen sind. Nutzen Sie noch einmal die Zeit, Herr Oberbürgermeister! Unsere Unterstützung haben Sie.

(Beifall bei SPD und Teilen von Bündnis 90/Die Grünen - Karl-Jürgen

Klipper [CDU]: Ich würde gerne eine Frage stellen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau dos Santos, Herr Klipper möchte Ihnen noch eine Frage stellen. - Ich sehe, sie will das jetzt nicht.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dann würde ich die Frage Ihnen stellen wollen, Herr Oberbürgermeister!

- Ja, Sie können mich gleich befragen. Zunächst aber hat Frau Tull das Wort.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Klipper, ich würde eine Zwischenfrage in meiner Redezeit zulassen, wenn Sie versprechen können, dass Sie danach ruhig sind.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich würde ja sehr gerne auch Ihnen die Frage stellen, aber Sie haben sich noch nicht so falsch geäußert wie Frau dos Santos!)

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie oft wir dieses Thema hier schon diskutiert haben, mit Sicherheit mehr als ein Dutzend Mal. Das Dilemma ist und bleibt dasselbe: Der Bau der Nord-Süd-Stadtbahn ist ein Fass ohne Boden, er hinterlässt tiefe Wunden in der Stadt, und der volkswirtschaftliche Nutzwert ist angesichts der Kostensteigerungen mittlerweile mehr als zweifelhaft.

Hinzu kommt eine wirklich miese Entscheidung zur Änderung des Streckenverlaufs der zweiten Baustufe. Diese ist damals von CDU und FDP gegen unseren massiven Protest getroffen worden. Die Wurzel des Übels liegt in dieser krassen Fehlentscheidung, die aber, flankiert von Verwaltung und Bezirksregierung, ohne Rücksicht auf Verluste durchgezogen wurde. Das Ergebnis ist bekannt: Nicht nur die Kosten sind damit erheblich in die Höhe getrieben worden, sondern sie hat uns obendrein auch noch, quasi als Fluch der bösen Tat, die BÜSTRA-Anlage beschert. Hätte man damals die oberirdische Planung entlang des Gürtels beibehalten, hätten wir die Probleme heute nicht, da die Stadtbahn parallel zum Gürtel als Straßenbahn und nicht als Eisenbahn die Rheinuferstraße gequert hätte. Die BÜSTRA-Anlage wäre dann nicht notwendig gewesen.

Die Vorlage zur zweiten Baustufe ist heute unter anderem deshalb zurückgezogen worden, weil

das Land nicht bereit ist, auch nur eine müde Mark für den Stadtbahntunnel locker zu machen.

(Ralph Sterck [FDP]: Das war vorher bekannt! - Weitere Zurufe von der CDU)

Das Gleiche gilt auch für den Straßentunnel. Wieso die CDU wider besseres Wissen daran festhält, ist absolut nicht nachvollziehbar.

(Ralph Sterck [FDP]: Weil es die beste Lösung ist!)

- Ihre beste Lösung hat doch zu den Problemen geführt, die wir heute haben. An Ihrer Stelle wäre ich ganz ruhig, wenn es um die „guten“ Vorschläge von der CDU und FDP für die Stadtbahnführung geht. Wenn ich einen solchen Unsinn verzapft hätte, wäre ich so klein mit Hut.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und SPD - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Schämt euch!)

Deshalb ist es notwendig, noch einmal darauf zu verweisen, worum es hier eigentlich geht: Es geht um die Vermeidung eines eventuell auftretenden Staus auf der Rheinuferstraße. Doch statt endlich Maßnahmen zur Verkehrsreduzierung, insbesondere des Durchgangsverkehrs, zu ergreifen, wie wir sie bereits vor einem Jahr an gleicher Stelle hier beschlossen haben, diskutieren wir heute zum x-ten Mal darüber, wie Sie den Individualverkehr fördern wollen.

Angesichts leerer Kassen, drohender Haushaltsunsicherheit und allgemeiner Finanzkrise wäre es wirklich schändlich, jetzt Vorbereitungen für einen Autotunnel zu treffen, von den nicht wieder gutzumachenden Schäden an der wunderbaren Baumallee und der damit verbundenen Beeinträchtigung für Stadtklima und Stadtbild gar nicht zu reden. Ist das zeitgemäß angesichts steigender Energiepreise und sinkender Verkehrszahlen? Ist das zukunftsweisend angesichts von Klimawandel und einem Trend zurück zum Leben in der Stadt? Ich glaube, nein. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag zum wiederholten Male ab. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Kirchmeyer, bitte.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und

Herren! Es ist ein Trauerspiel und keine Komödie, Kollege Möring; es tut mir leid, das sagen zu müssen. All das, was heute und gestern dazu gelaufen ist, ist Teil der Inszenierung dieses Trauerspiels;

(Winrich Granitzka [CDU]: Richtig!)

sei es die Vorlage von gestern, sei es das Zurückziehen ebendieser heute, sei es der Antrag, den die Kolleginnen und Kollegen von der SPD heute eingebracht haben und der sich jetzt eigentlich schon wieder erledigt hat. Auch mir liegt die Presseinformation des Ministeriums für Bau- und Verkehr vor; sie ist eben eingegangen. Damit haben sich die ersten beiden Absätze des SPD-Antrages erledigt; denn alle darin enthaltenen Fragen sind damit beantwortet. Man muss nur lesen können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Eigentlich hätte ich dieses Thema lieber noch einmal überschlafen, weil die Gemüter ja schon zu Beginn dieser Sitzung sehr erregt waren, als bekannt wurde, dass diese Vorlage zurückgezogen worden ist. Die Enttäuschung darüber, dass sie plötzlich von der Tagesordnung genommen worden ist, ist schon sehr groß. Die Leute im Süden der Stadt warten doch auf diese Entscheidung. Nun kommt sie immer noch nicht.

Letztes Jahr wurde uns zu den Sondersitzungen, die zu diesem Thema stattgefunden haben, ein dicker Ordner - ich hatte ihn gestern in der Verkehrsausschusssitzung dabei - vorgelegt. Essenz dessen war die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters, die uns gestern beziehungsweise am 28. Januar schlussgezeichnet vorgelegt worden ist. Ich habe das auch gestern schon gesagt.

Das Papier, was mit Datum von heute Morgen, 6.22 Uhr, vom Ministerium gekommen ist, betrachte ich persönlich als Rettung der Köpfe von einigen Damen und Herren, die sich hier heute im Rat befinden und die eine Entscheidung heute lieber nicht fällen wollten, aus welchen Gründen auch immer.

Die Schelte des Herrn Oberbürgermeister in seiner heutigen Pressemitteilung kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, ebenso wenig die Abschiebung der Verantwortung auf Düsseldorf. Es haben sich zwei Herren außerordentlich weit aus dem Fenster gelehnt und versprochen, eine Lösung zu finden, der eine tat es aus Wahlkampfgründen, der andere aus welchen Gründen auch immer. Der eine war der heutige Herr

Oberbürgermeister, der andere der Regierungspräsident Lindlar. Eine Lösung aber ist bisher nicht gefunden worden, im Gegenteil. Seit gestern beziehungsweise seit heute vor Beginn der Ratssitzung ist das Problem größer geworden; denn der Bau geht weiter, die Kosten steigen und die Zeitschiene wird immer enger. Ich glaube sogar, dass die Zeit, eine andere Lösung zu finden, schon so gut wie ausgeschöpft ist.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Da hast du recht!)

Alle Versprechungen sind, wie gesagt, ins Leere gelaufen. Wie stehen wir heute da? Ehrlich gesagt, ich weiß gar nicht, worüber ich heute entscheiden soll. Ich möchte eigentlich über keinen der vorliegenden Anträge abstimmen, sondern die Verwaltung und den Herrn Oberbürgermeister auffordern, uns eine entscheidungsfähige Vorlage vorzulegen,

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

damit wir in dieser Sache endlich weiterkommen und wissen, was wir den Bürgern im Kölner Süden sagen können.

Wir sind der Meinung, dass auch der Straßentunnel noch machbar ist, obwohl er komplett zerredet worden ist. Er ist deshalb zerredet worden, weil es einigen hier nicht passt, für den Individualverkehr einen Tunnel zu bauen. Das fing an mit den Einwänden gegen Baumfällungen, setzte sich fort mit der Kritik an den Abzweigen und so weiter. Die Kosten für den Straßentunnel und für den Stadtbahntunnel sind in etwa gleich. Wenn ich mich recht erinnere, hat man uns für den Bau eines Straßentunnels finanzielle Zuschüsse zugesagt. Ich finde die Lösung Bau eines U-Bahn-Tunnels an sich nicht schlecht. Ich sage Ihnen hier und heute: Wir bedauern, dass wir uns damals die Entscheidung zwar schwer gemacht, aber den Beschluss über die Höherlegung der Bahn letztlich mitgetragen haben. Allerdings waren für uns die Gründe, die uns von der Verwaltung damals genannt wurden, sehr stichhaltig.

Also: Ende der Märchenstunde heute! Ich bitte um eine Vorlage, die jeder versteht und die für jeden nachvollziehbar ist, damit wir unter Abwägung aller Prämissen - heute sind ja nur negative genannt worden - entscheiden können. Wir müssen uns auf die Aussage der Verwaltung und des Oberbürgermeisters verlassen können. Ansonsten können wir keine Entscheidungen treffen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Frau Kirchmeyer. - Herr Detjen.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

Tut mir leid, Herr Wiener. Ich habe Ihre Wortmeldung nicht gesehen. Da Herr Detjen schon am Rednerpult steht, hat er jetzt das Wort.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Wäre es denn besser, wenn das Land 60 Millionen Euro für einen Tunnel ausgäbe, als wenn wir diese Summe ausgeben würden? Es wäre nicht besser, weil dieses Geld dann woanders, bei sozialen Projekten in Nordrhein-Westfalen fehlen würde. Das ist doch die Lage. Wie man sich so engstirnig nur auf Köln kaprizieren kann, kann ich nicht verstehen. Ich halte diese 60 Millionen Euro für herausgeworfenes Geld. Deswegen haben wir von Anfang an diese Sache abgelehnt und werden sie auch weiterhin ablehnen.

Frau Kirchmeyer, wenn für Sie dieses Theaterstück hier ein Trauerspiel ist, okay. Aber selbst in einem Trauerspiel gibt es Momente, in denen man lachen muss. Ich muss Ihnen sagen: Ich lache über diesen Vorgang. Haben Sie denn tatsächlich geglaubt, dass das Land Nordrhein-Westfalen für die Stadt Köln, die von Rot-Grün regiert wird, einfach mal so 60 Millionen Euro ausgibt? Die Landesregierung wäre doch bekloppt, wenn sie das tun würde. Deswegen habe ich nie damit gerechnet, dass das Land 60 Millionen Euro für einen Tunnel in Köln ausgibt. Die Landesregierung gibt das Geld für ganz andere aus, nämlich solche, die ihre Politik unterstützen.

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, so dumm waren, daran zu glauben, dann sind Sie selber schuld. Das muss ich Ihnen ganz klar sagen. Ich sehe auch die von Ihnen benannten Akte dieses Theaterstücks etwas anders. Im ersten Akt hat sich Herr Lindlar aus dem Fenster gelehnt - das war doch der Vorgang - und unser Oberbürgermeister ist sozusagen dahingeflossen und hat ihm geglaubt.

(Andreas Köhler [CDU]: Jetzt sind wir wieder bei der Legendenbildung!)

Sei's drum. Es war ja Wahlkampf.

Meine Kritik ist eine ganz andere. Deswegen werden wir auch den Antrag von Rot-Grün ab-

lehnen. Es ist doch Unsinn, jetzt noch einmal zu verhandeln. Das ist doch nur ein diplomatischer Akt. Das halte ich für Unsinn.

(Andreas Köhler [CDU]: Landtagswahl!)

Der Zug ist abgefahren. Die Autos werden nicht unten durch einen Tunnel fahren, sondern weiterhin oben, ebenso wie die Bahn. - Danke.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zuerst möchte ich hier festhalten, dass wir in Zukunft darauf bestehen werden, dass die Wortbeiträge in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen abgehandelt werden. Ansonsten wird das ja auch so gehandhabt, nur bei uns nicht. Wir können künftig auch immer als Erste sprechen, falls Ihnen das lieber ist. Ich bitte darum, dass die Geschäftsordnung in Zukunft eingehalten wird, auch wenn Ihnen offensichtlich nicht schmeckt, dass die Fraktion pro Köln hier im Rat sitzt. Aber das ist nicht unser Problem. Sie haben sich an die Geschäftsordnung zu halten. Ansonsten werden wir dagegen rechtliche Mittel einlegen.

(Beifall bei pro Köln)

Zur Sache selbst. Herr Möring hat natürlich recht, wenn er sagt, das ist eine Schmierenkomödie. Das ist eine billige Schmierenkomödie. Aber er hat vergessen, einige der wichtigsten Akteure dieser Schmierenkomödie zu benennen. Diese Akteure sind die CDU-Fraktion der letzten Legislaturperiode, der Altoberbürgermeister der CDU, Fritz Schramma, und natürlich auch viele andere, die am Gesamtkonzept des U-Bahn-Neubaus mitgewirkt haben.

Das Ganze ist doch nicht aus heiterem Himmel auf uns zugekommen. Dass das Land jetzt nicht mehr mitspielt und die weitere Förderung verweigert, das hat natürlich eine Vorgeschichte. Es ist schon vorher zu einer Kostenexplosion gekommen. Neben den Akteuren von der CDU und Altoberbürgermeister Fritz Schramma war es der zuständige KVB-Vorstand Reinartz - der ehemalige CDU-Vorsitzende musste ja versorgt werden -, unter dessen Ägide es zu einer Kostenexplosion des gesamten U-Bahn-Projekts von anfangs 500 Millionen Euro auf jetzt 1 Milliarde Euro gekommen ist. Das ist die Vorgeschichte.

An den Folgen haben wir alle jetzt zu knabbern. An den Folgen haben vor allem die Kölner Bürger zu knabbern. Das ist das große Problem. Hier stehen Sie alle mit in der Verantwortung. Mitgefangen, mitgehangen!

Wer hat denn in der letzten Legislaturperiode die Gestaltungsmehrheit hier gehabt? Daran war doch die CDU-Fraktion beteiligt, Herr Möring.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]:
Wann denn?)

Sie können sich doch hier nicht aus der Verantwortung stehlen, Herr Klipper. Das muss man doch zur Kenntnis nehmen. Man kann doch nicht den Kopf in den Sand stecken und so tun, als hätte man mit dieser Schmierenkomödie nichts zu tun.

In der Sache hat die CDU-Fraktion recht: Es wäre verkehrspolitischer Wahnsinn, diesen Tunnel nicht zu bauen. Es wäre verkehrspolitischer Wahnsinn, auf der Rheinuferstraße Verkehrsbehinderungen in einem unbekanntem Ausmaß zuzulassen. Das ist in der Sache richtig. Aber jetzt, da das Geld vorne und hinten fehlt, ist doch nur natürlich, dass die Verhandlungspartner vonseiten des Landes nicht mehr mitspielen wollen, eben weil keine der Kostenberechnungen eingehalten worden ist, eben weil die Kosten explodiert und noch viel schlimmere Sachen passiert sind. Ich will jetzt gar nicht auf das Unglück am Waidmarkt eingehen. Wir alle wissen, welcher Schaden durch unverantwortliches Handeln der KVB-Spitze und der Kommunalpolitik entstanden ist.

Das Ganze ist ein Gesamtpaket. Wenn sich hier eine der etablierten Fraktionen, die hier im Rat über lange Jahre immer die Mehrheit gestellt hat, jetzt herausreden will, dann zieht das nicht, dann funktioniert das nicht. Ich kann nur noch einmal wiederholen: Mitgefangen, mitgehangen! Jetzt müssen die Kölner diese bittere Suppe auslöfeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Möring noch einmal.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister, bevor ich noch einmal zu unserem Antrag Stellung nehme, habe ich die Bitte an die Verwaltung, auf folgende drei Aspekte einzugehen.

Erstens. War Ihnen bei Abfassung der Vorlage nicht bekannt, dass das Land sehr frühzeitig gesagt hat, dass eine zusätzliche Förderung nicht infrage kommt, sodass die jetzt in Anspruch genommene Begründung, das Land sei uns nicht entgegengekommen, eigentlich ein Sachverhalt ist, der schon seit Anfang der Verhandlungen bekannt war?

Zweitens. Ich hätte gerne eine Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag der SPD und Grünen, die eine inhaltliche Bewertung einschließt.

Drittens: Es ist für uns wesentlich - darauf wurde vorhin nicht konkret geantwortet -, zu wissen, bis wann Sie sich in der Lage sehen, eine Vorlage neu vorzulegen, sollte es weitere Gespräche geben. Insbesondere verknüpfe ich damit die Frage: Ist sichergestellt, dass bis zu dem Zeitpunkt der Vorlage die Alternative einer Vorsorgemaßnahme für den Straßentunnel weiterhin besteht oder nicht? Das ist wesentlich für die Frage, wie wir nachher mit unserem Antrag umgehen.

Ich bitte darum, dass diese drei Aspekte zunächst einmal von der Verwaltung und von Ihnen beantwortet werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Ich gebe das Wort an Herrn Streitberger.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben die Verwaltungsvorlage in Kenntnis der Tatsache erstellt, dass wir mit weiteren Zuschüssen von Bund und Land nicht rechnen können.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Selbstverständlich sind wir in unsere Gespräche mit dem Land am 22. Dezember vergangenen Jahres mit der Forderung nach zusätzlicher Förderung eingetreten. Aber in diesem Gespräch ist als Erstes deutlich gemacht worden, dass zusätzliche Zuwendungen nicht gewährt werden. Das wussten wir aber schon aus verschiedenen Vorgesprächen. Das wussten wir bereits aus der Diskussion im Jahre 2008, in der es um Kostenerhöhungen der Nord-Süd Stadtbahn ging, was dann eine Deckelung der Gesamtmaßnahme zur Folge hatte. Trotzdem haben der Oberbürgermeister und ich das am 22. Dezember so vorgebracht. Die Antwort fiel genauso eindeutig aus. Das muss man sagen.

Nun zu Ihrer Bitte um Bewertung des Inhalts des Antrages von SPD und Grünen.

Zum Ersten, nämlich der Frage nach Aufnahme neuer Verhandlungen. Selbstverständlich kann man immer Verhandlungen führen. Ich sehe aber nicht, dass sich der Sachverhalt gegenüber dem, den wir vor vier oder vor acht Wochen hatten, verändert hat. Die Maßnahme ist gedeckelt. Das war auch immer klar. Ich wüsste nicht, warum Bund und Land jetzt noch einmal eine Kostenbeteiligung in Aussicht stellen sollten. Der Oberbürgermeister hat in dieser Angelegenheit einen Brief an den Ministerpräsidenten geschrieben - dieser ist noch nicht beantwortet -, in dem er noch einmal darum gebeten hat, zu prüfen, ob uns in dieser Sache geholfen werden kann. Aber in der Sache gibt es eine Position von Bund und Land, die eindeutig ist.

Zum Zweiten fordert der Antrag, mit den Zuwendungsgebern verbindlich zu klären, dass es keine Rückforderungsansprüche für die Gesamtmaßnahme gibt. Meine Damen und Herren, das ist im Augenblick nicht verbindlich zu klären, weil die Maßnahme noch nicht abgeschlossen ist. Inhalt der drei Gesprächsrunden, die im Januar dieses Jahres stattgefunden haben, war ja im Wesentlichen, deutlich zu machen, dass wir hier eine Entscheidung unter Risiko treffen. Allerdings haben wir versucht, das Risiko einzugrenzen. Wir haben demonstriert, dass alle Beteiligten der Auffassung sind, dass es sich tatsächlich um die wünschenswerte, um die richtige, um die beste bauliche Lösung handelt und dass sich in Kenntnis dieser Situation alle Beteiligten bemühen werden, das Risiko für die Stadt Köln, aber auch das Risiko für die Zuwendungsgeber - es geht ja nicht nur um eine Prüfung der Stadt Köln, sondern auch um eine Prüfung der Zuwendungsgeber - so klein wie möglich zu halten.

Ich glaube, aus unserer Vorlage wird außerordentlich deutlich: Es gibt ein Risiko. Dieses Risiko besteht allerdings nicht in den Mehrkosten; das ist hinreichend geklärt. Das wird, wie man heute zu sagen pflegt, vor die Klammer gezogen. Das ist auch bestätigt worden. Das geht auch noch einmal aus dem Brief des Abteilungsleiters Wolf vom heutigen Tag hervor.

Das Risiko ist die Zeit. Die Zeitschiene kann leider auch heute immer noch nicht hinreichend geklärt werden. Das liegt einzig und allein an dem Unglück am Waidmarkt und den mit dem Umgang mit diesem Unglück im Zusammenhang stehenden noch offenen Fragen. Ich habe gestern in der Verkehrsausschusssitzung darauf hingewiesen, dass sich die Errichtung des Ber-

gungsbauwerkes und die Errichtung des sogenannten Beweissicherungsbauwerkes wiederum verzögern wird, weil es immer noch Fragestellungen gibt, die mit der Staatsanwaltschaft zu klären sind. Wir sind dabei, das zu tun. Aber daran können Sie erkennen, dass die Zeitschiene im Augenblick nicht hundertprozentig belastbar ist. Und darin besteht das Risiko.

Wir haben gesagt, wir können Ihnen trotzdem empfehlen, dieses Risiko einzugehen, weil wir der Auffassung sind, dass sowohl die erste Baustufe als auch die zweite Baustufe in fünf Jahren fertig sein kann.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: West!)

Aber eine hundertprozentige Sicherheit in dieser Frage haben wir Ihnen nicht suggeriert. Deswegen gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch keine Möglichkeit, das verbindlich mit dem Land zu klären. Es gibt nur die Möglichkeit, das noch genauer einzugrenzen. Aber es gibt nach meinem Dafürhalten hier keine verbindliche Klärung.

Abschließend zu Ihrer Frage, ob zu einem späteren Zeitpunkt noch Vorsorgemaßnahmen möglich sind. Nach meiner Kenntnis sind sie nicht mehr möglich. Ich weiß, dass Herr Fenske in der Sitzung im Dezember gesagt hat, dass man die Baustelle so steuern kann, dass es noch bis zum heutigen Termin möglich bleibt. Aber darüber hinaus sehe ich keine Chance, Vorsorgemaßnahmen zu realisieren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Nach dem Vortrag von Herrn Streitberger halte ich das Zurückziehen Ihrer Vorlage zum heutigen Zeitpunkt für unbegründet.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ganz im Gegenteil: Mit jedem Tag, der verstreicht, wird die Lösung unwahrscheinlicher. Wir wissen, dass wir jeden Tag 50 000 Euro für die Maßnahmen, die dort bereits errichtet werden, bezahlen müssen. Von daher wäre es aus meiner Sicht sträflich, die Gelegenheit dieser Ratsitzung heute verstreichen zu lassen, ohne über die von Ihnen vorgeschlagene Lösung zu entscheiden.

Deswegen bringe ich Ihre Vorlage als Änderungsantrag der FDP zum Antrag der CDU hier ein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Diese Lösung ist sicherlich der weitestgehende Antrag, über den wir dann auch als Erstes abstimmen müssen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Welche Variante nehmen Sie denn?)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Freie Wähler - Kölner Bürger Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ja, das nenne ich Geschwindigkeit. Herr Streitberger konnte schon gestern im Finanzausschuss dezidiert zu den Problemen, die Sie erst heute Morgen erfahren haben, Stellung beziehen. Das heißt, er kannte gestern schon den Inhalt des Schreibens, das wir erst heute zur Kenntnis bekommen haben. Das zeigt, dass die Verwaltung vorauseilend arbeiten kann, dass sie mit Höchstgeschwindigkeit durch die Unterlagen durchfegt. Das ist eine Geschwindigkeit, die wir uns natürlich immer wünschen. Wenn Sie diese Geschwindigkeit auch bei der Baumaßnahme am Höniger Platz an den Tag legten, ginge das wesentlich besser in der Stadtverwaltung.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir im Frühjahr 2008 in Zusammenhang mit der Goltsteinstraße und den Linksabbiegern an der Tacitusstraße eine Versammlung in Bayenthal durchgeführt haben, auf der zum ersten Mal über das Problem eines drohenden Staus gesprochen wurde. Bis dahin, also von der Beschlussfassung im Jahr 2001 bis zum Jahr 2008, hat sich niemand darum gekümmert, dass hier ein Dauerstau droht. Das Ergebnis dieser Bürgerversammlung ist dann auch hier im Rat behandelt worden. Erst wurde negiert, dass diese Tunnellösungen überhaupt funktionieren. Dann aber hat insbesondere die SPD im Vorfeld des Wahlkampfes darauf hingewiesen, dass sie, weil sie ihren Koalitionspartner Grüne nicht verärgern wollte, das ablehnen würde. Es kam dann zu der unglückseligen Entscheidung, den sechsspurigen Ausbau fortzuführen.

Ich frage mich, was aus unserem Antrag geworden ist, den wir damals gemeinsam mit den Grünen und den Linken gestellt hatten. Frau Tull hat

es hier schon angesprochen. Wir haben darin unter anderem gefordert, das Verkehrsaufkommen auf der Rheinuferstraße massiv zu senken.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt muss ich das erste Mal in meinem Leben bei Ihnen klatschen!)

- Danke schön, Frau Moritz. - Davon haben wir nie wieder etwas gehört, obwohl darin substantielle Fragen aufgeworfen und Lösungsvorschläge unterbreitet wurden, die alle hier in Köln, selbst die Anwohner vor Ort, begrüßen würden. Wir haben nie wieder etwas davon gehört, obwohl diese Maßnahmen mehr als überfällig sind.

Ich erwähne dieses Zeitfenster auch deswegen, weil Anfang 2008 weder die Bahnhaltestelle an der Schönhauser Straße fertiggestellt noch mit den vorbereitenden Maßnahmen für die Bahnüberquerung begonnen worden war. Das heißt, die ganzen Millionen, die in der Zwischenzeit verbuddelt worden sind, sind mit einer Tunnelösung vollkommen umsonst ausgegeben worden, und das nur, weil man die im Jahr 2008 fällige Entscheidung nicht fällen wollte und sie hinausgezögert hat. Wir reden hier über eine Größenordnung von 7 bis 10 Millionen Euro, und zwar für die Haltestelle, die hier infrage steht, für Maßnahmen der Abböschung für die Eisenbahn und so weiter. Nur wegen dieser Entscheidungsschwäche wurden Millionen Euro ausgegeben, obwohl jeder weiß, dass diese Entscheidung die beste Lösung für das bestehende Problem ist.

Ich frage mich, Herr Oberbürgermeister, was das Schreiben, das Sie heute Morgen erhalten haben, an den Umständen, die gestern noch bestanden, geändert hat. Ich kann es aus den bisherigen Beiträgen hier nicht erkennen. Wir haben eben von Herrn Streitberger noch einmal gehört, dass das einzige Problem, das überhaupt noch im Raum steht, darin besteht, dass die Bauwerke zeitlich passgenau fertig werden, also dass Bauabschnitt eins zeitgleich mit der Rheinuferquerung beendet wird. Diese Problematik und all das, was damit im Zusammenhang steht, hat uns Herr Streitberger auf Nachfrage von Herrn Börschel gestern dezidiert, ausführlich, in allen Varianten mehrfach dargelegt und geschildert, welche Risiken bestehen und welche Unwägbarkeiten damit verbunden sind. Das alles ist gestern schon bekannt gewesen.

(Karsten Möring [CDU]: Und es steht auch alles in der Vorlage!)

- All das steht auch in der Vorlage. - Wir alle haben darüber seit gestern Bescheid gewusst. Mit anderen Worten: Ich stelle fest, dass wir in der Lage sind, hier und heute zu entscheiden. Von daher bin ich dankbar für den Vorschlag von Herrn Sterck, der der einzig vernünftige hier ist. - Danke schön.

(Beifall bei CDU und FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es noch Wortmeldungen? - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, erklären Sie mir doch einmal eines, was ist in der Debatte bislang vollkommen untergegangen ist: Die Vertreter der Stadt, der KVB und anderer Beteiligter führen mit den Zuschussgebern, also Nahverkehr Rheinland, Land NRW und so weiter, diverse Gespräche, im alten Jahr, in diesem Jahr. Ihr Inhalt wird in Vermerken niedergelegt, und alle Beteiligten haben den Eindruck, man sei sich zwar nicht einig in der Sache, aber doch einig in der Interpretation des gemeinsam Besprochenen. Dann sagt der Oberbürgermeister: Ich bin mit dem erzielten Ergebnis noch nicht rundum einverstanden, will aber die Flinte nicht ins Korn werfen. Er bittet deshalb den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, übrigens auf dessen ausdrückliches Angebot hin, sich um diese Sache zu kümmern und zu versuchen, in seiner Landesregierung eine Lösung herbeizuführen, die besser ist als die bisher erreichte. Der Ministerpräsident antwortet aber nicht unmittelbar, sondern lässt den Verkehrsminister durch den zuständigen Abteilungsleiter antworten, und zwar mit Datum vom heutigen Tage, 6.22 Uhr.

(Andreas Köhler [CDU]: Nach einem Telefonat!)

- Sie können ja mal fragen, mit wem er telefoniert hat. Fragen Sie doch, mit wem er telefoniert hat.

Die Antwort erfolgt also im Auftrag von Herrn Wolf um 6.22 Uhr mit der Bitte um sofortige Weiterleitung an Oberbürgermeister Roters, in Kenntnis, dass wir heute eine Ratssitzung haben

(Winrich Granitzka [CDU]:
Um 6.22 Uhr!)

- Moment, immer mit der Ruhe -, und in Kenntnis, dass der Oberbürgermeister in der heutigen

Ratssitzung eine Vorlage einbringen will mit dem Ziel, den Stadtbahntunnel möglich zu machen. Wollen Sie uns vor diesem Hintergrund des Schreibens des Verkehrsministers des Landes Nordrhein-Westfalen - und zwar in Kenntnis der Vorlage, die der Oberbürgermeister heute vorlegen wollte - weismachen, dass das alles keinen Sinn und Verstand hat, dass das keine Änderung bedeutet, dass uns der Autor dieses Schreibens damit nicht etwas sagen wollte? Das glauben Sie doch selbst nicht. Das sind Nebelkerzen, die Sie hier werfen.

(Widerspruch bei der CDU)

Das Land hat erkennbar die Notbremse gezogen. Wenn die Risiken - da gebe ich Ihnen übrigens recht - in der Substanz, in der Formalie dieselben sind, wie sie schon in der Vorlage beschrieben wurden, dann muss man sie natürlich interpretieren und bewerten.

Ich war zwar gestern nicht im Verkehrsausschuss, dafür aber im Finanzausschuss; Herr Möring, Sie saßen ja zwei Plätze neben mir. Diejenigen unter Ihnen, die sowohl im Verkehrs- als auch im Finanzausschuss waren, haben erstaut zur Kenntnis genommen, dass es in dem Vortrag von Herr Streitberger, den er sowohl im Verkehrsausschuss als auch im Finanzausschuss gehalten hat, in der Tat durchaus erkennbare Unterschiede in der Nuancierung und in der Zielsetzung gab. Warum ist das so? Ich weiß es nicht. Es ist gerade die These verbreitet worden, er habe vielleicht schon geahnt, dass es ein Schreiben geben könnte. Ich weiß es nicht. Das will ich weder behaupten noch dementieren. Ich kann nur sagen, dass auch Herr Streitberger noch einmal auf die erkennbaren erheblichen Risiken, auf die in der Vorlage korrekterweise - das sagen Sie alle zu Recht - hingewiesen wurde, aufmerksam gemacht hat, und zwar mit folgendem Tenor: Ausschließlich im Best-best-Case ist es möglich, die zweite Baustufe zeitgleich mit der ersten hinzubekommen. Herr Streitberger hat gesagt: Haben Sie Mut! Man muss auch einmal Mut haben im Leben, ohne gleich wagemutig zu sein. Ziemlich genau so lautete Ihre Formulierung gestern, Herr Streitberger.

In Kenntnis dieser Abläufe sagt das Landesverkehrsministerium jetzt in seinem Schreiben: Passen Sie gut auf, liebe Kölner Ratsleute, Sie müssen zwingend darauf achten, dass der volkswirtschaftliche Nutzen des Gesamtvorhabens erhalten bleibt. Sie müssen vor allem auch darstellen, welchen Einfluss zeitliche Verzögerungen der Baumaßnahme, und zwar unabhängig vom Unglück am Waidmarkt, auf die Entwicklung des

volkswirtschaftlichen Nutzens haben können. Was will uns denn der Absender damit sagen?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ein Wink mit dem Zaunpfahl!)

- Das ist ein Wink mit dem Zaunpfahl. Da hat Frau Kollegin Moritz vollkommen recht. - Er möchte uns damit sagen: Macht, was ihr wollt, aber Geld gibt es nicht! Im Gegenteil, es besteht sogar das erhebliche Risiko für euch Kölner, dass ihr, wenn ihr 65 Millionen Euro für diese Maßnahme - es ist übrigens noch nie bei einer solchen Summe geblieben - ausgibt, sozusagen zum Dank 750 Millionen Euro an Zuschüssen an den Zuschussgeber zurückzahlen müsst.

Jeder, der auf dieser Grundlage, dieses Winks des Landesministeriums mit dem Zaunpfahl, jetzt noch sagt, das kann man mal eben hier und heute so beschließen, ist mit dem Klammerbeutel gepudert.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen - Andreas Köhler [CDU]: Das ist doch nichts Neues!)

Würde eine solche Formulierung wie die in diesem Brief Ihnen in einem Aufsichtsrat vorgelegt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, würde sich niemand von Ihnen wagen, eine entsprechende Entscheidung hier und heute zu treffen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ganz genau!)

Niemand von Ihnen! Denn Sie würden sich damit vollkommen zu Recht bestimmter strafrechtlich relevanter Vorwürfe aussetzen, die zu prüfen wären. Das fordern Sie hier nur deshalb, weil Sie als Vertreterinnen und Vertreter dieses Rates haftungsprivilegiert sind. Es ist eine Schande, dass Sie das nicht zugeben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist so und es bleibt dabei: Der Tunnel ist die städtebaulich und verkehrlich beste Lösung. Es war seinerzeit ein Fehler von CDU und FDP, die planfestgestellte Variante gegen jeden Expertenrat durchzusetzen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und jetzt wollen sie uns wieder etwas einbrocken!)

Das muss auch der Öffentlichkeit noch einmal gesagt werden. Das, was Sie jetzt beklagen, ist die planfestgestellte Variante, also die Variante, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU

und FDP, gegen SPD und Grüne durchgesetzt haben. Das ist so und das bleibt so.

Es ist das Verdienst des Oberbürgermeisters, dass er die Variante des Stadtbahntunnels wieder ins Gespräch gebracht hat zu einem Zeitpunkt, als Sie alle noch verbissen am Straßentunnel festgehalten haben.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie doch auch! Sie haben doch mitgestimmt!)

Auch der Beigeordnete Streitberger hat im vergangenen Jahr noch gesagt, ein Stadtbahntunnel sei außerordentlich unwahrscheinlich. In einem Interview mit dem *Kölner Stadt-Anzeiger* im Juli vergangenen Jahres hat er gesagt:

... wir müssen darauf achten, dass beide Baustufen der neuen U-Bahn zeitgleich in Betrieb genommen werden. Alles andere wäre aberwitzig.

Heute sagt er: Um das überhaupt zu schaffen, muss ein Best-best-Case eintreten. Die Wortschöpfung „Best-best-Case“ ist für ein 750-Millionen-Euro-Risiko wirklich verdammt lapidar. Damals hat Herr Streitberger im *Stadt-Anzeiger* auch gesagt, dass er das Zustandekommen dieser Lösung - gemeint ist der Stadtbahntunnel - für unrealistisch hält.

(Markus Wiener [pro Köln]: Glauben Sie alles, was in der Zeitung steht?)

Das heißt, während der Oberbürgermeister versucht hat, diese Lösung noch möglich zu machen, sie wieder in die Debatte zu bringen, haben Sie alle noch geschlafen. Sie alle haben nicht geglaubt, dass es Sinn macht, dieses Thema noch einmal aufzumachen.

Zugegeben, es gibt erhebliche Risiken. Dass der Rechnungshof diese Sache in 20 Jahren prüfen könnte, scheint als Risiko einigermaßen beherrschbar zu sein. So haben es jedenfalls alle Beteiligten eingeschätzt. Dass die Fertigstellung der Planung nicht nur ein relatives Problem darstellen kann, insbesondere was die Verbindung der zweiten mit der ersten Baustufe betrifft, sondern auch in der Absolutheit, darauf hat Herr Streitberger gestern noch einmal sehr dezidiert, zumindest im Finanzausschuss, hingewiesen. Er hat dort gesagt: Eigentlich hätte die Stadtbahnmaßnahme zwischen 2002 und 2009 beendet sein sollen. Jetzt haben wir 2010, und von einer Fertigstellung ist nichts zu sehen. Wir sind schnell im Jahre 2014 oder gar 2015. Das ist ja offensichtlich das Szenario, auf das es nun hinausläuft. Das ist wiederum ein systemimmanentes Risiko in der ganzen Angelegenheit.

Also noch einmal: Risiko auf Rückzahlung einer Dreiviertelmilliarde Euro Zuschussgeldern! Wenn Sie dieses Risiko eingehen wollen auf der Grundlage, die wir heute haben, können Sie das gerne tun.

All diejenigen, die von uns fordern, hier und heute trotz des Winks des Landesministers mit dem Zaunpfahl unausweichlich den Beschluss für diesen Stadtbahntunnel zu fassen, würden uns in wenigen oder auch in vielen Jahren vollkommen zu Recht fragen, ob wir denn mit dem Klammerbeutel gepudert waren, als wir diese Entscheidung getroffen haben. Sie würden uns mit Hohn und Spott übergießen. Sie würden uns alle kollektiv zum Rücktritt auffordern, wenn es als Ergebnis des Ganzen tatsächlich zu einer Rückforderung der Zuschüsse käme.

(Winrich Granitzka [CDU]: Auf einen bestellten Brief hin!)

- Herr Granitzka wirft hier ein: auf einen bestellten Brief hin. Also bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, überschätzen Sie nicht unsere Möglichkeiten bei der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen sie zwar gerne ablösen, wir wollen dann auch gern eine engere Beziehung zu ihr pflegen. Aber dass die jetzige Landesregierung bestellte Briefe an uns schickt, das glaube ich nicht.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist paranoid!)

Herr Streitberger fordert uns auf: Seien Sie mutig! Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem Mut, wenn Sie hier sagen: Trotz dieser absolut wackligen Grundlage wollen wir die Kölner Bürgerinnen und Bürger in dieses wirklich große, waghalsige Unternehmen treiben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: So war es doch schon 2003!)

Wir haben diesen Mut nach der Erkenntnislage heute nicht. Das sage ich ganz ehrlich. Diesen Mut, diesen Wagemut, diesen Übermut, diese Hybris haben wir nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Möring, bitte.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Können Sie mal kurz die Rednerliste vorlesen?)

- Einen Moment, Herr Möring. Ich will noch kurz die Rednerliste bekannt geben. Nach Herrn Möring spricht Herr Uckermann und danach Herr Ludwig. - Bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Lieber Herr Börschel, Sie machen Ihrem Ruf als Jurist und Rechtsanwalt alle Ehre. So könnten Sie vor Gericht hervorragend auftreten; denn mit Ihrer Argumentation sind Sie in der Lage, Dinge um 180 Grad zu drehen. Allerdings sind Sie nicht in der Lage, Leute zu überzeugen, dass das, was Sie sagen, stimmt.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Darf ich Ihnen eine Frage stellen?)

Sie haben sich hier als das größte Sandmännchen Kölns erwiesen; denn so viel Sand, wie Sie versucht haben, uns eben in die Augen zu streuen, gibt es im gesamten Bereich der Rheinterassen nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Warum? Die Ausgangslage, lieber Herr Börschel, war - -

(Martin Börschel [SPD]: Darf ich jetzt eine Zwischenfrage stellen?)

- Ja, bitte, wenn das nicht von meiner Redezeit abgeht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein.

Martin Börschel (SPD): Das wissen Sie doch, dass das nicht von Ihrer Redezeit abgeht, lieber Herr Kollege Möring.

Karsten Möring (CDU): Ich wollte mich nur vergewissern.

Martin Börschel (SPD): War meine Beobachtung im gestrigen Finanzausschuss richtig, dass der zwischen Ihnen und mir sitzende Kollege - das war Herr Klipper - während des Vortrags von Herrn Streitberger Sie mehrfach völlig fassungslos gefragt hat: Was macht er denn? Der macht ja den Tunnel tot. Was erzählt er denn? Das kann doch nicht wahr sein. Damit stirbt doch die Sache. - Ist das wahr oder falsch?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Jetzt aber eine ehrliche Antwort!)

Karsten Möring (CDU): Ich habe die besorgten Fragen von Herrn Klipper zum Verständnis dieser Vorlage, die er zu diesem Zeitpunkt bei weitem nicht so intensiv kannte wie ich beispielsweise, sehr wohl zur Kenntnis genommen. Nur, Herr Börschel, um diesen Punkt geht es hier heute nicht. Es geht hier und heute vielmehr um die Frage, warum der Oberbürgermeister eine Bewertung vorgenommen hat - diese muss man ja nicht teilen -, die drei Tage später, ohne dass sich in der Zwischenzeit etwas verändert hat, nicht mehr gilt und zurückgezogen wird. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb sage ich noch einmal: All das, was Sie eben vorgetragen haben, war nichts anderes als eine große Streusandbüchse. Sie haben versucht, jemanden in Haftung zu nehmen, der damit nichts zu tun hat.

Der Änderungsantrag - das hat die Verwaltung erfreulicherweise sehr deutlich gemacht - ist nichts anderes als der Versuch, hier wieder Zeit zu gewinnen. Zeit, die es deswegen nicht gibt, weil wir erstens eine Entscheidung brauchen und weil Sie zweitens etwas anmahnen, was Sie nicht bekommen werden, und das aus guten Gründen. Das hat Herr Streitberger eben im Einzelnen erläutert.

(Martin Börschel [SPD]: Sie tun fast so, als würden Sie sich freuen! Kämpfen Sie doch mal dafür!)

- Was meinen Sie denn, was ich alles schon unternommen habe! Was meinen Sie, wie viele Gespräche wir schon geführt haben!

(Martin Börschel [SPD]: Sagen Sie es doch mal!)

- Ach, Herr Börschel. - Was Sie unternommen haben, ist der Versuch, Zeit zu schinden. Wenn wir Ihrem Antrag folgen würden, würden wir jetzt in eine Prüfung eintreten, die Ende Mai zu dem Ergebnis kommen würde: Leider wird es nicht gehen. Das ist Ihr Ziel. Darüber brauchen wir hier doch gar nicht zu streiten. Das ist Ihr Ziel. Das werden Sie aber nicht erreichen.

Ich habe eine Bitte, Herr Oberbürgermeister. Ich habe am Anfang meines letzten Redebeitrags eine Frage gestellt, auf die Sie nicht eingegangen sind, nämlich ob und in welcher Weise Sie

an das Landesverkehrsministerium herangetreten sind, um eine solche verbindliche Aussage zu bekommen. Ich halte die Antwort darauf für nicht unwesentlich, weil ich davon ausgehe, dass, wie in dem Fax von heute Morgen dargelegt, dieser Sachverhalt schon in den ersten Besprechungen festgezurrt wurde und man sich hinter Dingen, die man schon vorher gewusst hat, nicht verstecken kann.

(Martin Börschel [SPD]: Warum schreibt man das denn?)

- Die Frage, warum man das schreibt, kann ich Ihnen nicht beantworten. Aber wenn ich mir den Inhalt des Schreibens anschau, Herr Börschel, dann ist das kein Wink mit dem Zaunpfahl, sondern schlicht und einfach die Bestätigung dessen, was in der Vorlage des Oberbürgermeisters steht.

(Beifall bei der CDU)

In Punkt 1 steht dasselbe drin, was der Oberbürgermeister gesagt hat. In Punkt 2 steht dasselbe drin, was der Oberbürgermeister gesagt hat und was in den Gesprächen ab Anfang Dezember oder schon im November gesagt worden ist, nämlich: Mehrkosten sind zurechnungsrechtlich unbedenklich. Auch in Punkt 3 steht dasselbe wie in der Vorlage drin. Man kann Punkt für Punkt durchgehen, es steht nichts Neues drin. Genau das besagt auch die Pressemitteilung des Ministeriums, aus der ich vorhin auszugsweise zitiert habe: Es ist nichts Neues. Das ist der Punkt.

Deshalb wiederhole ich meinen Vorwurf: Diese Aktion ist nichts anderes als ein Manöver, um ein rot-grünes Problem, das Sie nicht lösen können, aus der Welt zu schaffen - zum Schaden der Bürger Kölns,

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Wem haben wir denn den Schaden zu verdanken? - Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben uns das doch eingebrockt!)

die diese Straße nutzen müssen, und zum Schaden der öffentlichen Verkehrsteilnehmer, die künftig diese Stadtbahnlinie hoffentlich mehr nutzen werden als heute, obwohl eine Taktverdichtung angesichts der Verkehrslage nicht möglich ist, wenn wir hier nicht eine kreuzungsfreie Lösung beschließen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Das haben doch CDU und FDP beschlossen! - Weitere Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ich muss jetzt leider etwas lauter sprechen, weil Sie mich sonst nicht mehr hören können. - Das ist der Punkt, um den es geht.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer hat uns das denn eingebrockt?)

Deswegen bin ich der FDP sehr dankbar, dass Sie die Vorlage des Oberbürgermeisters als Änderungsantrag übernommen hat. Wir werden dem zustimmen. Wenn dieser Antrag keine Mehrheit findet, werden wir Ihren Änderungsantrag selbst dann ablehnen, wenn Sie damit den Straßentunnel, also die Vorsorgemaßnahme für die Möglichkeit eines Tunnelbaus, zu Fall bringen. Ihr Antrag ist nichts anderes als Augenwischerei. Wenn Sie heute die Entscheidung für eine kreuzungsfreie Lösung auf der Rheinuferstraße verhindern, dann tragen Sie dafür die Verantwortung. Das werden wir Ihnen noch lange vorhalten.

(Beifall bei CDU und FDP - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Haarsträubend!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächster Redner ist Herr Uckermann. Ihm folgen Herr Ludwig und Herr Houben. Im Anschluss daran werde ich die Frage, die gerade gestellt worden ist, beantworten.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe gerade wahrgenommen, dass uns das Lachen noch nicht vergangen ist, obwohl das Ganze so traurig ist.

Ich glaube, kein Zuschauer, der sich wirklich mit der Materie beschäftigt hat, kann verstehen, worüber hier heute debattiert wird. Das Hauptproblem, warum hier heute keine Entscheidung getroffen wird, ist, dass in Köln nur 7 Prozent aller bei der Landtagswahl Wahlberechtigten wohnen. Sie alle wollen hier in einem vorgezogenen Wahlkampf an die Bürger herantreten, und das auf Kosten unserer Stadt. Das wird die Bürgerbewegung pro Köln nicht hinnehmen. Wir wollen hier sachlich diskutieren. Wir wollen das Beste für unsere Stadt.

(Beifall bei pro Köln)

Angesichts dessen, dass Sie, Herr Möring, den Kölner Oberbürgermeister auf eine ziemlich rüde Art und Weise angemacht haben, frage ich mich, wie wir gemeinsam, in einem Schulterschluss,

eine Lösung hinbekommen sollen. Man kann zum politischen Gegner oder Konkurrenten stehen wie man möchte, aber der Oberbürgermeister muss uns alle vertreten. Er muss sich dafür einsetzen, dass in dieser Sache die beste Lösung gefunden wird. Das muss man hier einmal klipp und klar sagen.

Bei Ihnen, Herr Börschel, ist mir überhaupt nicht klar, in welcher Funktion Sie hier reden: als Landtagsabgeordneter oder als Kölner Stadtrat oder als König der Aufsichtsräte?

(Beifall bei pro Köln)

Eine Antwort darauf sind Sie hier heute schuldig geblieben.

Um es noch einmal zu erklären: 90 Prozent einer solchen Maßnahme trägt das Land, und zwar in jeder Stadt. Das ist ein Infrastrukturprojekt von übergeordneter Bedeutung. Die Rheinuferstraße ist eine der wichtigsten Ausfallstraßen in Köln. Deshalb kann niemand ernsthaft verstehen, warum wir eine kilometerlange U-Bahn bauen, die ausgerechnet an der Stelle 200 Meter oberirdisch fahren und diese vierspurige Straße kreuzen soll. Vor diesem Hintergrund muss hier heute entschieden werden.

Wir von der Bürgerbewegung pro Köln werden uns dem Änderungsantrag der FDP anschließen, also der vormaligen Verwaltungsvorlage. Wenn wir in Köln in dieser Sache, die nicht ideologisch ist, die überhaupt nicht politisch ist, geschlossen auftreten, dann muss jedem vollkommen klar sein: Eine Tunnelösung muss her, entweder ein U-Bahn-Tunnel oder ein Straßentunnel. Es muss doch möglich sein, dass der Kölner Stadtrat einmal den Schulterchluss schafft und dem Land klar sagt: Egal, wer dieses Land regiert - ab Mai vielleicht ja wir von der Bürgerbewegung pro NRW; man weiß es ja nicht -, wir wollen für Köln das Beste. Ich hoffe, dass wir alle gemeinsam diesem Antrag zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Ludwig, bitte.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die gleiche Rede wie gestern?)

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Ja, Herr Klipper, ich bleibe bei meinen Positionen; denn ich hatte gestern schon verstanden, worum es geht.

Herr Streitberger hat gestern in einem harmlosen Plauderton einige deutliche Wahrheiten vorgebracht. Unterm Strich hat er gesagt, dass jeder, der jetzt für einen Tunnelbau eintritt, im Prinzip eine Art Kölnisch Roulette spielt, weil ein Risiko von etwa 50 Prozent besteht, dass die Fördergelder gestrichen beziehungsweise dass sie zurückgezahlt werden müssen. Man muss schon ein begeisterter Glücksspieler mit einem massiven Risikobewusstsein sein, wenn man meint, sich heute für diesen Tunnel entscheiden zu können. CDU und FDP sind das anscheinend. Sie lassen sich offensichtlich weder von Aussagen wie: Alles muss klappen, damit der Tunnel in vier Jahren fertiggestellt werden kann, noch von weitergehenden Warnungen der KVB beeindrucken. Das ist absurd. Sie setzen darauf, dass absolut alles klappt, in Kenntnis der großen Risiken, die auch im Einzelnen benannt worden sind.

Selbst wenn alles wunderbar klappen würde, selbst wenn man der Fördergelder nicht sofort nach Fertigstellung verlustig gehen würde, selbst wenn in späteren Zeiten der Rechnungshof diese Maßnahme nicht infrage stellen würde, würden dort 60 Millionen Euro verbuddelt, würden Folgekosten - diese 60 Millionen Euro müssen ja auch finanziert werden - in Höhe von 4,3 Millionen Euro pro Jahr auf die Stadt zukommen. Das bedeutet, wenn alles klappt, wollen Sie zusätzlich zu den nach heutigem Stand geschätzten Kosten für den Bau Nord-Süd-U-Bahn in Höhe von 27 Millionen Euro - die Unfallkosten sind da noch nicht miteingerechnet - den Haushalt der Stadt Köln mit zusätzlich 4,3 Millionen Euro jährlich belasten, einem Haushalt, der sich schon jetzt in der Klemme befindet, und all das nur, um die Verkehrssituation auf der Rheinuferstraße zu verbessern, wohlwissend, dass die Autofahrerinnen und Autofahrer nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ausmachen. Das ist nackter Wahnsinn!

(Karsten Möring [CDU]: 60.000 Fahrzeuge pro Tag!)

Trotzdem hilft auch der Antrag, den SPD und Grüne hier heute gestellt haben, nicht; denn - da gebe ich Ihnen, Herr Möring, recht - dadurch sollen nur die Widersprüche, die es zwischen Rot und Grün gibt, überdeckt werden. Es geht darum, dass man nicht derjenige gewesen sein will, der dieses Projekt absägt.

Tatsache ist: Nach all dem, was das Land gesagt hat, nach all dem, was Herr Streitberger gestern dazu vorgetragen, nach all dem, was die KVB dazu gesagt hat: Diesen Tunnel kann und darf man nicht bauen. Das sollte man hier und heute

auch ganz offen und ehrlich sagen. Das Geld braucht die Stadt für ganz andere Projekte, sei es im ÖPNV oder in anderen Bereichen. Diese Risiken darf die Stadt nicht eingehen. Wir lehnen dieses Projekt ab. Glücksspieler sind wir sowieso nicht. Russisch Roulette zu spielen, ist eine gefährliche Sache. Wenn Sie das gerne spielen wollen, bitte. Aber wir spielen da nicht mit. Deswegen gehört Ihr Antrag abgelehnt. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln sowie Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das ist eigentlich ein politisches Lehrstück, das Sie, Herr Börschel, sehr intelligent eingefädelt haben. Worum geht es? Einerseits wollen Sie Ihre neue Koalition retten. Andererseits wollen Sie den Oberbürgermeister nicht bloßstellen. Drittens brauchen Sie ein schönes Thema für den Landtagswahlkampf.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das haben Sie sehr geschickt hier eingefädelt. Mein Kompliment!

Herr Oberbürgermeister, Sie wollen ja gleich noch einmal Stellung nehmen. Wir haben dieses Fax bekommen, das ja nicht um 6.22 Uhr, sondern erst gegen 10 Uhr eingegangen ist. Das ist schade. Darin steht: Unter Bezugnahme auf unser Telefonat am 02.02. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dem Rat gleich darstellen würden, welchen Inhalt das Telefonat am 2. Februar, also heute Morgen, vor 10 Uhr, hatte. Ich würde gerne wissen wollen, ob dieses Telefonat im Grunde nichts anderes war als eine Art von Bestellung eines entsprechenden Briefes. Dann wäre dieses Fax von Herrn Wolf der entsprechende Lieferchein, meine Damen und Herren.

(Michael Zimmermann [SPD]: Beim Landesverkehrsminister?! Ein starker Oberbürgermeister!)

- Offensichtlich haben Sie einen starken Oberbürgermeister, der alles tut, um Ihre Koalition zu retten und Sie mit entsprechendem Wahlkampfstoff zu versorgen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Und da macht die Landesregierung mit?)

Wenn Sie, Herr Börschel und Herr Zimmermann, der Meinung sind, dass wir keine Untertunnelung der Rheinuferstraße brauchen, weder so noch so, dann entscheiden Sie doch heute so und gehen Sie so ehrlich und klar in den Wahlkampf hinein, statt hier herumzuzilibustern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Damit wäre allen geholfen. Jeder wüsste, woran er ist: die Kölner Bürger und der Kölner Rat. Wir kämen zumindest in der Sache voran.

Selbst wenn wir letztendlich zu dem Ergebnis kommen, das sich ja die Grünen wünschen, nämlich eine oberirdische Querung, sind dadurch ja noch nicht alle Probleme auf der Zeitschiene gelöst, wenn wir heute schon wieder mindestens acht Wochen verspielen. - Danke schön.

(Beifall bei FDP und CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Houben.

Meine Damen und Herren, ich bin gebeten worden, noch eine Frage zu beantworten. Das tue ich natürlich sehr gerne. Ich will das verbinden mit einigen erklärenden Worten, die, wie ich meine, heute hier gesagt werden müssen.

Mitte Dezember letzten Jahres hat sich ein Zeitfenster aufgetan, das bis dahin niemand vermutet hatte. Aufgrund des Einsturzes des Historischen Archivs und den damit verbundenen Verzögerungen haben wir die erneute Chance, darüber nachzudenken, ob es nicht doch gelingen könnte, eine Untertunnelung in Angriff zu nehmen. Dazu hat es ein Gespräch mit dem Regierungspräsidenten gegeben, der signalisiert hat, dass man diesen Gedanken forcieren sollte.

Ich war dann gemeinsam mit dem Regierungspräsidenten, dem Herrn Beigeordneten Streitberger sowie Vertretern der KVB beim zuständigen Ministerium. Wir haben mit dem zuständigen Staatssekretär ein sehr ausführliches und gutes Gespräch geführt. Aufgabe und Zielsetzung war es, alles möglich zu machen, dass wir innerhalb dieses Zeitfensters von etwa fünf Wochen zu einem positiven Ergebnis kommen, und zwar dergestalt, dass noch erreicht werden kann, hier zu einer Untertunnelung zu kommen.

Daraufhin ist vereinbart worden, Arbeitsgruppen aus Vertretern des Bundesministeriums, des Landesministeriums, der Bezirksregierung und auch unseres Hauses unter Federführung eines Abteilungsleiters des Regierungspräsidenten zu

bilden. Er hat sich bereit erklärt und ist beauftragt worden, die entsprechenden Koordinierungsgespräche zu führen. Es haben dazu drei Gespräche stattgefunden, und zwar am 8., am 15. und 18. Januar. Es bestand also ein hoher Zeitdruck.

In diesen Gesprächen sind alle Themen, insbesondere jene, die die Förderungsfähigkeit betreffen, bearbeitet worden. Es ist darin auch deutlich gemacht worden, dass es gewisse Risiken gibt, weil man bestimmte Zeitabläufe nicht genau bestimmen kann. Es muss für die Neuplanung einer Untertunnelung ein neues Plangenehmigungsverfahren durchgeführt werden; so lautete die Feststellung. Niemand kann mit Sicherheit sagen, wie lange das dauert; aber es gibt Erfahrungswerte. Nach den Erfahrungswerten, die uns vorliegen, und trotz der Einwendungen, die zu erwarten sind, ist es möglich, bis 2015 zu einer Befahrung des Rheinufertunnels zu kommen, um dann die erste und zweite Stufe synchron miteinander in Verbindung zu bringen. Es muss nämlich auf jeden Fall verhindert werden, dass die zweite Stufe später fertig wird als die erste Stufe, weil es dadurch zu Verzögerungen kommen würde.

Das war unsere Ausgangssituation, und diese haben wir in einer sehr transparenten Vorlage beschrieben. Wir haben die Risiken benannt. Wir haben sogar betont, dass es erhebliche Risiken gibt. Aber weil wir die Rückendeckung aus den Gesprächen mit den jeweils zuständigen Mitarbeitern aus den Bundes- und Landesministerien hatten, wollten wir das so im Einzelfall beschreiben und Ihnen zur Kenntnis geben.

Jetzt kommt das Überraschende: Heute Morgen - vor dem Hintergrund der Entscheidung, die heute ansteht und bei der sich jeder von Ihnen nicht leichten Herzens entscheiden muss, ob wir diesen nicht risikofreien Weg gehen oder nicht - kommt ein Schreiben aus dem Landesverkehrsministerium. Das war nicht bestellt. Ich habe mit niemandem gesprochen.

(Widerspruch von der CDU - Zuruf von der FDP: Sie müssen ja telefoniert haben!)

- Wenn Sie ein bisschen Verwaltungserfahrung hätten - ich sage es einmal so -, wüssten Sie, wenn Sie sich die Seite ansehen, dass diese Dame, Frau Heike Gaspers, im Auftrag des - -

(Henk van Benthem [CDU]: Hat wieder jemand anders einen Fehler gemacht! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich habe kein Gespräch geführt; es ist völlig abwegig, zu sagen, das sei ein bestelltes Schreiben. Ich gehe davon aus, dass diese Dame, die Sachbearbeiterin, gebeten worden ist, dieses Schreiben am 2. Februar herauszugeben. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Ich erkläre hier mit allem Nachdruck: Ich habe mit niemandem im Verkehrsministerium ein Gespräch geführt, auch nicht während der Zeit, als die Arbeitsgruppen gelaufen sind. Das will ich noch einmal mit aller Deutlichkeit unterstreichen.

(Widerspruch bei der CDU)

Die entscheidende Frage ist - das ist eben von Herrn Börschel schon angesprochen worden -: Warum ist dieses Schreiben erst heute früh um 6.22 Uhr abgesandt worden? Das hat doch zum Ziel, das, was wir vereinbart haben, nämlich hier die Vorlage zu beschließen und ein bestimmtes Maß an Sicherheit zu gewährleisten, wieder infrage zu stellen, nämlich durch neue Forderungen, die bislang so nicht erhoben worden sind.

(Andreas Köhler [CDU]: Was ist denn neu daran?)

- Es wird auf Erschwernisse hingewiesen. Es sollen von der KVB neue Szenarien entwickelt werden unter der Maßgabe - ich lese es noch einmal vor -: „Die Unterlagen lagen bislang nicht vor. Sie sind jedoch erforderlich, um eventuell negative Folgen für die Zuwendungsgewährung frühzeitig zu erkennen.“ Also: Das kommt zu dem, was bislang besprochen worden ist, hinzu. „Sie sollen der KVB für die Zukunft die Chance eröffnen, sachgerecht zu entscheiden.“ Das, was erarbeitet worden ist und worüber Konsens, also ein gemeinsamer Wille, bestand, ist mit diesem Brief wieder infrage gestellt worden. Deswegen war es meine Verpflichtung, Sie darauf hinzuweisen. Auf dieser Grundlage, mit dieser Ausweitung des Risikos kann ich Ihnen diese Vorlage nicht präsentieren. Deswegen habe ich sie zurückgezogen.

(Beifall bei der SPD - Winrich Granitzka [CDU]: Wenn jetzt weitere Verdächtigungen kommen, dann reicht es!)

Bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Es liegt mir völlig fern, hier irgendwelche Verdächtigungen auszusprechen, aber ich möchte gerne wissen, wie Sie es bewerten, dass der Landesverkehrsminister sagt: Dies ist keine neue Forderung an Stadt und KVB, sondern wurde bereits in einem Gespräch im Dezember unter per-

sönlicher Beteiligung von Herrn Oberbürgermeister Roters deutlich gemacht. Wie soll ich das werten?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Welche Forderung meint er denn?

Winrich Granitzka (CDU): Die Forderungen, die ganz offensichtlich in dem Brief stehen, der heute Morgen um 6.22 Uhr versandt wurde. - Uns alle wundert es natürlich sehr, dass die Landeskolegen - ich kenne ja die Gepflogenheiten ebenso wie Sie - bereits um 6.22 Uhr tätig geworden sind; denn um diese Zeit arbeiten sie eigentlich noch nicht. - Aber gerade weil der Verkehrsminister sagt, das ist nichts Neues, sind wir so verwundert, dass Sie Ihre Vorlage jetzt zurückziehen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das sehe ich völlig anders. Ich bitte auch Herrn Streitberger, das gleich noch einmal zu unterstreichen. Es sind hier deutliche Verschlechterungen im Hinblick auf die Risikoabschätzung zutage getreten, die vorher nicht abgesprochen worden sind, die außerhalb des erzielten Konsenses liegen und die offensichtlich dazu dienen sollen, der Landesregierung zu ermöglichen, sich aus den Verhandlungen, die getroffen werden sollten und auch getroffen worden sind, herauszustehlen. Das ist das, was ich hier sehe. - Herr Streitberger noch einmal.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist die Frage gestellt worden, ob dieser Brief, den wir heute bekommen haben, eine Veränderung darstellt gegenüber der Situation, wie wir sie vor dem Brief hatten. Ich denke, das ist so. Ich habe heute Mittag noch mit Herrn Wolf aus dem Ministerium telefonieren können. Auch ich bin von diesem Brief völlig überrascht worden. Herr Dr. Müser, ich kannte den gestern in der Finanzausschusssitzung noch nicht. Wenn es bei der Vorstellung im Verkehrs- und im Finanzausschuss eine unterschiedliche Qualität gegeben hat, dann hat das möglicherweise damit zu tun, dass ich dieses Thema mittlerweile schon sehr oft präsentiert habe. Möglicherweise war ich im Finanzausschuss nicht mehr ganz so emphatisch wie im Verkehrsausschuss. Aber in der Sache hat es bis zu diesem Brief keine andere Situation gegeben.

Richtig ist: In diesem Brief wird zum Schluss verlangt, unterschiedliche Zeitszenarien in Bezug auf die Fertigstellung der Gesamtmaßnahme zu erstellen. Das Gespräch mit Herrn Wolf heute hat noch einmal deutlich gemacht, dass das Land drei Szenarien erwartet:

Erstens. Wie lange wird die Stadtbahnbaustelle Nord-Süd-Stadtbahn, erste und zweite Baustufe, ohne Berücksichtigung des Unglücks am Waidmarkt dauern? Es ist ja erkennbar zu zeitlichen Verzögerungen gekommen. Das hat auch in den Gesprächen eine Rolle gespielt.

Zweitens. Wie lange brauchen wir in Gänze unter Berücksichtigung des Unglücks am Waidmarkt?

Drittens. Wie lange dauert das Ganze unter Berücksichtigung des Unglücks am Waidmarkt und unter Berücksichtigung einer möglichen Planänderung der zweiten Baustufe?

Das ist in dem dritten der drei Gespräche, die der Oberbürgermeister eben erwähnt hat, vonseiten des Landes vorgetragen worden. Die KVB hatte der Forderung, solche Szenarien aufzustellen, nicht zugestimmt. Diese ist dann aber unter Zustimmung der KVB in das Protokoll dieses Gesprächs aufgenommen worden, nicht aber in die gemeinsame Erklärung.

Hintergrund ist Folgender: Im Planfeststellungsverfahren wurden ein Baubeginn und ein Bauende festgelegt, nämlich Baubeginn 2002 und Bauende 2009. Gegenüber diesem ursprünglichen Bauzeitenplan gibt es jetzt eine erkennbare Veränderung. Deshalb möchte das Land wissen, welche Auswirkungen diese Veränderung an sich auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis hat. Das ist in der Tat eine neue Qualität.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank. - Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Ich habe noch eine Nachfrage an den Herrn Beigeordneten Streitberger. Habe ich Sie richtig verstanden, dass im gesamten Verlauf der drei geführten Gespräche unter den von Ihnen genannten Beteiligten seitens der Landesregierung auf eine Darstellung der unterschiedlichen Zeitfenster gedrängt wurde?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Streitberger.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! An dem zweiten der drei Gespräche habe ich nicht teilgenommen, weil wir uns da noch einmal in kleineren Gruppen zusammengefunden haben. In dem ersten Gespräch hat das in der Form eine Rolle gespielt, dass man gesagt hat, wir haben einen planfestgestellten Baubeginn 2002 und eine Fertigstellung 2009. Das ist ein Zeitraum von sieben Jahren. Wie lange braucht das Ganze denn jetzt? Daraufhin hat die KVB gesagt: Wir haben tatsächlich erst 2004 angefangen, aber es ist richtig, dass 2002 und 2003 schon Gelder für diese Maßnahme geflossen sind. Deswegen gibt es hier auch einen Dissens zwischen der KVB und dem Landeszuschussgeber. Dieser soll aufgeklärt werden.

In dem dritten Gespräch sind von Vertretern des Landes - wenn auch nicht so explizit, wie ich es gerade vorgetragen habe - diese drei Szenarien ins Spiel gebracht worden. Man hat gesagt: Wir möchten wissen, wie lange die gesamte Baustelle dauern wird, und zwar zum einen ohne Berücksichtigung des Unglücks am Waidmarkt, weil dafür ja zunächst einmal keiner der Anwesenden in Haftung genommen werden kann, und zum anderen unter Berücksichtigung des Unglücks am Waidmarkt. Das konnte in diesem dritten Gespräch nicht geklärt werden, auch weil sich die KVB bislang nicht in der Lage sah, ein solches Zeitszenario zu erstellen. Und genau das wird hier nun gefordert.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt noch Herr Möring, Herr Dr. Müser und Herr Fenske.

Karsten Möring (CDU): Wenn Herr Fenske dazu etwas direkt beitragen will, macht es Sinn, dass er als Erster das Wort erhält.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. - Bitte, Herr Fenske.

Jürgen Fenske (KVB): Zu den Szenarien: Es ist eingangs gefragt worden, bis wann die KVB die diesbezügliche Frage beantworten kann.

Zunächst einmal haben wir dem Zuschussgeber NVR, Nahverkehr Rheinland, das Szenario 1 geliefert, einschließlich Baubeginn und voraussichtliches Bauende; das liegt also dort schon vor. Allerdings muss es jetzt noch mit dem Zuschussgeber Bund - Zuschussgeber ist ja nicht nur das

Land - endabgestimmt werden. Szenario 1 liegt also bereits vor, nur dem Ministerium möglicherweise noch nicht.

Nun zu den Szenarien 2 und 3, von denen Herr Streitberger gesprochen hat: Ich war bei den hier zitierten Gesprächen persönlich nicht zugegen. Aber es wird für die KVB eine relativ überschaubare Aufgabe sein, den Zuschussgebern die gewünschten Szenarien 2 und 3 zu liefern. Ich habe es so verstanden - ich habe mit dem Abteilungsleiter heute nicht gesprochen -, dass diese Szenarien gebraucht werden, um eine Prüfung des volkswirtschaftlich wichtigen Kosten-Nutzen-Faktors vornehmen zu können. Ich gehe davon aus, dass die KVB innerhalb von zwei bis drei Wochen die Hausaufgabe, die ihr gestellt worden ist, erledigen kann und diese Zahlen dann den Zuschussgebern übermitteln wird.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Freie Wähler - Kölner Bürger Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Richtig nachvollziehen kann ich die ganze Debatte im Endeffekt nicht mehr, weil jetzt noch mehr Fragen aufgeworfen worden sind, als vorher bestanden. Das alles hätte meiner Meinung nach im Verkehrsausschuss, dem zuständigen Fachausschuss, geklärt werden müssen. Dass darüber jetzt hier im Rat debattiert werden muss, ist eigentlich ein Unding.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wo sollen wir es denn sonst machen?)

Herr Fenske, Sie sagen, es sei für die KVB kein Problem, diese Szenarien innerhalb von zwei bis drei Wochen zu erstellen. Herr Streitberger hat aber kurz zuvor gesagt, dass Sie in den entsprechenden Gremien, in denen das gefordert worden ist, erklärt haben, dass die KVB dazu nicht in der Lage sei.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau!)

Da fragt man sich schon: Wenn Sie damals dazu nicht in der Lage oder nicht bereit gewesen sind, warum sind Sie jetzt dazu in der Lage oder bereit? Das kann ich nicht nachvollziehen.

Meine zweite Frage betrifft die Interpretation von Herrn Streitberger, das Ministerium würde seine Haltung ändern, wenn es diese Szenarien hätte. Wenn das Ministerium diese Szenarien jetzt be-

kommt und wie auch immer damit umgeht - das sind ja nur Szenarien mit irgendwelchen Eintrittswahrscheinlichkeiten; es kann ja nicht garantiert werden, dass diese Szenarien wirklich so umgesetzt werden können -, dann stellt sich die Frage, ob dann nicht auch diese ganze Debatte hinfällig ist.

Die SPD fordert in Ihrem Änderungsantrag eine verbindliche Erklärung. Die Frage ist: Können wir aufgrund der dann vorgelegten Szenarien erwarten, dass es dann eine verbindliche Erklärung des Ministeriums gibt?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das ist doch das Problem!

Dr. Martin Müser (Freie Wähler - Kölner Bürger Bündnis): Herr Oberbürgermeister, ich wundere mich schon ein Stück weit, dass Sie diese Frage nicht schon im Vorfeld dieser Sitzung mit dem Ministerium geklärt haben. Die SPD hat sich hier gerühmt, alle diese Fragen mit dem Ministerium und mit Ihnen im Vorfeld geklärt zu haben. Deswegen stellt sich schon die Frage, warum gerade diese entscheidende Frage, nämlich die Frage der verbindlichen Auskunft, aufgrund derer sich die SPD in die Lage versetzt sehen würde, zuzustimmen, nicht geklärt worden ist. Eine verbindliche Auskunft wird es nicht geben; das haben wir von Herrn Streitberger mehrfach gehört. Diese verbindliche Auskunft werden wir vielleicht in 20 Jahren bekommen, wenn alles geprüft worden ist, vorher nicht. Deshalb stellt sich schon die Frage, was wir zu erwarten haben, wenn die von Herrn Fenske beziehungsweise der KVB erstellten Szenarien dem Ministerium übergeben worden sind. Was ändert sich dadurch?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Mensch, die Kosten-Nutzen-Relation! - Weitere Zurufe: Gar nichts!)

- Nein, die Kosten-Nutzen-Relation ändert sich ebenso wenig wie die Einschätzung; denn abgerechnet wird zum Schluss. Erst letzte Woche sind uns die zusätzlichen Kosten in Höhe von rund 30 Millionen Euro vorgerechnet worden. Dazu hat der RP mitgeteilt, dass das sowieso nicht bezahlt wird, weil das Ganze gedeckelt ist. Das kommt also noch obendrauf.

Mit anderen Worten: Bei jeder nachträglichen Rechnung müssen nun solche drei Szenarien erstellt oder eine Kosten-Nutzen-Rechnung vorgelegt werden. Das werden Sie, Herr Börschel, auch nicht mitmachen. Ich frage mich wirklich,

was wir zu erwarten haben, wenn diese zusätzlichen Informationen geliefert werden. Ich habe den Eindruck, wir werden nichts an Sicherheit dazugewinnen, Herr Börschel, und wir werden auch nichts an Erkenntnis dazugewinnen.

(Andreas Köhler [CDU]: Nur die Landtagswahl ist vorbei!)

Das Ministerium wird seinen Standpunkt nicht ändern. Man muss aber auch sagen, Herr Börschel: Wenn man im Ministerium Ihren Änderungsantrag in die Hand bekommen hat, dann hätte ich auch einen solchen Brief geschrieben; denn Sie fordern in Ihrem Änderungsantrag eine verbindliche Erklärung. Das Ministerium sagt nichts anderes als: Sie werden keine verbindliche Erklärung bekommen. Damit ist das hinfällig, selbst wenn Sie noch mehr Änderungsanträge stellen. Das alles haben Sie aber schon vor der Kommunalwahl gewusst.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Klar ist: Wenn wir jetzt die Entscheidung weiter aufschieben, bis Herr Fenske die Szenarien geliefert hat, wird das Zeitfenster kleiner und das Risiko höher. Das müssen Sie auf Ihre Kappe nehmen, Herr Börschel. Sie erhöhen durch Ihre mangelnde Entscheidungsfähigkeit das Risiko; denn der einzige von uns beeinflussbare Aspekt ist der Zeithorizont. Deswegen habe ich vorhin auch gesagt - vielleicht haben Sie nicht richtig zugehört -, dass wir aufgrund Ihrer mangelnden Entscheidungsfähigkeit vor einem Jahr jetzt schon ein ganzes Jahr verloren haben. Jetzt wird es Zeit, sich endlich dazu zu bekennen, das Risiko einzugehen. Wir alle kennen es. Herr Streitberger hat es mehrfach in den Fachausschüssen dargelegt. Ansonsten stimme ich Herrn Houben zu, der gesagt hat: Lassen Sie uns das Ding versenken.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Ich habe noch drei kurze Nachfragen bezüglich der Stellungnahmen des Herrn Oberbürgermeisters und des Herrn Streitberger.

Punkt 1: In der Vorlage und in den Berichten im Verkehrsausschuss war davon die Rede, dass es eines Planänderungsverfahrens bedarf, also nicht eines neuen Planfeststellungsverfahrens,

wie Sie eben gesagt haben. Es wäre schön, wenn dieser Punkt geklärt werden könnte, da es sich dabei um sehr unterschiedliche Zeithorizonte handelt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: „Plan-genehmigungsverfahren“ hat er gesagt!)

Das ist erheblich, weil die Zeitabläufe dafür sehr unterschiedlich sind.

Punkt 2: Herr Streitberger, dieser Punkt richtet sich an Sie. Sie haben eben erklärt, in dem Fax von heute Morgen sei doch etwas neu gewesen. Deshalb frage ich noch einmal nach: Wenn ich die Vorlage richtig verstehe, wird darin die Aussage der KVB zitiert, dass bei diesem Verfahren das Risiko besteht, dass nach Fertigstellung der ersten Baustufe, Waidmarkt eingeschlossen, bis zu vier Jahre vergehen können, ehe die zweite Baustufe beendet sein wird. Diese Aussage ist dann in die OB-Vorlage übernommen worden. Wenn diese Aussage Bestandteil der Vorlage ist, die Verwaltung aber gleichzeitig bewertet, sie gehe davon aus, dass eine Fertigstellung in 2014 zwar risikobehaftet, aber realistisch ist, dann verstehe ich nicht, was daran neu ist; denn ob dieser Tatbestand dem Verkehrsministerium bekannt ist oder nicht, ist für unsere Entscheidungsfindung bezüglich dieser Vorlage letztlich unerheblich, wie von Herrn Müser eben zu Recht ausgeführt. Insofern weiß ich nicht, ob das wirklich ein neuer Aspekt ist und weshalb dieser Aspekt Sie bewogen hat, Ihre Vorlage zurückzuziehen. Diese beiden Fragen sind absolut nicht schlüssig.

Punkt 3: Sie haben uns in der Dezember-Sitzung des Rates auf die Anfrage, wann sie gedenken, uns die Vorlage zum Beschluss vom 30. Juni vorzulegen, mitgeteilt, dass Sie bereits seit längerer Zeit an einer Alternative, nämlich am Stadtbahntunnel, arbeiten. Ich habe Sie, Herr Oberbürgermeister, eben so verstanden, dass dieser Schritt erst im Dezember initiiert worden ist, und zwar nach Ihrem Gespräch mit dem Herrn Regierungspräsidenten. Auch hierzu hätte ich gerne Aufklärung: Seit wann arbeitet die Verwaltung ernsthaft an dieser Variante? Denn hier ist nach meiner Ansicht sehr wohl ein Zusammenhang mit der Bewertung, die wir hier heute vornehmen, gegeben. Auf diese drei Fragen hätte ich gerne noch eine Antwort.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Herrn Beigeordneten Streitberger, direkt darauf zu antworten. Danach noch Herr Granitzka, und dann kommen wir zur Abstimmung.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zu Ihrer ersten Frage, Herr Möring. Ich habe den Oberbürgermeister eben auch so verstanden, dass es um eine Planänderung geht. Er hat gesagt: eine Planänderung, das ist festgestellt. In den Gesprächen ist immer von einer Planänderung gesprochen worden. Wir haben explizit abgefragt, ob eine neue Planfeststellung notwendig sei. Daraufhin hat man uns gesagt, nein, es würde eine Planänderung reichen, weil es ja nur ein relativ kurzes Stück der Maßnahme betrifft. Aber auch das lief auf Gesprächsebene, belegt durch Protokolle, das eigentliche Verfahren würde ja erst noch kommen. So weit zu Ihrer ersten Frage.

Zu Ihrer zweiten Frage: Was ist neu? Neu ist tatsächlich der letzte Absatz des Briefes, in dem unterschiedliche Zeitszenarien gefordert werden. Es reicht also nicht mehr aus, dass wir sagen, wir vermuten, dass die erste Baustufe nicht vor 2014 fertiggestellt wird, sondern es wird gefordert, dass die drei Szenarien, die ich eben beschrieben habe, erstellt werden. Für diese werden dann jeweils Zwischentermine festgelegt - das ist ja wohl der Hintergrund der Szenarienmethode -, zu denen dann noch einmal bewertet wird, welche Risiken bestehen. Das ist zwar nicht ganz einfach, aber auch nicht furchtbar kompliziert. Das erhält den Szenariencharakter.

Die Unbekannte, Herr Möring, ist natürlich der Waidmarkt, weil wir vom Waidmarkt heute noch nicht sagen können, wann wir mit der Sanierung des Bauwerkes beginnen können und wann die Sanierung des Bauwerkes so weit abgeschlossen sein wird, dass der Status am Waidmarkt dem entspricht, den wir am 3. März 2009 vormit-tags hatten.

Das kann man auf dem Weg der Szenarienmethode machen. Deswegen werden ja auch Szenarien abgefragt.

Zu Ihrer dritten Frage: Seit wann arbeitet die Verwaltung an dem Stadtbahntunnel? Wir arbeiten an diesem Thema seit September/Okttober letzten Jahres. Herr Oberbürgermeister hatte seinen Dienstantritt am 21. Oktober. Wir haben zwar nicht schon in den ersten Wochen darüber gesprochen, aber doch relativ bald. Vor allen Dingen habe ich intensive Gespräche mit der KVB geführt, weil sie natürlich für die Erörterung dieser Dinge mein erster Gesprächspartner sein musste. Nachdem wir uns langsam mit der neuen Sachlage vertraut gemacht hatten, haben wir dann den Termin am 22. Dezember mit dem Staatssekretär im Ministerium vereinbart; ich

glaube, den Termin haben wir etwa 14 Tage vorher ausgemacht.

Eines will ich noch sagen, weil eben zum Gegenstand wurde, mit welchen Erwartungen wir in das Gespräch am 22. Dezember gegangen sind. Wir hatten ganz klar - das darf ich auch für den Oberbürgermeister hier sagen - die Erwartung, dass uns das Land finanziell noch einmal hilft. Das ist klar beantwortet worden. Genauso klar war unsere Absicht, die Dinge so deutlich wie möglich zu besprechen und zu beschreiben in der vollen Kenntnis, dass wir unter Berücksichtigung des Zeitplans in Gänze natürlich keine verbindlichen Erklärungen von der Bundesrepublik Deutschland erwarten können. Das muss man sagen. Wer schon einmal versucht hat, eine verbindliche Erklärung vom Finanzamt zu bekommen, weiß ungefähr, worüber wir hier reden.

(Beifall bei Teilen von CDU und FDP)

Deshalb sieht die Vorlage auch so aus, wie sie aussieht. Sie ist der Ausfluss von drei Gesprächsrunden, an denen ausgesprochen kompetente Leute teilgenommen haben, die alle die Absicht hatten, die Risiken einerseits so klein wie möglich zu halten, sie aber andererseits auch so genau wie möglich zu benennen, um auf dieser Grundlage eine Entscheidung herbeizuführen.

Meine Damen und Herren, mehr war nicht drin in dieser Zeit; das muss man auch deutlich sagen. Das ist das, was leistbar war. Vor dem Hintergrund, dass wir keine Zeit haben, war diese Vorlage so vorzulegen. Ich bin dankbar und froh, dass der Oberbürgermeister sie so vorgelegt hat.

(Andreas Köhler [CDU]: Er hat sie danach leider wieder zurückgezogen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann gar nicht sagen, wie enttäuscht ich bin. Ich habe gestern in einer öffentlichen Veranstaltung gesagt, wie mutig ich es finde, dass Sie diesen Antrag gestellt haben. Auf die Frage, ob das Risiko nicht zu groß sei, habe ich gesagt: Der Oberbürgermeister hat die Aufgabe - und diese Aufgabe nimmt er wahr -, zu prüfen, ob das Risiko für die Stadt zu schultern ist oder nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Das hat er getan!)

Nun steht in dem Schreiben von Herrn Wolf: Im Anschluss an unser Verwaltungsgespräch vom 27.10. und so weiter haben wir ein Gespräch am 22.12. und weitere Gespräche im Januar geführt. Danach folgt die Forderung - letzter Absatz -, dass die KVB dazu drei Zeitszenarien, die Sie, Herr Streitberger, hier gerade aufgezeigt haben, zu erstellen hat. Das scheint bisher ja nicht geschehen zu sein, jetzt wird es auf einmal gemacht.

Ich frage mich, warum Sie uns, ohne dass diese Szenarien erstellt worden sind, diese Vorlage hier vorgelegt haben, sie aber dann einen Tag später, obwohl nichts Neues offenbar wird - denn das alles ist ja schon am 22. Dezember besprochen worden -, wieder zurückgezogen haben. Das kriege ich einfach nicht in den Kopf.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir sollten jetzt zur Abstimmung kommen.

Es liegen folgende Anträge vor: zum einen ein Änderungsantrag gemäß § 13 der Geschäftsordnung, eingebracht von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen, der darauf gerichtet ist, erneut in Verhandlungen mit den Zuwendungsgebern, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Bund, einzutreten mit dem Ziel, bezüglich der Kostenbeteiligung eine Zusage zu erreichen.

Zum anderen hat Herr Sterck, Fraktionsvorsitzender der FDP, beantragt, die von mir zurückgezogene Vorlage zur Abstimmung zu bringen. Da hier gefordert wird, auf der Grundlage der von mir zurückgezogenen Vorlage erneut Verhandlungen aufzunehmen, ist das der weitergehende Antrag.

(Widerspruch bei der CDU - Andreas Köhler [CDU]: Das wird ja immer toller! - Karsten Möring [CDU]: Das ist der Schmierenkommödie vierter Akt!)

Das ist eine Erweiterung dessen, was von mir einmal vorgelegt und dann wieder zurückgezogen worden ist.

(Widerspruch bei der CDU)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer ist gegen - -

(Anhaltende Zurufe von der CDU - Karsten Möring [CDU] meldet sich zur Geschäftsordnung)

- Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Wir ziehen unseren Antrag als Vorsorgemaßnahme zurück. Damit ist der Änderungsantrag der SPD im Prinzip gegenstandslos.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit kommen wir zur Abstimmung - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Alle Anträge sind weg!)

- Also, Sie ziehen Ihren Antrag zurück.

(Unruhe)

Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Ich möchte eine Sitzungsunterbrechung von fünf Minuten beantragen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wird gewährt.

(Unterbrechung von
18.59 bis 19.09 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.4 auf:

**3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend
„Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts für die Stadt Köln“
AN/1982/2009**

**Stellungnahme der Verwaltung vom
12.01.2010
5412/2009**

Ich bitte um Nachsicht, dass ich für einen kurzen Augenblick die Leitung der Sitzung abgebe, und bitte Frau Elfi Scho-Antwerpes mich währenddessen zu vertreten.

(Unruhe - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Geschäftsordnungsantrag!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich bitte um Ruhe im Saal. - Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Ich wollte hier nur erklären, dass wir eine Sondersitzung zu diesem Thema beantragen werden. Ich denke, das sollten die Menschen, die Journalisten und auch unsere Kollegen wissen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Aber wir sind jetzt schon bei Tagesordnungspunkt 3.1.4.

(Widerspruch bei der CDU)

Winrich Granitzka (CDU): Ich halte diese Information für wichtig. Wir können uns jetzt auf Geschäftsordnungsdebatten einlassen - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir behandeln jetzt Tagesordnungspunkt 3.1.4. Dazu gibt es einen Antrag von Herrn Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Wir erörtern jetzt Tagesordnungspunkt 3.1.4, wie Frau Bürgermeisterin sagte. Ich stelle hier einen Geschäftsordnungsantrag nach § 20 Abs. 1 auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(Widerspruch bei pro Köln)

Dieser begründet sich wie folgt: Dieser Antrag war gestern bereits im Finanzausschuss und hat dort keine Mehrheit gefunden. Es kann nicht sein, dass solche Anträge ständig wiederholt werden und damit die Ratssitzung verlängern. Darüber wurde bereits entschieden. Deshalb stelle ich den Antrag auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen -
Markus Wiener [pro Köln]: Ausgerechnet Sie, Herr Frank!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte, Herr Bürgermeister Wolf.

Manfred Wolf (FDP): Frau Bürgermeisterin! Ich möchte hier feststellen, dass Herr Uckermann Herrn Frank als „Nazi“ bezeichnet hat.

(Widerspruch von pro Köln - Markus Wiener [pro Köln]: Stimmt doch gar nicht! - Zuruf: Rüge! - weiterer Zuruf: Ordnungsruf! - Anhaltende Unruhe - Markus Wiener [pro Köln] tritt ans Mikrofon)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Wiener, Sie haben hier nicht das Wort. Seien Sie still!

(Markus Wiener [pro Köln]: Als Geschäftsführer möchte ich hierzu natürlich eine persönliche Erklärung abgeben! Dies ist eine unverschämte Lüge von Herrn Wolf! Das ist nicht wahr! - Glocke - Markus Wiener [pro Köln]: Ich verlange, dass die Protokolle ausgewertet werden! So geht es nicht!)

- Ich habe Ihnen nicht das Wort erteilt.

(Zurufe: Ordnungsruf! - Gegenruf von Markus Wiener [pro Köln]: Wir beantragen einen Ordnungsruf für Herrn Wolf wegen dieser unverschämten Lügen!)

Herr Uckermann, wenn es noch eine solche Äußerung von Ihnen gibt, verweise ich Sie des Ratssaals.

Wir fahren jetzt fort.

(Martin Börschel [SPD]: Jetzt müssen wir über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen!)

- Es liegt ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Frank vor.

(Markus Wiener [pro Köln]: Das kann nicht so stehen bleiben! Das ist eine Unverschämtheit! Diese Äußerung ist nicht gefallen! - Gegenruf: Doch! - Markus Wiener [pro Köln]: Was ist das für ein Benehmen? Fällt Ihnen sonst nichts Besseres mehr ein? So geht das nicht!)

- Ruhe jetzt! - Herr Rouhs, wollen Sie gegen diesen Antrag sprechen?

Manfred Rouhs (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir, festzustellen, dass der Geschäftsordnungsantrag gar nicht mehr hätte gestellt werden dürfen, weil wir bereits in die Beratung dieses Tagesordnungspunktes, also in die Beratung unseres Antrages zur Sache eingetreten waren. Ich hatte

mich bereits zu Wort gemeldet. Es war also formal nicht zulässig, dass Herr Frank nach Eintritt in die Sachberatungen einen Antrag auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt gestellt hat. Schon aus formalen Gründen kann dieser Geschäftsordnungsantrag hier nicht zur Abstimmung gestellt werden.

Im Übrigen ist dieser Antrag aus zwei Gründen sachlich nicht geboten:

Erstens spielt es überhaupt keine Rolle, ob ein Antrag gleichen Inhalts, wenn auch formal etwas anders ausformuliert, im Finanzausschuss bereits beraten worden ist oder nicht. Im Finanzausschuss ging es uns darum, zu erreichen, dass dieser Ausschuss als Gremium einen Antrag an den Rat richtet mit der Zielsetzung, es möge ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt werden. Der Ausschuss wäre souverän gewesen, das zu tun.

Es mag unterschiedliche Gründe geben, seien sie nun sachlicher oder taktischer Natur, warum sich ein Ausschuss als vorbereitendes Gremium entscheidet, eine solche Angelegenheit nicht selbst dem Rat vorzulegen und sie in die Sitzung des Rates einzubringen. Gleichwohl kann unter Umständen eine Mehrheit hier im Rat über den Antrag selbst anders entscheiden, wenn er denn in der Ratssitzung auf der Tagesordnung steht. Es sind immer andere Konstellationen mit der Beteiligung anderer Fraktionen möglich, sodass ein solcher Weg offen gehalten werden muss. Deshalb kann es nicht prinzipiell richtig sein, dass ein im Ausschuss zwar abgelehnter, dann aber variiertes Antrag in der Ratssitzung nicht mehr beraten werden kann. Wenn wir das für richtig erachten würden, würde sich der Rat selbst seiner Rechte beschneiden.

Zweitens verhält es sich so, dass eigentlich die Verwaltung formal verpflichtet gewesen wäre, eine Vorlage zu einem Haushaltssicherungskonzept einzubringen. Wie Ihnen allen bekannt ist, beträgt das Haushaltsdefizit in diesem Jahr 540 Millionen Euro.

(Zurufe: Zur Sache!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Reden Sie bitte zur Sache.

Manfred Rouhs (pro Köln): Insofern kann hier auch von der Materie her der formal ohnehin nicht zulässige Antrag von Herrn Frank nicht greifen.

(Unruhe - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Er darf nur zur Geschäftsordnung reden!)

Beim Rat liegt das Mandat, über diese Angelegenheit zu entscheiden, und zwar in dem Moment, in dem Ihnen als gewählte Volksvertreter bekannt wird, dass die Stadt in eine Schiefelage gerät. Diese Schiefelage ist jetzt offensichtlich da. Deshalb muss über diesen Antrag hier auch beraten und beschlossen werden.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich lasse jetzt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Pro Köln. Zugestimmt mit den Stimmen von SPD, Grünen, Linken, CDU, FDP, Herrn Dr. Müser und Herrn Zimmermann.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln]: Geschäftsordnung war gestern! Scho-Antwerpes ist heute!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.6 auf:

3.1.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Initiative für Gymnasien - Elternwille statt Ideologie“ AN/0085/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Dr. Schlieben, bitte.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde hier im Ratssaal! Im Herbst 2009 hat die Stadtverwaltung eine Umfrage unter den Eltern von rund 8 500 Drittklässlern durchgeführt, auf die dankenswerterweise 4 886 Eltern geantwortet haben; das entspricht immerhin rund 56 Prozent der Eltern. In dieser Umfrage, deren Ergebnisse uns in der Dezember-Sitzung vorgelegt worden sind, ist bei den Eltern auch die gewünschte Zielschulform für die weiterführenden Schulen abgefragt worden. Dazu liegen sehr eindeutige und sehr interessante Ergebnisse vor: 59 Prozent der befragten Eltern formulierten den Wunsch, ihr Kind an einem Gymnasium anzumelden. 59 Prozent! Das ist ein großer Anteil. Aus der Befragung ergab sich ebenfalls, dass 55 Prozent der Eltern damit rechnen, dass ihre Kinder auch eine Gymnasialempfehlung erhalten werden. Das ist interessant, wurde uns doch in

einer früheren Ratssitzung von der Schuldezernentin mitgeteilt, dass im Schuljahr 2007/2008 die Quote für die Empfehlung „Übergang auf das Gymnasium“ um 50 Prozent lag. Ich gehe davon aus, dass sie tatsächlich noch etwas höher liegt.

Angesichts der Zahlen 50 Prozent, 55 Prozent und 59 Prozent können wir jedoch erst einmal festhalten - je nachdem, welche Prozentzahl wir zugrunde legen -, dass dauerhaft ein Bedarf von 4 500 beziehungsweise 4 900 beziehungsweise 5 300 Plätzen in den Eingangsklassen des Gymnasiums besteht. In der Pressekonferenz am 25. Januar dieses Jahres teilte unsere Schuldezernentin, Frau Dr. Klein, mit, dass es in Köln 3 770 Gymnasialplätze in den Eingangsklassen gibt. Mit berücksichtigt sind dabei schon die kirchlichen Schulen, das bekannte deutsch-türkische Gymnasium und die internationale Friedensschule. Die Zahl 3 770 deckt sich auffallend mit einer Zahl, die uns das Schuldezernat schon früher einmal mitgeteilt hat. Im Jahr 2007 hieß es nämlich, dass man, selbst wenn man alle Ressourcen der Gymnasien ausschöpfen würde, nur auf maximal 3 800 Plätze komme.

Warum trage ich Ihnen das vor? Wenn ich Ihnen mitteile, dass im Moment 3 800 Plätze zur Verfügung stehen, wir aber 4 500, 4 900 oder bis zu 5 300 Plätze in den Eingangsklassen des Gymnasiums brauchen, heißt das: Wir haben einen Fehlbedarf, nämlich einen Fehlbedarf von 700 beziehungsweise 1 100 beziehungsweise bis zu 1 500 Plätzen im Gymnasialbereich. Wenn wir davon ausgehen, dass eine Klasse aus 30 Schülern besteht, kommen wir zu dem Ergebnis, dass 25 beziehungsweise 35 beziehungsweise bis zu 50 gymnasiale Eingangsklassen hier in Köln fehlen. Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man die Zahlen dieser vom Schuldezernat durchgeführten Umfrage auswertet.

Wenn Sie weiterhin bedenken, dass es Ziel der schwarz-gelben Landesregierung ist, die Klassen am Gymnasium auf maximal 28 Schüler zu begrenzen - ich glaube, hier sind wir uns mit Rot-Grün einer Meinung; da sind wir alle in einem Boot; dafür kämpfen wir schon seit langem; jetzt wollen wir das auch verwirklichen -, wird der Bedarf an zusätzlichen Gymnasialplätzen und -klassen natürlich noch ansteigen. Vielleicht reden wir dann sogar über 50 Klassen, die fehlen.

Schauen wir uns die Vorlage der Verwaltung zur Elternumfrage jetzt einmal genauer an. Ich möchte hier einen Stadtbezirk herausgreifen, nämlich Rodenkirchen. Aus der Umfrage ist klar ersichtlich, dass die Nachfrage nach Gymnasialplätzen im Stadtbezirk Rodenkirchen noch höher

ist als im Stadtdurchschnitt; sie liegt dort bei 61 Prozent. 62 Prozent der Rodenkirchener Eltern rechnen damit, dass ihre Kinder auch wirklich eine Gymnasialempfehlung erhalten. Auch dies liegt über dem Stadtdurchschnitt. Angesichts dessen, dass es in Rodenkirchen nur ein städtisches Gymnasium gibt, das allerdings wegen fehlender Kapazitäten regelmäßig Schülerinnen und Schüler abweisen muss - sie müssen dann an Standorte in der Innenstadt oder im Umland ausweichen -, stellen wir hier als Erstes die konkrete Forderung, ein vierzügiges Gymnasium im Stadtbezirk Rodenkirchen zu errichten. Nur so können dort die Ergebnisse der Umfrage, die uns von der Schuldezernentin vorgelegt worden sind, endlich adäquat umgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Rodenkirchen ist zwar ein schöner Stadtbezirk, aber ich möchte noch einen Blick auf die anderen Stadtbezirke werfen, wenn auch nicht auf Porz; das ist schon etwas Besonderes. Das ganze Stadtgebiet ist mit Gymnasialplätzen unterversorgt, insbesondere aber Ehrenfeld, Nippes und Kalk. Dort fehlen Gymnasialplätze in großer Anzahl. Jeder in Mathematik durchschnittlich Begabte kann nachrechnen - ich habe das auch gemacht -, dass es dort eine große Nachfrage nach Gymnasialplätzen gibt.

Wir fordern die Verwaltung auf, die Unterversorgung der Stadt komplett zu analysieren. Wir wollen Lösungsmöglichkeiten für eine bedarfsgerechte Versorgung. Wir haben dazu auch die entsprechenden Fragen gestellt. Ich will hier ganz klar sagen: Der mehrheitliche Elternwille, dokumentiert in der Umfrage der Schuldezernentin, Frau Dr. Klein, hat bisher keinen Eingang in das Gesamtschulkonzept gefunden. Wir fordern, dass dieses Konzept alle Elternwünsche abbildet, auch den Wunsch der 59 Prozent der Eltern, die wollen, dass ihr Kind künftig ein Gymnasium besucht. Für uns hat der Elternwille Vorrang vor allem, sowohl vor Schnellschüssen als auch vor rot-grüner Schulideologie. Weil wir diesen Elternwillen ernst nehmen, starten wir die „Initiative für Gymnasien - Elternwille statt Ideologie“.

Um Rot-Grün die Entscheidung leichter zu machen, sagen wir: Wenn Ihnen in der Dezember-Sitzung 570 fehlende Gesamtschulplätze erreicht haben, um dem Bau einer neuen Gesamtschule zustimmen zu können, dann müssten doch bis zu 1 500 im Gymnasialbereich fehlende Plätze für Sie überzeugend genug sein, Ihrer Linie treu zu bleiben und zu sagen: Ja, wir machen

bei einer Initiative für Gymnasien mit. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke. - Herr Philippi für die SPD-Fraktion, bitte.

Franz Philippi (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst zu den fachlichen Fragestellungen des CDU-Antrages. Die CDU möchte, wie eben dargestellt, die Verwaltung beauftragen, im übernächsten Schuljahr ein zusätzliches Gymnasium in Köln einzurichten, damit der Bedarf an nachgefragten Gymnasialplätzen gedeckt werden kann. - So weit zum Inhalt des Antrages.

Das sind Elemente, die nach § 80 des Schulgesetzes bereits jetzt zum Aufgabenbereich der Stadt Köln gehören. Die Stadt ist per Gesetz verpflichtet, eine alle Schulformen und Schularten umfassende Schulentwicklungsplanung zu betreiben. Dabei sind selbstverständlich auch die Anmelde- und Aufnahmezahlen im gymnasialen Bereich von Bedeutung. Wir bestreiten keinesfalls die hohe Nachfrage nach Gymnasialplätzen in dieser Stadt. Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung unserer Dezernentin wurden allerdings in den vergangenen Jahren eine Reihe von Projekten initiiert, etwa um die Raumsituation an den Gymnasien in Köln zu verbessern. Ob am Heinrich-Heine-Gymnasium, am Gymnasium in Köln-Pesch oder am Herder-Gymnasium in Mülheim - überall stehen inzwischen zusätzliche Raumkapazitäten zur Verfügung. Auch die Zügigkeit des Rodenkirchener Gymnasiums wurde ja bekanntlich um einen Zug erweitert.

(Zuruf von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Die isolierte Betrachtung einer Schulform in einem einzelnen Stadtbezirk lehnen wir strikt ab. Auch die Sinnhaftigkeit von Punkt 3 des Antrages der CDU erschließt sich mir nicht. Sie haben gerade erst vor 15 Tagen im Schulausschuss eine schriftliche Anfrage zum Thema „Schulentwicklungsplanung in der Stadt Köln“ gestellt und von der Verwaltung die schriftliche Antwort bekommen, dass noch in diesem Jahr ein gesamtstädtisches Schulstandortkonzept vorgelegt wird. Herr Dr. Schlieben hat eben mit vielen Zahlen argumentiert und jongliert. Ich appelliere, dass wir uns erst dann, wenn das Schulstandortkonzept vorliegt, zusammensetzen und diese Zahlen fachlich diskutieren, um dann die richtigen

Schlussfolgerungen zu ziehen. Nur dieses Vorgehen hat Sinn.

Wie wir vergangene Woche der Presse entnehmen konnten, stehen derzeit kölnweit - jetzt komme ich doch noch einmal auf die Zahlen zurück - etwa 3 770 Plätze zur Verfügung. Nachgefragt worden sind etwa 3 700 Plätze. Meines Wissens war auch am Gymnasium Rodenkirchen zum Schuljahr 2009/2010 kein Anmeldeüberhang zu verzeichnen. Im Übrigen bin ich nicht der Überzeugung, dass man im Sekundarstufe-I-Bereich unbedingt und überall ortsnahe Angebote vorhalten muss. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie ich als 10-Jähriger zum Gymnasium von Dellbrück nach Deutz gefahren bin. Das sollte für die jungen Leute von heute also auch kein Problem sein. - So weit zu den fachlichen Details.

Nun zum Grundsätzlichen: Die CDU scheint dazu überzugehen, ihre Ratsanträge noch mit einem Etikett zu versehen, in diesem Fall „Elternwille statt Ideologie“. Meine sehr verehrten Damen und Herren, vornehm formuliert möchte ich dazu sagen: Hier kann man auch von einem Etikettenschwindel sprechen. Diese Diktion fand sich ja gestern auch schon in einem kleinen Beitrag im *Stadt-Anzeiger*; vielleicht haben Sie den gelesen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich halte diesen Antrag vielmehr für den leicht durchschaubaren Versuch, vom derzeitigen Verlauf und den Ergebnissen der Schulstrukturdebatte in Nordrhein-Westfalen und insbesondere in unserer Stadt abzulenken. Sie haben inzwischen gemerkt, wie Ihnen sozusagen der bildungspolitische Boden unter den Füßen weggezogen wird.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]:
In keinsten Weise!)

Wir haben mit unseren Beschlüssen zum Thema Errichtung einer Gesamtschule in Nippes klare Zeichen gesetzt. Die Kölner SPD macht sich zügig daran, den Elternwillen dort umzusetzen, wo die Nachfrage am höchsten und wo der Bedarf am dringendsten ist.

(Zuruf von Reinhard Houben [FDP])

Zu Ihrer Information: Der zweite Tag der Anmeldung an der Gesamtschule in Nippes läuft gerade. Bisher gibt es 89 Anmeldungen in der Brehmstraße.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Sofern sich bei den Ergebnissen der Schulentwicklungsplanung, die wir im Laufe dieses Jahres präsentiert bekommen, keine dramatischen Veränderungen ergeben, werden wir die Priorität ganz klar auf die Errichtung weiterer Gemeinschafts- beziehungsweise Gesamtschulen setzen. Die Kölner SPD steht klipp und klar für die konsequente und zügige Umsetzung des Elternwillens. Das hat nichts mit Ideologie zu tun. Vielmehr orientiert sich unsere Haltung ganz pragmatisch an der derzeit geführten bildungspolitischen Debatte hier vor Ort.

Meine Damen und Herren, ideologisch verboht sind die Fachministerin, der zuständige Staatssekretär und insbesondere der Herr Regierungspräsident.

(Beifall bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wie anders ist erklärbar, dass sich Herr Lindlar beim Versuch, die Gesamtschule im oberbergischen Morsbach zu blockieren und zu verhindern, jetzt zum zweiten Mal eine Klatsche beim Oberverwaltungsgericht abgeholt hat. Selbst durch eine einstweilige Anordnung hat er nicht verhindern können, dass dort jetzt ein Anmeldeverfahren durchgeführt wird. Frau dos Santos Herrmann hat vorhin in einem anderen Zusammenhang eine ähnliche Bemerkung gemacht. Ich sage: Herr Lindlar sollte einmal überlegen, ob er seine fachlichen Qualitäten nicht selbst beanstanden sollte. Lassen Sie mich an dieser Stelle hinzufügen: Wir werden gemeinsam mit der engagierten Bürgerschaft vor Ort den Ganztags an der Gesamtschule in Nippes notfalls auch auf dem Klageweg durchsetzen. Dazu steht später noch ein Dringlichkeitsantrag auf der Tagesordnung.

Letzter Satz: Aus den gesamten Ausführungen und Erwägungen ergibt sich, dass wir den vorliegenden Antrag in allen Punkten ablehnen. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Herr Thelen für die Grünen, bitte.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bevor ich mich mit dem Antrag auseinandersetze, möchte ich noch eine persönliche Vorbemerkung machen. Ich habe nichts gegen das Gymnasium. Ich habe ein Leben lang am Gymnasium unter-

richtet und tue das auch jetzt wieder am Gymnasium meines geschätzten Kollegen Möring - ich sehe, er schwätzt gerade -, wobei ich ihn natürlich nicht so sehr als Verkehrspolitiker schätze; das möchte ich doch hier erwähnen.

(Heiterkeit - Beifall vom Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

An meiner alten Schule, einem Ganztagsgymnasium, bin ich jetzt noch für die Essensversorgung verantwortlich. *Aber* - und das ist das wichtigste Wort in meiner Rede -: Ich habe mein Lehrerleben lang daran mitgewirkt, die pädagogischen und organisatorischen Bedingungen im Hinblick darauf zu verbessern, dass die Schule der Heterogenität der Kinder und Jugendlichen, also jedes Einzelnen, besser gerecht werden kann. Diesbezügliche Umsetzungen reichen von Bibliotheken, Selbstlernzentren über Essensversorgung bis zur Individualisierung des Unterrichts etwa durch Freiarbeit.

Ich weiß nicht, ob der Oberbürgermeister jetzt im Saal ist.

(Henk van Benthem [CDU]: Der ist da!)

- Ich höre, er ist da. Er kennt nämlich meine alte Schule. Sie könnten ihn einmal befragen; darauf will ich jetzt nicht näher eingehen.

Wie ich schon sagte, dieses „Aber“ ist das entscheidende Wort. Die Realität, die man vorfindet, ist natürlich erst einmal anzunehmen. Das heißt in diesem Fall: die vorhandene Schulstruktur und natürlich auch die Ergebnisse einer Elternbefragung. Aber unsere Aufgabe ist es, sowohl im beruflichen Alltag als auch in der politischen Verantwortung Schule so zu gestalten, dass sie möglichst dem gerecht wird, wozu es Schule überhaupt gibt, nämlich jedem Menschen die Chance und die Förderung zu geben, Kompetenzen zu entwickeln, damit er oder sie ein gelingendes Leben in privater, beruflicher, gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht führen kann.

Diese Überlegungen führen mich dazu, jetzt zum Antrag direkt zu sprechen. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Gesamtschule Nippes und dem Ergebnis der Elternbefragung hat die CDU sich sicherlich gedacht: Jetzt drehen wir mal den Spieß um, machen einen geschickten Schachzug

(Zuruf von Winrich Granitzka [CDU])

und kehren ihn gegen diejenigen, die den Elternwillen hier ins Feld führen, nämlich die Freunde der Gesamtschule. 59 Prozent gegen

23 Prozent - die Zahlen, die Helge Schlieben genannt hat, sind korrekt. Die Stadt müsste geradezu mit Gymnasien zugepflastert werden, wenn man das danach bewerten würde. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man dem zustimmen. Aber was zeigt sich, wenn man diese Zahlen einmal näher betrachtet? Ich meine, dass der Antrag der CDU drei Dinge ignoriert beziehungsweise übersieht:

Erstens. Nichts ist nachvollziehbarer als der Wunsch der Eltern, dass ihr Kind die Chance auf den höchsten Bildungsabschluss, das Abitur, erhält. Das ist der wahre Grund für die hohe Akzeptanz des Gymnasiums.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Die Zahl der Gymnasialempfehlungen liegt übrigens nicht bei den eben genannten Zahlen, sondern in Wirklichkeit nur bei 40 Prozent. Angesichts dessen müsste man das Ganze anders bewerten.

Zweitens. Der CDU-Antrag unterschlägt implizit, dass bisher jedes Kind mit einer Gymnasialempfehlung, wenn es denn die Eltern auf ein Gymnasium schicken wollten, auch einen Gymnasialplatz bekommen hat. Das ist bei der Gesamtschule eben nicht der Fall. Ich glaube, im letzten Jahr mussten dort 800 Kinder abgewiesen werden.

Drittens. Bezüglich des Wunsches nach Erreichen des Abiturs machen alle empirischen Daten, international wie national, klar, dass die Chance, das Abitur zu erlangen, auf einer Gesamtschule viel höher ist als auf einem traditionellen Gymnasium.

Damit schließt sich der Argumentationskreis. Wenn man den Elternwillen wohlversteht und das Recht auf Chancengleichheit durchsetzen will, dann fordert das geradezu eine Veränderung des Schulwesens hin zu einer Gesamtschule.

Mir tut die CDU ja tatsächlich ein bisschen leid.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

In der Zeitung muss sie täglich Hiobsbotschaften lesen, so zum Beispiel auch am 27. Januar. Dort hieß es nämlich, dass nicht nur 60 Prozent der Wahlbevölkerung in Nordrhein-Westfalen gegen das gegliederte Schulsystem sind, sondern auch eine Mehrheit der CDU-Anhänger. Zum Etikett der Ideologie ließe sich noch vieles sagen, aber dazu möchte ich jetzt nicht weiter ausführen. Nur

so viel: Wenn man einmal darüber nachdenkt, welchen Gesellschaftsvorstellungen das dreigliedrige Schulsystem entstammt und welche Berufsvorstellungen es damals gab, dann ist nicht dessen Veränderung ideologisch, sondern das Festhalten daran. Deshalb müssen wir diesen Antrag der CDU ablehnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke, Herr Thelen. - Für die FDP-Fraktion spricht Frau Gebauer, bitte.

Yvonne Gebauer (FDP): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem in den vergangenen Tagen dem Ausspruch eines Herrn aus Baden-Württemberg viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde, hat mich dies zu einem Bild inspiriert, an dem ich Sie in Bezug auf den vorliegenden Antrag teilhaben lassen möchte.

Ich nehme Sie mit auf eine Reise, eine kleine Flussfahrt hier in Köln. Eine Flussfahrt, die in der Hauptsache Groß und Klein betrifft, nämlich Eltern und ihre schulpflichtigen Kinder. Flussfahrten an sich sind nichts Neues. Neu im Bereich der Flussfahrten ist allerdings, dass einige der vorhandenen Reiserouten, weil sie sich großer Beliebtheit erfreuen oder erfreut haben, weitere Ziele erhalten sollen, so bereits geschehen im Nachgang zu der von SPD und Grünen initiierten Elternbefragung, nämlich mit dem Antrag auf Einrichtung einer neuen Gesamtschule in Köln.

Diese neuen Reiseziele werden nunmehr festgelegt durch das Unternehmen Elternwunsch. Jetzt, im aufgewühlten Bildungsfahrwasser Kölns, erweist sich die Steuerung dieser neuen Bildungsboote durch den Kapitän, nämlich Frau Dr. Klein als Dezernentin für Schule und Weiterbildung, als ein schwieriges Unterfangen: Kaum noch händelbarer Rückenwind bis hin zu kräftigstem Gegenwind.

Frau Bürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei dem Auftrag zur Einrichtung einer weiteren Gesamtschule für Köln ist der durch die Mannschaft forcierte Rückenwind mitunter so stark gewesen, dass kaum noch Kurs zu halten war. Fast tägliche Steuerungsberichte in Form von Pressemitteilungen der Verwaltung über Maßnahmen des Kurshaltens in Richtung Gesamtschule sind zum Tagesgeschäft geworden. Das ist ein Steuerungsverhalten, das ent-

steht, wenn ein Kapitän dem Druck der Mannschaft, einer Mannschaft bestehend aus den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, nicht mehr standhält. Im Gegenteil, diese Reaktionen lassen erkennen, dass bereits die Mannschaft das Ruder übernommen hat. Hier müssen Kapitän und Reederei, sprich: Sie, Frau Dr. Klein, und Sie, Herr Oberbürgermeister, als Chef der Reederei beziehungsweise der Verwaltung, ihren eigentlichen Aufgaben wieder nachkommen und die Führung wieder übernehmen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute soll ein eine neue Destination zusätzlich zu dem bereits angesteuerten Ziel verabschiedet werden. Auch dieses Mal entstand das Ziel durch das Unternehmen Elternwunsch, nämlich heute unter anderem die Einrichtung eines neuen Gymnasiums im Kölner Süden. Bei dieser Reiseroute allerdings bläst der Wind kräftig von vorn, und die Mannschaft, wiederum bestehend aus den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, setzt alles daran, die vom Unternehmen Elternwunsch vorgegebene Destination zu boykottieren, und zwar so sehr, dass schon die Taufe des zweiten Bildungsbootes für diese neue Reiseroute zu scheitern droht - und das, obwohl der Kapitän, Frau Dr. Klein, bereits der Mannschaft, aber auch allen Mitreisenden gegenüber zu verstehen gegeben hat, dass dieses Ziel ebenfalls angesteuert werden muss, will man dem Auftraggeber Elternwunsch, aber auch der Auftragslage konsequent gerecht werden.

Liebe Frau Dr. Klein, lassen Sie Zustände wie bei der Meuterei auf der Bounty nicht zu,

(Beifall bei Teilen der FDP)

sondern führen Sie das Logbuch! Bleiben Sie am Ruder, und dies bitte im Sinne der eigentlichen Auftraggeber! Denn auch für das heute zu verabschiedende neue Ziel der Flussfahrt Bildungsreise, nämlich die Einrichtung eines weiteren Gymnasiums in Köln, sind Sie und Ihre Mannschaft durch das Mittel der Elternbefragung und seine Auswirkungen mit verantwortlich.

Meine Damen und Herren der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, wer A sagt, muss auch B sagen, auch wenn Ihnen ein Teil der Geister, die Sie riefen, schon jetzt lästig wird. Als FDP-Fraktion haben wir Ja gesagt zur Einrichtung einer weiteren Gesamtschule hier in Köln. Wir werden ebenfalls Ja sagen zum vorliegenden Antrag der CDU, das heißt zur Einrich-

tung eines weiteren Gymnasiums in Köln. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön. - Frau Demirel für die Fraktion Die Linke, bitte.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! „Elternwille statt Ideologie“ betitelt die Kölner CDU ihren vorliegenden Antrag. Leider nimmt die CDU diese Überschrift selbst nicht ernst; denn schließlich haben sich 62 Prozent der Eltern gegen das selektive Schulsystem und für das längere gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern ausgesprochen. Dass eine Mehrzahl der Eltern angesichts des jetzt bestehenden Schulsystems als Wunschschule für ihr Kind das Gymnasium angibt, ist keine Bestätigung des selektiven Schulsystems, sondern ein natürlicher Reflex der Eltern, weil sie sich wünschen, dass ihr Kind die besten Perspektiven hat.

Meine Damen und Herren, 82 Prozent aller Eltern, die an der Elternbefragung teilgenommen haben, haben sich für eine Schulform ausgesprochen, bei der ihr Kind das Abitur erlangen kann. Dass 59 Prozent von ihnen das Gymnasium als Wunschschule angegeben haben, dürfte uns doch nicht wirklich verwundern, ist doch das Gymnasium im derzeitigen Schulsystem die bestgeförderte und angesehenste Schulform.

(Zuruf: Zu Recht!)

Hier wird aber leider nur eine kleine Minderheit elitär ausgebildet.

(Widerspruch bei der FDP - Unruhe)

Diese Begünstigung ist sozial ungerecht, zumal die PISA-Studie deutlich belegt hat, dass das nichts anderes bedeutet als sozioökonomische Selektion. Nicht die tatsächlichen Begabungen und Bedürfnisse der Kinder stehen im Vordergrund, sondern der Geldbeutel und der Bildungsgrad der Eltern. Im Alter von neun Jahren wird die Zukunft eines Kindes vorbestimmt. Eine individuelle Bildung, die sich an den Bedürfnissen und Begabungen des einzelnen Kindes orientiert, findet in einem selektiven Schulsystem nicht statt. Dies hat auch eine Mehrzahl der Eltern erkannt. Deshalb spricht sich die Mehrzahl der Eltern für das längere gemeinsame Lernen und für eine Schule für alle als Regelschule aus,

übrigens mittlerweile auch von wissenschaftlicher Seite untermauert.

Meine Herren von der CDU,

(Andreas Köhler [CDU]: Wir haben auch Damen!)

Ihr Antrag ist vor allem deshalb nicht ernst zu nehmen, weil er nur ein verzweifelter Versuch ist, gegen die Gesamtschule in Nippes vorzugehen. Mit Ihrem Antrag betreiben Sie nichts anderes als Populismus; denn schließlich sind Sie und die Landesregierung die vehementesten Befürworter von verbindlichen Schulempfehlungen. So ist im Schulgesetz verankert, dass Kinder, die eine Empfehlung für ein Gymnasium oder eine Realschule erhalten, einen Rechtsanspruch auf einen Platz haben. Es kann zwar vorkommen, dass sie nicht auf ihre Wunschschule kommen, aber sie bekommen definitiv einen Platz in der Schulform, für die sie eine Empfehlung erhalten haben. Bei den Gesamtschulen verhält sich das anders. Deshalb musste in den vergangenen Jahren für die Errichtung einer weiteren Gesamtschule hart gekämpft werden. Wie absurd Schulempfehlungen sind, wird daran deutlich, dass 70 Prozent der Abiturienten an Gesamtschulen ursprünglich eine Haupt- oder Realschulempfehlung hatten.

Wer tatsächlich für Chancengerechtigkeit steht und tatsächlich den Elternwillen, die besten Zukunftsperspektiven für ihr Kind zu ermöglichen, ernst nimmt, der müsste sich gegen das selektive Schulsystem und für eine Schule für alle aussprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Ihr Antrag ist eine Farce und populistisch. Sie versuchen, die Eltern vorzuführen, indem Sie ihnen die tatsächliche Gesetzeslage auf Landesebene verschweigen. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. Aber ich mache Ihnen folgenden Vorschlag: Wenn Sie den Elternwillen tatsächlich ernst nehmen, können wir gemeinsam eine Kampagne gegen verbindliche Schulempfehlungen durchführen. Damit können wir dazu beitragen, dass mehr Kinder auf das Gymnasium gehen können und bessere Perspektiven für ihre Zukunft haben.

(Beifall bei der Linken.Köln und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Es gibt keine. Dann lasse ich über den Antrag zu 3.1.6 abstimmen.

Wer ist gegen diesen Antrag? - Das sind die SPD, die Grünen, die Linken und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich übergebe die Sitzungsleitung jetzt wieder an Herrn Oberbürgermeister Roters.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank, Frau Bürgermeisterin.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.7 auf:

**3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend
„Verlängerung der Weihnachtsmärkte“
AN/0067/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Houben.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nach den großen, doch ein wenig ideologisch belegten Themen kommen wir jetzt zu den etwas harmloseren, kleineren Themen der Kölner Kommunalpolitik, nämlich dem Antrag der FDP zum Thema Wintermarkt. Mit unserem Antrag haben wir versucht, uns dem Klima und dem Wetter ein wenig anzupassen. Das ist uns, glaube ich, gut gelungen. Wie immer hatte die FDP-Fraktion ein gutes Timing.

Im Ernst: Natürlich befinden wir uns auch im Tourismusbereich in einem Wettbewerb mit anderen Städten und Regionen. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, zu prüfen, ob es die Möglichkeit gibt, unsere Weihnachtsmärkte, die in den letzten Jahren qualitativ besser geworden sind und eine Menge Touristen nach Köln ziehen, noch attraktiver zu machen, indem sie den Menschen eben nicht nur bis Weihnachten, sondern noch darüber hinaus offen stehen.

(Ossi Werner Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: „Ganzjährig“!)

- Ganzjährig würde wohl keinen Sinn machen; das haben wir ja auch nicht beantragt. - Als Stadt der Heiligen Drei Könige wäre natürlich der 6. Januar ein durchaus sinnvolles Datum, bis zu dem sogenannte Wintermärkte oder auch verlängerte Weihnachtsmärkte durchgeführt werden könnten. Wir würden damit neue Tourismuskreise erschließen.

(Zuruf von Götz Bacher [SPD])

Es sind vor allen Dingen die Familien mit Kindern, die erst nach Weihnachten Urlaub haben,

und die großen Mengen an Käufern, die erst nach Weihnachten in die Stadt kommen und sich darüber wundern, dass ein Weihnachtsmarkt gerade abgebaut, aber kein Ersatzangebot gemacht wird. Wir würden damit zusätzliche Konsumenten erreichen und Touristen zu längeren Urlauben in der Stadt auch nach Weihnachten anregen. Mit dieser Option würden wir dem Tourismusstandort Köln sicherlich einen guten Dienst tun. Mehr, als diese Option zu prüfen, fordert unser Antrag ja auch nicht.

Es gibt Städte, wo das bereits erfolgreich funktioniert. So gibt es zum Beispiel in Berlin, Hamburg, München, Lübeck, Schwerin und Speyer solche Winterweihnachtsmärkte. Deswegen sollten auch wir der Verwaltung und auch KölnTourismus zumindest die Möglichkeit geben, diese Fragen zu prüfen, um am Ende eines gemeinsamen Verfahrens dem Tourismusstandort Köln vielleicht einen weiteren Impuls geben zu können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Schultz, bitte.

Alfred Schultz (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, im Dezember stellen Sie den unsäglichen Antrag auf einen verkaufsoffenen Sonntag direkt nach dem zweiten Weihnachtsfeiertag.

(Manfred Wolf [FDP]: Haben Sie nicht mal für den vierten Sonntag gekämpft?)

Gerade eben haben Sie den Antrag gestellt, die Anzahl der Volkssitzungen auf dem Neumarkt zu erhöhen. Jetzt beantragen Sie die Verlängerung der Weihnachtsmärkte. Ich frage allen Ernstes: Was soll das?

Dass ein verkaufsoffener Sonntag unmittelbar im Anschluss an das Weihnachtsfest eine gleichermaßen unnötige und wirklich unzumutbare Belastung der Beschäftigten bedeutet hätte, hat dieser Rat bereits im Dezember festgestellt. Dass derzeit überhaupt kein Bedarf an zusätzlichen Volkssitzungen auf dem Neumarkt besteht, haben wir soeben gehört.

(Ulrich Breite [FDP]: Was? - Winrich Granitzka [CDU]: Das haben wir nicht gehört! Wir haben das Gegenteil ge-

hört! - Andreas Köhler [CDU]: Sie haben wohl einen Hörsturz!

Jetzt wird die FDP auch noch Schiffbruch damit erleiden, die Kölner Weihnachtsmärkte als festen Bestandteil weihnachtlichen Brauchtums gnadenlos zu kommerzialisieren.

(Ulrich Breite [FDP]: Oh!)

Alles hat seine Zeit, auch Weihnachtsmärkte. An vielen Orten wird in der Vorweihnachtszeit ein Weihnachtsmarkt abgehalten, je nach lokaler Tradition auch als Christkindmarkt, Adventsmarkt oder Glühweinmarkt. Ursprünglich dienten die Weihnachtsmärkte dazu, den Bürgern zu Beginn der kalten Jahreszeit die Möglichkeit zu geben, sich mit winterlichen Bedarfsgütern einzudecken. Zum eigentlichen Weihnachtsfest sind die meisten Weihnachtsmärkte aber bereits wieder geschlossen. Das ist keine Behauptung von mir, sondern das können Sie schwarz auf weiß zum Beispiel im Internet bei *Wikipedia* nachlesen.

(Ulrich Breite [FDP]: Und bei City-Marketing?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, haben Sie sich eigentlich einmal die Mühe gemacht, mit den Marktbetreibern über Ihren Antrag zu sprechen, bevor Sie ihn gestellt haben?

(Zurufe von der FDP: Ja!)

Ich habe das getan.

(Lachen bei der FDP und Zurufe: Ach!)

Die Rückmeldungen auf Ihren Vorstoß waren negativ. Eine Ausweitung wird als nicht erfolgversprechend angesehen. Der Grund liegt auf der Hand: Die meisten Betreiber haben überhaupt keine Artikel im Angebot,

(Lachen von Ulrich Breite [FDP])

die über das übliche Weihnachtsangebot hinausgehen.

(Ulrich Breite [FDP] Aber in Berlin haben sie es!)

Wer, frage ich Sie, kauft wirklich am 3. Januar noch Weihnachtsartikel,

(Winrich Granitzka [CDU]:
Zum halben Preis!)

also Schmuck für den Christbaum wie Glaskugeln, Adventssterne, Lametta oder kunsthand-

werkliche Artikel wie Krippen und Räucherfiguren und Weihnachtsbäume - gerade hier in Köln, wo uns doch im Januar eher der Sinn nach Karneval als nach Weihnachten steht?

(Andreas Köhler [CDU]: Ein Karnevalsmarkt!)

Noch einmal: Alles zu seiner Zeit. Die Zeit eines Weihnachtsmarktes ist zum Weihnachtsfest abgelaufen.

Ihnen sollte zu denken geben, dass auch der Katholikenausschuss der Ausweitung der Weihnachtsmärkte über den Zeitraum von vier Wochen hinaus kritisch gegenübersteht.

(Ulrich Breite [FDP]: Und das sagt ein Sozialdemokrat!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wir von der SPD-Fraktion meinen: Wer das Brauchtum, egal, ob christliches Weihnachtsfest oder karnevalistische Volkssitzung, nur noch kommerzialisiert, hat unsere Unterstützung nicht verdient. Wir wollen das Gleichgewicht, die Balance, kurz: den sozialen Frieden in dieser Stadt erhalten und lehnen den Antrag der FDP, die Weihnachtsmärkte bis zum 6. Januar zu verlängern, ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Schultz. - Nächster Redner ist Herr Dr. Strahl.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag, die Weihnachtsmärkte über den 24. Dezember hinaus etwa bis zum Dreikönigsfest zu verlängern, erscheint reizvoll, offenbart aber bei näherer Betrachtung deutliche Schwächen.

Wie ist die Einzelhandelssituation direkt nach Weihnachten? Es wird umgetauscht, und der Handel trennt sich mit spürbaren Preisnachlässen von der im Weihnachtsgeschäft nicht verkauften Ware. Auf diese Situation trifft nun ein zeitlich verlängerter Weihnachtsmarkt, wenn er abgesehen von der Gastronomie weiterhin weihnachtliches Dekomaterial und Kunsthandwerk anbietet, dessen Thematik für die Marktbesucher mit dem Weihnachtsfest verbunden und zu die-

sem Zeitpunkt abgehakt ist. Die beschriebene Ware wird, wenn der Händler überhaupt die Gelegenheit zur Verlängerung wahrnimmt, dann auch nur mit einem kräftigen Preisnachlass für das beschriebene Sortiment abgesetzt werden können.

Es mögen ja durchaus Touristen in der Stadt sein. Aber für die Anbieter des Weihnachtsmarktes entfällt eine für ihren Umsatz unverzichtbare Einnahmequelle: Es fehlen die Besucher, die mit Hunderten von Bussen aus Holland, England oder Skandinavien vor Weihnachten dem Markt zugeführt werden und dessen Rentabilität steigern. Erfahrungen aus Städten, die versucht haben, die Märkte über Weihnachten hinaus zu verlängern, zeigen, dass lediglich der Gastronomiebereich weiterhin lohnend zu betreiben war und sogar ausgebaut werden musste, um den Eindruck eines in Teilen verlassenen Marktes zu kaschieren. Es droht unter Umständen ein Ramschmarkt mit gastronomischem Überangebot. Die ortsansässigen Einzelhändler und Gastronomen würden von einer solchen Entwicklung nicht begeistert sein und höchstwahrscheinlich auch nicht davon profitieren.

Wie verträgt sich die Verlängerung mit dem Platzkonzept der Stadt Köln? Auf dem Roncalliplatz sind, in Absprache mit dem Metropolitankapitel, über das Jahr sechs Veranstaltungen erlaubt. Würde die beantragte Verlängerung beschlossen, zählte der Weihnachtsmarkt für drei Veranstaltungen. Wir müssten uns also von einer anderen Kulturveranstaltung auf diesem Platz im Sommer verabschieden. Ähnliches gilt für Alter Markt, Heumarkt und Neumarkt als zentrale Plätze dieser Stadt.

Letztlich werden sich die Vertragsbeziehungen mit den Betreibern der Märkte wahrscheinlich nicht ohne neue Ausschreibung einfach so verlängern lassen. Hier stellt sich uns die Frage, ob der damit unweigerlich verbundene Aufwand den Ertrag lohnen wird.

Mit guten Argumenten lehnt deshalb die CDU-Fraktion den Antrag ab. Man soll die Feste feiern, wie sie fallen, aber nicht über die Zeit hinaus, bis keinem mehr etwas dazu einfällt. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Volker Görzel [FDP]: Ich habe eine Frage an den Kollegen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Lassen Sie eine Nachfrage zu, Herr Dr. Strahl?

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Gerne.

Volker Görzel (FDP): Herr Kollege, können Sie noch kurz Ihre Meinung zu dem Prüfantrag hinsichtlich der Initiierung von dezidierten Wintermärkten, die mit Weihnachtsmärkten gar nichts zu tun haben, darlegen?

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Wir sehen darin einfach ein Problem. Auch ich habe mit Marktbetreibern gesprochen. Sie müssten im Prinzip ihr Sortiment austauschen;

(Ralph Sterck [FDP]: Macht jeder Supermarkt!)

- richtig - denn die Ware, die sie vor Weihnachten verkaufen können, werden sie nach Weihnachten nicht mehr los. Das Problem ist, was dann angeboten werden könnte: Kleidung oder Allerweltsartikel? Und unter Umständen macht dann dort so ein 1-Euro-Laden auf. Wo ist da die Perspektive? Sie laufen Gefahr, dass sie auf die Karnevalsschiene geraten. Wir sehen überhaupt keine Perspektive für einen solchen Markt. Das ist unsere Meinung.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Dr. Strahl. - Frau Thelen, bitte.

Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zusammen mit vielen Kölnerinnen und Kölnern, insbesondere den Anwohnern der Weihnachtsmärkte, sagen wir: Am 23. Dezember reicht es mit den Weihnachtsmärkten. Die tägliche Beschallung hört dann auf, die Innenstadtplätze sind wieder wahrnehmbar und ungehindert zu überqueren die Tage werden wieder länger

(Andreas Köhler [CDU]: Und die Skater kommen!)

und die Cliques mit den Weihnachtsmarktmützen werden nach und nach abgelöst von den verkleideten Karnevalsjecken. Im Übrigen halten wir für Jung und Alt und für die Familien, die Sie, Herr Houben, eben beschworen haben, auf dem Heumarkt bis ins neue Jahr hinein ohnehin die Eisbahn mit begleitendem Gastronomieangebot vor.

Ihre These, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dass verlängerte Weihnachtsmärkte oder Wintermärkte in anderen Städten zu mehr Tourismus führen, muss noch bewiesen werden.

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]:
Ich war da! - Zuruf: Ich auch!)

- Zwei Touristen haben sich jetzt hier geoutet. - Nach Weihnachten und im Januar kommen weniger Touristen nach Köln, im Übrigen auch in andere Städte, als in den anderen Monaten des Jahres. Das ist bekannt. Dass wir dazu Konzepte zu entwickeln haben, ist klar. Aber der Vorschlag, Wintermärkte zu installieren, kann dabei eher nur ein Nebenbaustelle sein. Lassen Sie uns stattdessen den Karneval mehr bewerben.

(Zuruf von Christtraut Kirchmeyer
[FDP])

Lassen Sie uns zum Beispiel schauen, was wir vom Tollwood Kulturfestival in München lernen können, das ein Winter-Kulturfestival ist.

(Ulrich Breite [FDP]: Gerne!)

Wir sollten uns weiterhin bemühen, ein abgestimmtes Kulturmarketing für Köln, insbesondere für die Wintermonate, auf die Beine zu stellen. Von einer Verlängerung der Weihnachtsmärkte aber sollten wir die Finger lassen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Thelen. - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Aus Sicht der Bürgerbewegung pro Köln handelt es sich bei dem Antrag um einen Prüfantrag. All das, was wir eben hier gehört haben, hat sein Gutes und sein Schlechtes. Es geht dabei auch um kulturelle Fragen; das ist klar. Es wurde hier eben gesagt, dass das Weihnachtsfest dann im Prinzip erst anfängt. Streng genommen würde die Weihnachtszeit erst mit Mariä Lichtmess, also heute, zu Ende gehen und der Baum abgebaut. Aber auf solche Spitzfindigkeiten wollen wir in einer weltoffenen Stadt wie unserer nicht näher eingehen.

Wir können politisch nicht lösen, welche Waren die Händler anzubieten haben, ob sie ihr Sortiment austauschen können oder wie die Preis-

gestaltung aussehen sollte. Aber eines ist klar: Diese Stadt lebt nun einmal vom Handel. Wir können froh sein, dass wir eine Innenstadt haben, die attraktiv ist. Deshalb kann es natürlich nicht sein, dass man eine Chance - das ist ja ein Prüfantrag - nicht nutzt, das heißt, nicht prüft.

Es ist damit auch kein Zwang verbunden, dass alle Weihnachtsmärkte länger geöffnet bleiben müssen. Es ist durchaus vorstellbar, dass die Verlängerung dann nur für einen der Standorte, sei es am Dom oder am Alter Markt, gilt.

Von daher: Es verschlägt nichts, wenn diese Möglichkeit geprüft wird. Wenn das eine gute Sache ist, dann können wir froh sein. Wenn sie das nicht ist, dann hat sie sich von selbst erledigt. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächster Redner ist Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Der Kollege von der CDU hat ja eben gesagt: Man soll die Feste feiern, wie sie fallen. Ich würde dem Antrag der FDP folgen können, wenn es ihr damit gelänge, das Weihnachtsfest bis zum 6. Januar zu verlängern. Sie könnten zum Beispiel mit Kardinal Meisner ein Bündnis eingehen.

(Ulrich Breite [FDP]: Ich nicht!)

- Doch, Herr Breite, für Ihre Sache würden Sie das machen. - Ich würde sogar unterstützen, dass deswegen eine Delegation mit Herrn Meisner und Herrn Sterck zu Benedikt, unserem Papst, fahren würde.

(Markus Wiener [pro Köln]: Unglaublich! - Jörg Uckermann [pro Köln]: Zur Sache!)

Das wäre der Weg, wie man das Problem lösen könnte. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, allerdings würde ich die Bedingung stellen, dass es dann Feiertage für die Beschäftigten bis zum 6. Januar gibt, sodass alle während des Weihnachtsfestes frei haben, und zwar bezahlt und nicht unbezahlt. Das wäre die Lösung. Das wäre der Weg, den Sie gehen könnten.

(Zuruf von der CDU)

- Doch, das wäre konsensfähig. Wenn die Weihnachtstage verlängert würden, hätten alle etwas davon.

(Winrich Granitzka [CDU]: Willst du jeden Tag in die Kirche gehen?)

- Genau. Die Menschen würden mehr in die Kirche gehen.

(Andreas Köhler [CDU]: Würden Sie denn mitgehen?)

Alle hätten etwas davon. Auch die bezahlten Feiertage wären dann gesichert.

Meine Damen und Herren, ich finde es schon interessant, dass in den Anträgen der FDP immer ein bestimmtes Stereotyp auftaucht. So findet sich auch in diesem Antrag der Satz: „Oft hat man vor Weihnachten kaum Zeit und Muße, die Weihnachtsmärkte zu besuchen, und nach Weihnachten haben die Familien Ferien und die Zeit, in die Stadt zu gehen.“ Beim Thema Ladenschluss haben wir genau das gleiche Stereotyp zu hören bekommen, nämlich dass die Leute keine Zeit hätten, einkaufen zu gehen, und deswegen die Öffnungszeiten verlängert werden müssten. Dem kann ich nicht folgen.

(Ulrich Breite [FDP]: Müssen Sie auch nicht!)

Herr Breite, ich finde es ausgesprochen schade, dass Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bis heute nicht gelesen haben. Sie als Liberaler sollten das unbedingt tun. Es geht darin nämlich sowohl um die sozialen, als auch um die libertären Grundrechte, die den Leuten bei zu langen Arbeitszeiten entzogen würden. Damit sollte sich meines Erachtens die FDP erst einmal beschäftigen, bevor sie mit solchen komischen Anträgen kommt. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Detjen. - Herr Bürgermeister Wolf, bitte.

Manfred Wolf (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Antrag ist anscheinend von der falschen Partei eingebracht worden. Die Reaktion von Herrn Detjen wundert mich nicht; denn er gockelt hier immer so herum, sodass er nicht für voll genommen werden kann. Aber dass du, lieber Alfred, als ehemaliger Vor-

sitzender von City-Marketing, der jahrelang für den vierten verkaufsoffenen Sonntag gekämpft hat, auf einmal diesen vierten verkaufsoffenen Sonntag als unsäglich empfindest, das verstehe ich wirklich nicht.

(Beifall bei der FDP)

Dass hier ein Prüfantrag wie ein Antrag behandelt wird, ist für mich ebenso unverständlich. Es soll nur geprüft werden, ob das möglich ist. Denjenigen, die hierzu angeführt haben, die Händler müssten ihr Sortiment austauschen, halte ich entgegen: Warum laufen denn in Berlin, Hamburg, München, Speyer, Detmold und anderswo diese Märkte? Etwa weil da keiner hingeht? Mich wundert diese Argumentation. Eine Verlängerung entspricht meiner Meinung nach auch den Vorstellungen von KölnTourismus, und dort gibt es ein paar Leute, die Ahnung davon haben.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Herr Schultz.

Alfred Schultz (SPD): Herr Wolf, nur zur Klarstellung: Während meiner Zeit als Vorsitzender von City-Marketing habe ich dafür gesorgt, dass die Läden in der Innenstadt am Wochenende schließen und die Läden in den Vierteln öffnen konnten, und nicht umgekehrt.

(Ralph Sterck [FDP]: Aber auch viermal, oder was?)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion. Wer ist gegen diesen Antrag? - SPD, CDU, Grüne, Linke, Dr. Müser und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.8 auf:

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Attraktivität des Wirtschafts- und Finanzstandortes Köln“ AN/1989/2009

Wird dazu das Wort gewünscht? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Bürgerbewegung pro Köln hat folgenden Antrag gestellt: „Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine genaue Darstellung über die Attraktivität des Wirtschafts- und Finanzstandortes Köln vorzulegen ...“

Wie bekannt ist, hat die Finanzkrise auch in der regionalen Bankenwirtschaft einige Spuren hinterlassen. Unter Sachsenhausen war als ein exzellenter Wirtschafts- und Finanzstandort in der Bundesrepublik und darüber hinaus jedem ein Begriff. Gerade die Stadt Köln, insbesondere auch die Kommune hat von diesem Mix aus regionalen und überregional tätigen Banken profitiert. Vor kurzem haben wir miterleben dürfen, dass ein großes Privatbankhaus jetzt nicht mehr selbstständig agieren kann, sondern in einem anderen großen Bankhaus aufgegangen ist.

Aufgrund der genannten Punkte muss uns einmal klar dargelegt werden, wie es um den Finanz- und Wirtschaftsstandort Köln tatsächlich bestellt ist. Wir müssen wissen, ob wir uns Dinge wie ein Opernhaus, das um die 500 Millionen Euro kosten wird, angesichts dieser schwierigen Haushaltssituation überhaupt leisten können; denn wir werden darauf angewiesen sein, dass uns finanzstarke Partner die notwendigen Mittel dafür geben. Wir bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - SPD, CDU, Grüne, FDP, die Linke, Herr Zimmermann und Herr Dr. Müser. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.9 auf:

3.1.9 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Mehr Transparenz und Kompetenz: Zukünftige Vorgehensweise bei der Wahl von Beigeordneten“ AN/0164/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und

Herren! Unser Antrag zur künftigen Vorgehensweise bei der Wahl von Beigeordneten stellt zwei wesentliche Forderungen: erstens nach Transparenz des Auswahlverfahrens und zweitens nach Kompetenz der Bewerber bei der Auswahl.

Die gescheiterte Wahl von Herrn Frank zum Stadtkämmerer hat dem öffentlichen Ansehen der städtischen Politik deutlich geschadet. Ich sage: Das wäre nicht nötig gewesen, nämlich wenn das Findungsverfahren sauber gelaufen wäre und man sich nicht schon vorher hinter verschlossenen Türen auf einen Kandidaten festlegt und das auch noch publiziert hätte.

Mit unserem Wunsch nach Transparenz müssten wir uns mit Ihnen, meine Damen und Herren von Rot-Grün, eigentlich in der Mitte treffen können, steht doch in der Präambel Ihres Koalitionspapiers: „Transparenz im politischen Handeln ist das oberste Gebot.“

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Leere Worte!)

Sie sollten beweisen, dass es Ihnen mit dieser Sache ernst ist, indem Sie sich nun unserem Antrag anschließen.

Eine Prüfung auf Kompetenz der Bewerber schaffen wir nur, wenn wir bei künftigen Auswahlverfahren für Beigeordnete externe Unterstützung durch Personalberatungsunternehmen in Anspruch nehmen.

Um hier einmal die Begriffe klarzustellen - das geht vor allen Dingen an die Adresse von Frau Moritz, die sich gerade unterhält -: Sie sagen bisweilen, es handle sich bei den Dezernenten um politische Beamte. Das ist mitnichten der Fall. Es sind Wahlbeamte. Bei politischen Beamten ist eine Qualifikation - das kann man bedauern oder auch nicht - nicht gefragt, sie können ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Bei Wahlbeamten wie Beigeordneten ist das jedoch nicht der Fall. Insofern ist nach Beamtenrecht eine Bestenauslese in einem objektiven Bewerbungsverfahren zwangsläufig.

Ein unabhängiger Personalberater kann nun einmal die besten Voraussetzungen dafür schaffen, indem er die eingegangenen Bewerbungen auf formale und fachliche Eignung prüft. Die Gemeindeordnung muss eingehalten werden.

Erst wenn alle Bewerbungen geprüft sind, können in dieser Personalfrage politische Entscheidungen getroffen werden. Das sehen wir auch so. Auch wir sind der Meinung, dass dann politisch ausgewählt werden soll, aber eben nur un-

ter den Besten und nicht hinter verschlossenen Türen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, beweisen Sie mit Ihrem Abstimmungsverhalten, dass Sie zur Präambel Ihrer Koalitionsvereinbarung stehen. Beweisen Sie der Öffentlichkeit, dass Sie tatsächlich mehr Transparenz und Kompetenz bei der Beigeordnetenenauswahl wünschen, um endlich dem Klischee vom kölschen Klüngel zu begegnen.

Um Ihnen die Entscheidungsfindung zu erleichtern - das ist ja schon einige Male versucht worden -, möchte ich abschließend unseren Herrn Oberbürgermeister beim Wort nehmen. Herr Roters, Sie äußerten in einem Interview mit dem *Stadt-Anzeiger* am 29. Januar 2010 zur Wahl des Kämmerers - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis -:

Jürgen Roters: Ich bin sehr dafür, ein Verfahren zu wählen, das einer Überprüfung standhält. Wir müssen eine unabhängige Personalberatung einschalten.

Meine Damen und Herren, dem Wort des Herrn Oberbürgermeisters habe ich nichts hinzuzufügen. Ich wünsche sehr, dass wir dem folgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Kollege, Sie haben ja gestern Abend schon einiges von dem, was Sie hier heute sagen wollen, ausgeplaudert. Deswegen brauchte ich Ihnen auch nicht so intensiv zuhören. Ich hatte eben ein Déjà-vu-Erlebnis.

Ich habe dieses dicke Buch heute mitgeschleppt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] hält ein Buch hoch)

Ein Blick hinein schadet nicht. Man erfährt alles Mögliche über die Gemeindeordnung, es gibt auch Kommentare dazu. Es gibt noch andere Bücher dazu, aber ich habe heute nur eins mitgebracht.

Herr Granitzka, dass der rot-grüne Vorschlag für die Besetzung der Kämmererstelle ein Misserfolg gewesen sei, das weise ich entschieden zurück. Das kann ich hier nicht so stehen lassen. Immerhin hat der Rat, dessen ureigenstes Recht die Wahl von Beigeordneten ist, mit deutlicher Mehrheit diesen Wahlvorschlag beschlossen.

Der Regierungspräsident, der sich als Interpretator der Gemeindeordnung aufschwingt, kann erleichtert sein - vielleicht hat er auch mit dem hohen Verantwortungsbewusstsein der Grünen und des Kandidaten Jörg Frank gerechnet -, dass Jörg Frank von der Wahl Abstand genommen und auf einen langen Klageweg verzichtet hat, um Schaden von der Stadt fernzuhalten. Ich bin ziemlich sicher, nachdem ich mich wie noch nie zuvor in meinem Leben in die verschiedenen Kommentierungsbände eingearbeitet habe, dass das für den Regierungspräsidenten gar nicht so sicher ausgegangen wäre.

Nachdem der Löwe aus der Cäcilienstraße gebrüllt hat, ist auch in der CDU-Fraktion, die immer so vor sich hindämmert, angekommen, dass sie daraus etwas machen könnte. Nach der von pro Köln beantragten und inzwischen abgehaltenen Sondersitzung

(Beifall von Bernd M. Schöppe
[pro Köln])

kommen Sie nun mit Ihrem Antrag, obwohl Sie sich in der Vergangenheit „immer“ an dieselben Maßstäbe gehalten haben.

Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt nicht auf einen Kämmerer verzichten kann, dessen erste und wichtigste Aufgabe die strategische Konsolidierung des städtischen Haushalts ist. Ein langer Klageweg hätte eine Besetzung dieser Stelle blockiert.

Da Sie gestern Abend schon andeuteten, dass Sie der Ansicht sind, der Beigeordnete sei ein kommunaler Wahlbeamter, wollte ich nicht versäumen, das einmal zu googeln und bin bei *Wikipedia* fündig geworden. Dort wird zum Begriff des kommunalen Wahlbeamten ausgeführt - ich zitiere -:

Die rechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere des kommunalen Wahlbeamtentums sind umstritten, da sie sowohl beamtenrechtlichen als auch kommunalrechtlichen Regelungen unterliegen. Insbesondere die Frage, ob Art. 33 Abs. 2 GG und damit die Konkurrentenklage auch auf kommunale

Wahlbeamte Anwendung findet, ist umstritten. Nach herrschender Literaturmeinung verdrängt der Wahlakt das verfassungsrechtliche Prinzip der Bestenauslese nach dem Leistungsprinzip ...

Man höre und staune. - Leider, wie in so vielen Fällen, bleibt die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung an dieser Stelle in nachlässiger Weise merkwürdig unklar. Zwar wird für das Amt auf der einen Seite eine fachliche Qualifikation und auch eine gewisse Erfahrung verlangt, gleichzeitig können Sie in der Kommentierung von Held/Winkel - das ist das Buch, das ich vorhin hochgehalten habe; vielleicht haben Sie es aufgrund der Farbe erkannt - nachlesen, dass es weder einen vorgeschriebenen noch einen üblichen Ausbildungsweg geben muss noch anderer Laufbahnvoraussetzungen bedarf. Schon gar nicht werden Prüfungen vorgesehen noch muss der zu Wählende hauptamtlicher Beamter sein. Welchen Bewerber er aussucht - das steht da ausdrücklich -, obliegt allein dem Rat.

Der Rat hat die hohe Qualifikation von Jörg Frank, der in langen Jahren als finanzpolitischer Sprecher der Grünen und in vielen verschiedenen Aufsichtsräten - das ist für einen Beteiligungsdezernenten genauso wichtig - gewirkt hat, gewürdigt und anerkannt.

Das alles ist natürlich jetzt Schnee von gestern. Mit dem Antrag der CDU - Sie beschäftigen sich ja nicht wirklich mit dem Thema; vielmehr müssen sie immer noch eines draufsetzen - wird nun ein Vorschlag für die Zukunft gemacht. Ich will jetzt darauf näher eingehen. Die CDU, die selbst bei Besetzungen nie so gehandelt hat, schlägt vor - -

(Winrich Granitzka [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht! Seitdem ich da bin, ist das anders geworden!)

- Das ist die Gnade der späten Geburt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Danke schön! Fünf Jahre sind es immerhin!)

- An wie vielen Auswahlverfahren für Dezernenten haben Sie denn mitgewirkt, Herr Granitzka?

(Winrich Granitzka [CDU]: Bei mehreren! Zum Beispiel bei einem Dr. Walter-Borjans!!)

- Und sonst noch?

(Winrich Granitzka [CDU]: Bei der Frau Dr. Klein zum Beispiel!)

- Hatten wir da auch einen Personalberater? Das ist mir nicht bekannt. Aber vielleicht habe ich das damals nicht mitbekommen.

(Winrich Granitzka [CDU]:
Ja, aber - - !)

- Die Besetzung von Frau Dr. Klein ist also Ergebnis der Arbeit einer Personalberatungsagentur?

(Winrich Granitzka [CDU]: Es geht doch hier um Transparenz! Es geht nicht darum, dass in Hinterzimmern etwas ausgeklüngelt wird, Frau Moritz!)

- Ja, genau.

Ich will an dieser Stelle nicht ausschließen, dass sich der Rat in seiner Weisheit bei der einen oder anderen Besetzung juristischen Rat einholen soll. Bei diesem Regierungspräsidenten wäre das vielleicht sogar angesagt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Bei dem davor auch!)

Ich will auch nicht ausschließen, dass, wenn der Rat meint, er müsse einen Personalberater einschalten, weil er dessen Hilfe beansprucht, er das festlegt. Aber diese Festlegungen sind von Mal zu Mal zu treffen. Dafür ist allein der Rat zuständig.

Ein solcher Grundsatzbeschluss und die Unterstellung, ein Personalberater würde objektiv eine Bestenauslese vornehmen, ignoriert die politische Bedeutung der Dezernentenwahl. Daher werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Ich habe meine Redezeit leicht überzogen. Sollte hier die Redelust um sich greifen und Herr Granitzka und andere sich zwei- oder dreimal melden, werde ich mich auch noch einmal melden. Dann werde ich die Gelegenheit wahrnehmen, um einige pikante Beispiele für politische Interventionen in Zusammenhang mit der Wahl von Beigeordneten aus der Vergangenheit zu nennen. - Danke schön.

(Unruhe - Winrich Granitzka [CDU]:
Jetzt haben wir richtig Angst davor, Frau Kollegin, dass hier aus dem Nähkästchen geplaudert wird!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke Frau Moritz. - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann, glaube ich, die leicht überzogene Redezeit jetzt wieder aufholen, weil ich mich in vielen wesentlichen Punkten dem, was die Kollegin Moritz gerade gesagt hat, anschließen kann. Ich möchte Ihnen, Herr Kollege Granitzka, und den anderen Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion nur mit Folgendem auf die Sprünge helfen:

Wir haben uns in den vergangenen fünf Jahren, also in der letzten Wahlperiode, bei der Auswahl der Beigeordneten - wir haben sieben Beigeordnete, wie unschwer zu zählen ist - zweimal der Hilfe externer Experten bedient, einmal bei der Auswahl des Kulturdezernenten und einmal bei der Auswahl des Wirtschafts- und Liegenschaftsdezernenten, bei Letzterem übrigens explizit durch eine Personalberatungsagentur. Bei der Findung dieser beiden Beigeordneten hat sich die CDU trotz Einschaltung externer Experten nicht an der Empfehlung der Experten orientiert,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist ja noch besser!)

sondern hat in beiden Fällen die Empfehlung der Experten in den Wind geschlagen und für sich eine andere Entscheidung getroffen, was sich unschwer belegen lässt. Sie, Herr Granitzka, waren in beiden Fällen dabei, einmal als Fraktionsvorsitzender,

(Winrich Granitzka [CDU]: Nur ein Mal!)

einmal als Mitglied. Im zweiten Fall war Ihre Fraktion damals durch den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und kulturpolitischen Sprecher Lemper vertreten. Aber angesichts dieser kollektiven Amnesie möchte ich schon einmal darauf hinweisen, dass Sie immer, wenn Sie nach einem solchen Instrument gerufen haben, sich dann an dessen Ergebnisse nicht gebunden fühlten, sondern das gemacht haben, was Ihnen, salopp gesagt, gerade politisch in den Kram passte.

(Zuruf von der CDU: Stimmt doch gar nicht!)

Es geht Ihnen also - das belegt dieser Umstand - am Ende nur um Klamauf. Sie wollen aus einer sehr unglücklichen Situation - das gebe ich zu - hier jetzt politisches Kapital schlagen und drehen es so, wie Sie es gerade wollen. Denn Sie selbst schreiben in Ihrem Antrag im letzten Satz des Beschlusstextes:

Anschließend

- also nachdem der Personalberater gesprochen und sein Votum abgegeben hat -

kann unter den verbleibenden Bewerbern eine sachgerechte Entscheidung durch die Politik getroffen werden.

Damit wollen Sie ja zum Ausdruck bringen: Die CDU möchte immer das tun, was ihr gerade in den Kram passt. Wenn es darauf ankommt, wird sie sich nicht an den Expertenrat halten. Wenn das so ist, Herr Granitzka, dann sagen Sie es doch ganz ehrlich und tun Sie hier nicht so, als würden Sie jetzt auf dieser Grundlage etwas anderes vorhaben.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das war eher auf Sie gemünzt und nicht auf die Grünen!)

SPD und Grüne - das will ich abschließend sagen - haben in ihrer Koalitionsvereinbarung festgelegt und den anderen demokratischen Kräften hier im Rat das Angebot gemacht, dass wir bereit sind, auf die Kolleginnen und Kollegen zuzugehen, wenn es um die Besetzung bestimmter Beigeordnetenstellen geht. Herr Granitzka, sollten wir in die Verlegenheit kommen, mit Ihnen über ein solches Angebot Gespräche zu führen, werden wir Sie an Ihre heutigen Überlegungen erinnern. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Börschel. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte das Vergnügen, gemeinsam mit Martin Börschel in der Findungskommission zu sitzen, die einen Dezernenten für das Wirtschaftsressort auszuwählen hatte. Ich muss sagen: Es war nicht das Schlechteste, ein Personalberatungsunternehmen mit einzubeziehen. - Da geben Sie mir doch recht, Herr Börschel. - Das Personalberatungsunternehmen gibt ja nicht die Entscheidung vor, wen wir zu nehmen haben, sondern sie erstellt ein Tableau, das wir uns anschauen, ehe wir auf politischer Ebene eine Entscheidung treffen. Sich Leute anzuschauen, die vorher schon bewertet worden sind, fand ich vom Verfahren her nützlich.

(Martin Börschel [SPD]: Sie haben sich aber doch an das Ergebnis gar nicht gehalten! Sie waren ja auch dagegen!)

Nützlich kann so etwas auch sein, wenn man das Vorschlagsrecht hat. Der Antrag formuliert sozusagen eine Hilfe auch für die Fraktion, die das Vorschlagsrecht besitzt, um in ganz Deutschland suchen zu können. Wir selber haben die Erfahrung gemacht, dass es plötzlich zwei Kandidaten gab und dass, hoppla, einer der beiden uns nahestand.

(Martin Börschel [SPD]: Der Zweitplatzierte!)

- Ja. Der jetzige Dezernent musste sich dann noch einmal deutlich anstrengen. Es wurde noch eine zweite Runde gemacht. Das hat nicht geschadet. Der Dezernent hat sich nicht nur bei der Bewerbung angestrengt, sondern auch noch danach, und das freut mich.

(Lachen bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben also gesehen, dass es gerade mithilfe eines Personalberatungsunternehmens zu Überraschungen kommen kann. Auch das war nicht falsch.

Drum prüfe, wer sich bindet. Das gilt auch für Fraktionen, die das Vorschlagsrecht oder eine Mehrheit haben. Darum werden wir diesem Antrag zustimmen. Wir sehen das nicht so eng, wie es SPD und Grüne sehen. Klar ist: Es ist weiterhin die Politik, die darüber entscheidet, wer Dezernent und Beigeordneter wird. Das sieht auch die FDP so. Wir halten allerdings die vorgeschlagene Hilfskonstruktion für vorteilhaft. Trotzdem wird letztendlich der Rat entscheiden. Das spricht nicht gegen den Antrag der CDU. Darum können wir dem zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank. - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, es freut mich immer, zu sehen, dass man auch in der CDU noch lernfähig ist. Ihr Antrag zur künftigen Vorgehensweise bei der Wahl von Beigeordneten zeigt, dass Sie anscheinend aus der in allerletzter Minute verhinderten Wahl des grünen

Stadtkämmerers Jörg Frank die Konsequenzen gezogen haben und Schlüsse ziehen wollen.

Nicht noch einmal darf sich ein solcher Fall bei der Besetzung wichtiger öffentlicher Ämter der Stadt Köln ereignen. Gerade hier in Köln steht man in der Verantwortung, dass noch nicht einmal der Verdacht von politischer Ämterpatronage entsteht. Vielmehr muss eine strikte Auslese der Bewerber nach dem Bestenprinzip erfolgen. Genau das hatte die Fraktion pro Köln auch schon in der Ratssitzung, in der der neue Stadtkämmerer gewählt wurde, gefordert. Zum gleichen Thema hat pro Köln hier kürzlich eine Sondersitzung des Rates durchgesetzt, um so, wie jetzt auch von der CDU gefordert, in Zukunft saubere und transparente Auswahlverfahren in Zusammenhang mit der Bestellung von neuen Beigeordneten sicherzustellen.

Schade ist, dass die CDU erst jetzt auf den rechten Weg zurückfindet. Das hätte sie auch schon früher haben können, nämlich bevor sich die Stadt Köln und die etablierte Politik wieder im ganzen Land bis auf die Knochen blamiert hat.

(Beifall bei pro Köln)

Müssen wirklich immer erst der Regierungspräsident oder andere übergeordnete Stellen gegen den Kölner Klüngel einschreiten, bevor man auch hier vor Ort Handlungsspielräume sieht? Das müsste doch eigentlich nicht sein, wenn man denn endlich aus den Fehlern der Vergangenheit die richtigen Lehren ziehen würde. Doch die Fraktion pro Köln will hier gar nicht über die Maßen nachkartieren.

Wir können dem CDU-Antrag in weiten Teilen zustimmen. Ein externes Personalberatungsunternehmen einzuschalten, macht Sinn. Zumindest besteht dann eine größere Chance, dass es eine Vorauswahl der Bewerber nach tatsächlicher Qualifikation und Erfahrung gibt.

An der Schlussauswahl der dann verbliebenen Bewerber müssen aber zwingend alle Fraktionen beteiligt werden, um größtmögliche Transparenz in dem Verfahren sicherzustellen. Genau das ist in der Vergangenheit regelmäßig nicht geschehen. Professor Quander war die löbliche Ausnahme. Er hat sich auch bei uns vorgestellt. Ansonsten ist es ja hier Usus, die von 20 000 Kölnerinnen und Kölnern gewählte Bürgerbewegung pro Köln bei all diesen Entscheidungen auszuklammern. Aber damit müssen Sie, die Sie hier mit der Demokratie und den normalen parlamentarischen Gepflogenheiten Schindluder treiben, leben.

Trotz dieser einzelnen Kritikpunkte stimmt die Fraktion pro Köln dem vorliegenden CDU-Antrag zu. Es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, den wir für unterstützenswert halten. Der CDU-Fraktion möchte ich abschließend noch ans Herz legen, diesen neuen Kurs auch dann beizubehalten, wenn sie selbst wieder am politischen Ruder ist und über eigene Gestaltungsmehrheiten verfügt. Denn bisher haben die Kölnerinnen und Kölner leider immer wieder erleben müssen, dass die jeweiligen etablierten Ratsparteien nur so lange nach mehr Transparenz und nach mehr Offenheit gerufen haben, wie sie selbst in der Opposition waren. Wenn man dann aber selbst an der Regierung war, hatte man alle Schwüre der Vergangenheit ganz schnell wieder vergessen.

Ein trauriges Beispiel, geradezu ein Paradebeispiel, dafür ist die Ratsfraktion der Grünen, jener Partei, die vor 25 Jahren mit dem Anspruch hier eingezogen ist, den Klüngel durch mehr Kontrolle zu beseitigen und mehr Bürgerrechte durchzusetzen, dann aber wesentlicher Teil des Kölner Klüngels geworden ist. Dieses Schicksal möge anderen erspart bleiben. Das wünsche ich mir von Herzen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Wir werden Antrag der CDU ablehnen. Wir sind der Meinung, dass ein Beigeordneter nicht ein Verwaltungsbeamter, sondern ein politischer Beamter ist. Und weil er das ist, muss er auch politisch bestimmt werden. Politisch bestimmt wird er durch die Fraktionen der im Rat vertretenen Parteien. Es wäre unseres Erachtens ein Fehler, wenn sich der Rat der Stadt Köln seiner Rechte selbst beschneiden würde, nur weil einige hier meinen, dem Regierungspräsidenten folgen zu müssen. Einen Kniefall vor dem Regierungspräsidenten zu machen, erscheint mir kontraproduktiv bezogen auf die Rechte, die wir als Rat haben und die wir als Rat auch wahrnehmen sollten. Das ist unsere Position.

Wir sind auch der Meinung: Warum soll ein Ratsmitglied, das einen Hauptschulabschluss hat und Facharbeiter ist, nicht Beigeordneter werden können, wenn er politische Erfahrungen im Rat gesammelt hat? Warum soll ihm dieser Weg ver-

sperrt bleiben? Das ist eine Frage des Vertrauens.

Im Übrigen hat die Linke an der Wahl von drei Beigeordneten mitgewirkt. Wichtig war - ich glaube, das war eine gute Herangehensweise -, dass man immer gesagt hat: Wir nehmen erfahrene Politiker, die darüber hinaus auch Erfahrung als Verwaltungsbeamte haben, und schauen, dass sie möglichst nicht aus Köln kommen, sondern ihre Erfahrungen in anderen Kommunen gesammelt haben. Das scheint mir eine wichtige Lehre zu sein für den Schritt, den wir jetzt gehen müssen. Für uns wäre es kein Problem gewesen - das muss ich ganz klar sagen -, Jörg Frank mitzuwählen. Wir haben das nicht gemacht, sondern uns enthalten; aber das hatte andere Gründe. Im Prinzip sahen und sehen wir selbstverständlich kein Problem darin, dass Jörg Frank mit seinem Erfahrungsschatz dieses Amt entsprechend ausfüllen kann.

Meine Damen und Herren, ich habe in dieser Angelegenheit beim Regierungspräsidenten angerufen. In § 71 der Gemeindeordnung ist relativ glasklar formuliert - alles andere ist ja Interpretation -, dass im Stadtvorstand mindestens einer der Beigeordneten Verwaltungsjurist sein muss. Die Bestimmung, dass in einem Stadtvorstand mindestens ein Beigeordneter Verwaltungsjurist sein muss, finde ich prinzipiell richtig und auch vernünftig. In unserem Stadtvorstand haben wir meines Erachtens sogar drei Verwaltungsjuristen. Insofern wäre dieser Schritt möglich gewesen.

Meine Damen und Herren, angesichts dessen, wie das Ganze jetzt gelaufen ist, sollten wir uns nicht selbst unserer Rechte beschneiden, sondern den Weg politischer Entscheidungen weitergehen. Abschließend noch ein Wort zur Findungskommission: Die Findungskommission findet meistens denjenigen, den man sich vorher schon ausgeguckt hatte. Insofern denke ich, es ist besser, wenn man das offen diskutiert. Dann weiß man wenigstens, wie es läuft. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Freie Wähler - Kölner Bürger Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, wie sich die CDU mit ihrem Antrag hinter dem Regierungspräsidenten versteckt. In Ihrer

Begründung führen Sie aus, dass Rot-Grün mit ihrem Vorschlag beim RP gescheitert sei. Das heißt nicht anderes, als dass Sie, wenn der Regierungspräsident in dieser Sache nicht interveniert hätte, diesen Antrag heute nicht gestellt hätten. Mit anderen Worten: Ihnen geht es hier nicht um Transparenz und Kompetenz, sondern nur darum, Rot-Grün eins auszuwischen.

(Lachen bei der CDU - Barbara Moritz
[Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Herr Granitzka, lesen Sie Ihren eigenen Antrag. In der Begründung steht: „Der Misserfolg von Rot-Grün bei der geplatzten Wahl des Kämmerers hat gezeigt ...“

(Winrich Granitzka [CDU]: Weil die Stadt sich mal wieder blamiert hat!)

Das ist genau der Punkt, Herr Granitzka. Würden Sie es mit Ihrem Antrag und dem Anliegen, mehr Transparenz und Kompetenz schaffen zu wollen, ernst meinen, dann hätten Sie vor der Wahl meinem Antrag, eine Findungskommission einzusetzen, zustimmen können.

(Zuruf von der CDU: Ach so!)

Das haben Sie aber nicht gemacht, weil Sie erst einmal abwarten wollten, ob Sie Rot-Grün anschließend eins auf den Deckel geben können.

(Widerspruch bei der CDU)

Sie täuschen mit Ihrem Antrag vor, dass Transparenz und Kompetenz durch Einschaltung eines Personalberaters erreicht werden können. Eigentlich sollten Sie wissen, dass die Einschaltung eines Personalberaters gerade nicht dazu geeignet ist, Transparenz zu schaffen, weil Personalberater im Allgemeinen nicht in der Öffentlichkeit agieren. Die Kompetenz von Personalberatern besteht nicht darin, Transparenz zu schaffen. Im Gegenteil, sie sollen im Vorfeld von Personalentscheidungen im Verborgenen, hinter vorgehaltener Hand, vor allen Dingen nicht in der Öffentlichkeit mit potenziellen Bewerbern Gespräche zu führen, Bewerbern, die gerade nicht wollen, dass ihr Name, so wie es in Köln in der Vergangenheit üblich war, in den Schmutz gezogen wird, bevor eine Entscheidung gefällt wird. Gerade Berater, die im Topbereich tätig sind, haben diese Funktion zu erfüllen.

Die Entscheidung muss sowieso der Rat fällen. Aus dem eben Dargelegten würde sich folgendes Szenario ergeben: Einerseits überlassen Sie es einem Personalberater, der im Vorfeld in der Nichtöffentlichkeit agiert, Personalvorschläge zu

machen. Andererseits wollen Sie diese Vorschläge dann transparent machen und dem Rat zur Entscheidung vorlegen. Schon der Ablauf ist nicht dazu geeignet, Transparenz zu schaffen. Transparent wäre der Einsatz einer Berufungskommission, die natürlich auch in der Öffentlichkeit ihre Entscheidungsgründe darlegen kann. Wenn Sie das Prozedere zum Beispiel an Universitäten kennen, wissen Sie, dass es dort dazu Anhörungen unter Beteiligung der Öffentlichkeit gibt, die natürlich so gestaltet sind, dass im Vorfeld keine der Personen beschädigt wird. All das ist möglich.

Ansonsten kann ich mich nur den Ausführungen von Herrn Breite anschließen. Prinzipiell ist die Einschaltung eines Personalberaters überhaupt nicht schädlich. Ich habe ja gerade die Gründe dafür dargelegt. Aber dadurch Transparenz und Kompetenz sicherzustellen, dafür ist dieses Mittel mit Sicherheit nicht geeignet. - Danke schön.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir entschuldigen uns, dass wir nicht auf Sie gehört haben, Herr Müser!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer sich gegen diesen Antrag ausspricht, bitte ich um das Handzeichen. - SPD, Grüne, Linke, Herr Dr. Müser und Herr Zimmermann. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wie haben Sie abgestimmt, Herr Oberbürgermeister?)

- Ich habe gegen diesen Antrag gestimmt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.10 auf:

**3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Gestaltung eines Rheinboulevards“
AN/1990/2009**

Frau Wolter, bitte.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wie Sie unserem Antrag, Ihre Lesefähigkeit vorausgesetzt, entnehmen können, hat meine Fraktion in Bezug auf die Gestaltung eines Rheinboulevards das Erbe des allseits geachteten und leider viel zu früh verstorbenen Oberbürgermeisters Harry Blum angetreten. Sein Ausspruch von „Köln an

der Rheinuferstraße“ ist heute leider aktueller denn je.

Die Lebensqualität, die sich den Kölner Bürgern und den vielen Touristen, die Köln jedes Jahr zahlreich besuchen, bietet, ist insbesondere am Rheinufer zwischen Deutzer Brücke und Südbrücke nicht so hoch, wie das in einer Stadt mit einem Fluss in ihrer Mitte erwartet wird. Nicht nur, dass durch die Rheinuferstraße eine optische Beeinträchtigung stattfindet; auch die Luftqualität leidet durch die Feinstaubbelastung des dort fließenden Verkehrs. Dadurch wird insgesamt eine Atmosphäre geschaffen, die es äußerst unattraktiv macht, sich am Rhein aufzuhalten, und das Attraktivitätsplus, welches der Rhein bietet, leichtfertig verspielt.

Zwischen Hohenzollernbrücke und Deutzer Brücke gibt es bereits einen Rheinboulevard, der von den Kölnerinnen und Kölnern sowie den Touristen sehr gut angenommen wird. Diesen weiterzuführen, würde auch den Menschen im sogenannten Vringsveedel zugutekommen. Nun kann dafür natürlich nicht die Rheinuferstraße beseitigt werden. Vielmehr ist es nötig, diese in einen Tunnel zu verlegen, um einen attraktiven Rheinboulevard zu gestalten.

Wie Sie alle wissen beziehungsweise wissen können, wenn Sie denn wollen, existiert in Köln kein zukunftsfähiges Stadtentwicklungskonzept. Meistens wird einfach so drauflos gebaut, und die Verbindung von Wachsen und Bestehendem muss dann anschließend kostspielig hergestellt werden. Die Verwaltung kommt aus diesem Grund nicht umhin, endlich ein zukunftsfähiges Stadtentwicklungskonzept bis mindestens zum Jahr 2030 aufzustellen, welches dann auch einen Rheinboulevard zwischen Deutzer Brücke und Südbrücke vorsieht.

Es mag zwar sein, dass sich einige von Ihnen in einem stadtentwicklungspolitischen Chaos sehr wohlfühlen und auch monetär davon profitieren; nur, dies stellt einen Verrat an der Zukunft unserer Stadt dar. Darüber hinaus machen wir Köln lächerlich vor der Weltöffentlichkeit. Wie gerne würden die Kölner Bürger ihre Stadt begründet in einer Reihe mit London, Paris oder Rom sehen! Stadtentwicklungspolitisch ist Köln davon leider aber noch sehr weit entfernt.

Bei einem Blick in die Reihen von CDU, SPD, Grünen, FDP und Linkspartei fällt eine gewisse geistige Leere auf. Es ist also nicht davon auszugehen, dass sich in diesem Hause vielen die Bedeutung eines wegweisenden Stadtentwicklungskonzeptes je erschließen wird. Jene jedoch,

die sich Köln verbunden fühlen und ihren Wählerauftrag ernst nehmen, werden dem Antrag meiner Fraktion sicherlich zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diesen Antrag der Fraktion pro Köln? - SPD, Grüne, CDU, FDP, Linke. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Ablehnung einer Sondersteuer auf Dienstleistungen des Hotel- und Gaststättengewerbes“ AN/1991/2009

Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich möchte nach § 20 Abs. 1 der Geschäftsordnung auch hier Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt beantragen, da die gesamte Angelegenheit am 11. Januar ausführlich im Hauptausschuss der Stadt Köln behandelt wurde, im Beisein der Antragsteller, und dort auch entschieden wurde.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Für Sie macht es vom Aufwand her vielleicht keinen Unterschied, ob Sie einen Antrag der Fraktion pro Köln nur pro forma auf der Tagesordnung belassen wie beispielsweise den vorangegangenen. Eine Vertreterin meiner Fraktion kann dazu einige Sätze sagen, Sie alle hüllen sich in eisiges Schweigen, niemand erwidert etwas darauf, und schließlich wird der Antrag niedergestimmt. Gerade bei dem vorangegangenen Antrag zum Rheinboulevard werden Sie sachliche Gründe hierfür nicht geltend machen können.

Für Sie macht es vom Aufwand her keinen Unterschied, ob Sie dieses Prozedere verfolgen oder ob Sie, umgekehrt, jemanden von Ihnen

hier ans Mikrofon schicken, der Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt beantragt, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass Sie prinzipiell und systematisch nicht gewillt sind, sich mit den Inhalten auseinanderzusetzen, die meine Fraktion hier vorträgt, mit den Inhalten, für die wir von 20 000 Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt gewählt worden sind.

Damit stellen Sie genau die demokratischen Prinzipien infrage, in deren Namen Sie gegen uns anzutreten vorgeben.

(Beifall bei pro Köln)

Wenn Sie für sich beanspruchen - das ist in den Redebeiträgen hier auch mehrmals explizit so ausformuliert worden -, *die* demokratischen Fraktionen zu sein, selbstverständlich in Abgrenzung ausschließlich gegenüber unserer Fraktion, dann werden Sie sich nicht komplett darauf zurückziehen können, Demokratie ausschließlich materiell zu definieren. Vielmehr sind Sie selbstverständlich auch gefordert, Demokratie als Prinzip zu akzeptieren. Eine nur materielle Definition von Demokratie öffnet der Willkür Tür und Tor. Sie führt hin zu Verhältnissen, wie sie beispielsweise in der DDR geherrscht haben. Auch die DDR hat sich ja ausdrücklich als eine „demokratische Republik“ verstanden, obwohl bei einer Partei das Recht monopolisiert war, über den demokratischen Inhalt zu entscheiden, und alle anderen Kräfte, seien sie originär politischer oder anderer Natur, aus diesem Diskurs ausgeblendet waren. Eine solche Demokratie ist in Wahrheit nichts anderes als die Diktatur einer bestimmten Konsensgruppe über alle anderen Teilnehmer religiöser, politischer, gesellschaftlicher Streitigkeiten ganz gleich welcher Art.

Es wird Ihnen nicht gelingen, in diesem Land erneut eine solche Diktatur zu errichten. Deswegen bin ich mir ganz sicher, dass Sie mit Ihren antidemokratischen Strategien politisch gerade in Köln Schiffbruch erleiden werden.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich möchte darauf hinweisen, dass hier von einem Recht der Geschäftsordnung Gebrauch gemacht worden ist.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Missbrauch, Herr Oberbürgermeister!)

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen den von Herrn Frank gestellten Antrag zur Ge-

schäftsordnung: Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.12 auf:

**3.1.12 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Tag der Kölner Sportvereine im Rathaus“
AN/1992/2009**

Herr Breite zur Geschäftsordnung.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Auch ich stelle nach § 20 Abs. 1 der Geschäftsordnung den Antrag: Übergang zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

(Beifall bei der FDP)

Begründung: Dieser Antrag wurde parallel im Sportausschuss gestellt und ist dort bereits behandelt worden. Hier geht es nicht um Antidemokratie, sondern darum, dass man versuchen will, unsere Verhandlungsbasis, unsere Ordnung kaputtzumachen, indem parallel Anträge gestellt werden. Da machen wir nicht mit. Darum: Übergang zum nächsten Punkt der Tagesordnungspunkt.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Zu Ihrem Antrag zur Geschäftsordnung: Im Prinzip hat Herr Rouhs gerade richtig dargestellt, wie es ist. Sie müssen damit leben, wie Sie hier mit Demokratie umgehen. Sie führen hier das hehre Schild, Sie seien die Verteidiger der Demokratie. Stattdessen machen Sie die Demokratie hier in Köln kaputt. Der Oberbürgermeister macht auch nichts dagegen. Schämen Sie sich! Pfui Teufel! Ich schäme mich hier wirklich für diese Ratsmitglieder.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen den von Herrn Breite gestellten Antrag zur Geschäftsordnung: Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen?

gen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag so angenommen.

3.1.13 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Neugestaltung der Nord-Süd-Fahrt und des Offenbachplatzes“ AN/1993/2009

Wird dazu das Wort gewünscht? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In der letzten Ratssitzung haben wir zu später beziehungsweise zu frühmorgendlicher Stunde ein Großprojekt beschlossen, das - die Fachleute sind sich noch nicht einig, wie viel es wirklich sein wird - bis zu 600 Millionen Euro kosten kann.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]:
Zwölfhundert!)

- Wie bitte?

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die Zahlen sind austauschbar, Sie können jede beliebige nennen!)

- Ja, Herr Klipper, das freut mich. Sie können sich ja gleich noch zu Wort melden, falls Sie nicht schon zu müde sind, sich aus Ihrem Sessel zu erheben. Sie scheinen ja mehr zu wissen als wir.

Nichtsdestotrotz: Es soll ein städtebauliches Highlight am Offenbachplatz geben. Das wird natürlich die gesamte Platzästhetik verändern. Nun stellt sich jeder die Frage, ob sich ein solches „architektonisches Highlight“, ein Weltstadthaus, damit verträgt, dass daran eine vierspurige Schnellstraße vorbeiführt. Der Bürgerbewegung pro Köln ist natürlich vollkommen klar, dass man hier nicht mittels eines Beschlusses den Verkehr einfach umlegen kann. Dazu bedarf es schon einer langfristigen Stadtentwicklungsplanung. Unsere Fraktionsvorsitzende hat ja eben schon in einem anderen Zusammenhang betont, wie wichtig ein Stadtentwicklungskonzept für die städtebauliche Planung in unserer Stadt ist.

Der Antrag der Bürgerbewegung pro Köln zielt darauf ab, die Verwaltung zu beauftragen, dem Stadtrat eine detaillierte und planungsreife Gegenüberstellung der etwaigen Neugestaltung der Nord-Süd-Fahrt beziehungsweise des Offenbachplatzes unter Berücksichtigung einer Tunnelvariante vorzulegen sowie deren mögliche Finanzierung zu erläutern.

Einerseits wurde der architektonische Entwurf des Schauspielhauses sehr gelobt, andererseits hört man, dass es doch sehr wichtig werden soll; da will man noch einmal nachplanen. Wir sind der Meinung: Wenn man gerade an diesem Platz einen so wichtigen Neubau hinstellt, dann muss auch das Ambiente stimmen. Wir möchten die Vor- und Nachteile abgewogen wissen. Wir möchten langfristig und nachhaltig planen. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diesen Antrag der Fraktion pro Köln? - Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, Linke. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

3.1.14 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend „Versicherung der Kulturgüter als Grundstock der Stiftung für die Restaurierung der Archivalien des Historischen Archivs“ AN/0245/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte schön.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in einer der letzten Sitzungen darüber befunden, einen Vergleich abzuschließen mit einer Versicherung, die 60 Millionen Euro zur Verfügung stellt zur Abgeltung etwaiger Versicherungsleistungen für den Schaden, der durch den Einsturz des Historischen Archivs entstanden ist.

Nun stellt sich die Frage, wie wir als Empfänger dieser Geldleistung damit umgehen. Sollen diese 60 Millionen Euro im allgemeinen Haushalt verschwinden, oder investieren wir diese 60 Millionen Euro und, wenn ja, worin investieren wir diese 60 Millionen Euro?

Ich denke, kein Ereignis der letzten Jahre hat derart gravierende negative Folgen hinterlassen und eine derart große Bestürzung innerhalb der Bürgerschaft hervorgerufen wie der Einsturz des Archivs. Deswegen ist meine Fraktion der Auffassung, dass eine eigene Adresse geschaffen werden muss. Wir plädieren daher für die Einrichtung einer eigenständigen Stiftung für den Wiederaufbau des Historischen Archivs, deren Grundstock diese 60 Millionen Euro sind.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben nach der Wiedervereinigung Deutschlands mit Stolz auf Dresden geschaut, eine Stadt, in der die Bürgerschaft in Verbindung mit der Gesellschaft, mit der Wirtschaft, mit allen sie tragenden Verbänden eine Stiftung gegründet hat, die in Dresden, in Sachsen und weit darüber hinaus Geld für den Wiederaufbau der Frauenkirche gesammelt hat. Wer das Glück hat, heutzutage die Frauenkirche besichtigen zu können, ist stolz auf dieses bürgerschaftliche Engagement. Dieses Vorhaben konnte nur deshalb gelingen, weil eine Stiftung gegründet wurde, die sich zum Ziel gesetzt hatte, Geld für den Wiederaufbau zu sammeln.

Wir müssen hier in Köln gar nicht bei Null anfangen; denn wir haben ja schon eine Mitgift, nämlich die Schadenersatzleistungen, die die Versicherung zur Verfügung gestellt hat. Dieses Geld sollte die Stadt Köln nehmen, um diese Stiftung mit einem Grundkapital auszustatten, was auf weitere Spender vorbildlich wirken wird. Es liegt an uns, zu sagen: Ja, wir nehmen diese 60 Millionen Euro und geben sie klugen Köpfen aus der Gesellschaft in die Hand, damit sie dafür sorgen, dass unser Archiv wieder aufgebaut werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Es geht hier um das Bekenntnis des Rates der Stadt Köln zu unserem Historischen Archiv, und es geht um das Bekenntnis: Ja, wir vertrauen das Geld denjenigen an, die damit umgehen. Damit erfüllen wir als Rat eine Vorbildfunktion. Diese sollten wir hier heute Abend wahrnehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht auch darum, wie etwaige Kosten, die mit dem Wiederaufbau des Historischen Archivs verbunden sind, flexibel und vor allem effizient gesteuert werden können. Eine unabhängige Einrichtung wie eine Stiftung, die mit entsprechenden Strukturen ausgestattet wird, eignet sich erfahrungsgemäß hervorragend, um eine effiziente und flexible Zurverfügungstellung etwaiger Finanzmittel sicherstellen zu können. Es würde wenig Reibung entstehen, und man würde dem Ziel des schnellen Wiederaufbaus des Historischen Archivs näherkommen.

Es geht uns auch darum, dass entsprechende Leistungen der Versicherung nicht mit allgemeinen Haushaltstiteln vermischt werden. Ich will Herrn Borjans nicht zu nahe treten; aber die Verlockung ist in Zeiten klammer Kassen doch groß,

den einen oder anderen Posten vielleicht ein wenig unklar abzugrenzen und die Versicherungsleistungen zu verwenden, um Haushaltslöcher zu stopfen. Es muss sichergestellt werden, dass das Geld, was die Stadt Köln aus Versicherungsleistungen bekommen hat, in einen gesonderten Topf investiert wird.

Ein Weiteres kann durch die Einrichtung einer solchen Stiftung erreicht werden: Die Bürgerschaft unserer Stadt, die Bürgerschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Verbände, ja, auch der Bund und viele private Spender werden sich viel eher bereit erklären, dieser Stiftung Geld zur Verfügung zu stellen, wenn wir als Rat der Stadt Köln heute Abend mit gutem Beispiel vorangehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! In Zusammenhang mit den Entschädigungsleistungen der Provinzial-Versicherung haben wir bereits am 17. Dezember hier im Rat Beschlüsse gefasst. Durch Ihren Dringlichkeitsantrag werden jetzt weitere Fragen aufgetan, die natürlich auch unmittelbar haushaltswirksam sind. Nach meiner Kenntnis sind aus den Leistungen, die die Versicherung erbracht hat, bereits Aufwendungen bezahlt worden.

Insofern würde ich vorschlagen - damit würden wir uns dem Thema nähern, wie die Beschlusslage vom 17. Dezember weiter umgesetzt werden kann -, Ihren Antrag und das Thema in den Finanzausschuss im März zu vertagen und dort zu behandeln, gleichzeitig aber die Verwaltung zu bitten, bis dahin zu Ihrem Vorschlag dezidiert Stellung zu nehmen und - das will ich noch ergänzen - uns eine Zwischenbilanz zu geben, für welche Punkte Aufwendungen in welcher Höhe, beispielsweise im Rahmen der Bergung des Archivs, in 2009 beziehungsweise 2010 geleistet worden sind.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Jung, bitte.

Helmut Jung (CDU): Herr Oberbürgermeister! Wir schließen uns dem Vorschlag von Herrn Frank an, bitten aber, diesen Antrag nicht nur in den Finanzausschuss, sondern auch in den Kulturausschuss zu verweisen, und zwar mit der gleichen Berichterstattung, wie vorgeschlagen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Herr Schöppe.

Bernd Schöppe (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Wertes Publikum! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein lieber Herr Görzel, mein lieber Herr Jung, wir kennen uns ja aus dem Rechnungsprüfungsausschuss. Ich hatte in der letzten Sitzung des Ausschusses die mündliche Anfrage gestellt, wie viel der Neubau des Stadtarchivs kosten wird und wie es mit der Übernahme dieser Kosten durch die Versicherung ausschaut. Daraufhin wurde mir geantwortet: Das wurde in der letzten Ratssitzung gesagt, 61,5 Millionen Euro von der Provinzial, damit ist die Finanzierung doch geklärt. Jetzt bekomme ich hier auf einmal zu hören, ja, die Restaurierung, die Mittel versacken im Haushalt. Man könnte meinen, Herr Görzel war in der Sitzung nicht anwesend. Es war nirgendwo die Rede davon, dass die 61,5 Millionen Euro irgendwo in einem Haushalt versacken, sondern es war ganz klar, dass diese 61,5 Millionen Euro zweckgebunden sind für den Neubau des Stadtarchivs. In dem Sinne weiß ich, was ich von Ihrem Antrag zu halten habe. Diese 61,5 Millionen Euro sind schon gebunden. Insofern braucht man da nichts Neues zu beschließen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Görzel noch einmal.

Volker Görzel (FDP): Wir wollen nur erklären, dass wir die Anregung von Herrn Frank und Herrn Jung übernehmen und mit der Verweisung in die Fachausschüsse einverstanden sind.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Vorschlag. - Wer ist gegen den Vorschlag von Herrn Frank, Herrn Jung, Herrn Görzel und anderen, den Antrag der FDP in die zuständigen Ausschüsse zu verweisen? - Die Linke und pro

Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit wird der Antrag verwiesen.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen am 30.11.2009, TOP 8.2.4; Godorfer Hafen: Wertigkeit des Wirtschaftlichkeitsgutachtens aufgrund der aktuellen Geschäftsentwicklung der HGK 0194/2010

Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen den Beschlussvorschlag? - SPD, Grüne, CDU, FDP, pro Köln - -

(Zuruf von der SPD: Moment!)

- Wer ist gegen den Beschlussvorschlag?

(Ralph Sterck [FDP]: Die SPD hat auch aufgezeigt!)

Der Beschlussvorschlag lautet: Der Rat lehnt den Vorschlag der Bezirksvertretung Rodenkirchen ab und spricht sich gegen eine erneute Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus in Köln aus. - Ich frage noch einmal: Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag?

(Ralph Sterck [FDP]: Wird jetzt hier so oft abgestimmt, bis das Ergebnis stimmt?)

- Es kamen Fragen, wie die Verwaltungsvorlage, die ich gerade vorgelesen habe, lautet. - Wer ist gegen diese Vorlage?

(Ralph Sterck [FDP]: Herr Oberbürgermeister, die ist eben abgelehnt worden!)

Das sind die Grünen, die FDP, pro Köln und die Linke. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Wir müssen hier schon den gleichen Standard halten. Es gab ja schon des Öfteren den Fall, dass sich jemand verstimmt hat. Bisher sind Sie sehr restriktiv damit umgegangen.

(Martin Börschel [SPD]: Von wegen! Albern!)

Ich finde das nicht richtig, Herr Oberbürgermeister. Die CDU hat bei Ihrer ersten Abfrage die Hände gehoben, die SPD in Teilen auch. Dann müssen Sie auch feststellen, dass Ihre Vorlage hier keine Mehrheit gefunden hat. Sie können nicht so oft abstimmen lassen, bis Ihnen das Ergebnis gefällt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Sterck, ich hatte festgestellt, dass es Irritationen bezüglich des Wortlauts des Beschlussvorschlages gab. Daraufhin habe ich diesen noch einmal präzise vorgelesen.

(Ralph Sterck [FDP]: Nein! Sie hatten vorher auch eine präzise Vorlage!)

- Aber ich hatte den Beschlussvorschlag noch nicht verlesen.

4. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Beantwortung von Anfragen in den Fachausschüssen des Rates“ AN/ 1955/2009

Die Antwort der Verwaltung liegt Ihnen vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Auswirkungen von Landeskürzungen und Aufgabenübertragungen auf den städtischen Haushalt“ AN/0228/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Wir haben zwei relativ komplexe Anfragen gestellt. Die Verwaltung hat uns mitgeteilt, dass sie fleißig an deren Beantwortung arbeitet. Das freut uns. Wir hoffen, die Antwort möglichst bald zu bekommen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir fahren fort:

4.3 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Gastspiel der Kölner Oper in Schanghai (EXPO 2010) und Peking“ AN/0233/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte, Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Als Erstes möchte ich beantragen, dass die Antworten zu unserer Anfrage in den Finanzausschuss und den Ausschuss für Kunst und Kultur verwiesen werden, damit sie dort noch einmal diskutiert werden können.

Zum Zweiten möchte ich nachfragen, wie es sein kann, dass die Verfügbarkeit des Theaters in Schanghai nach wie vor nicht garantiert werden kann, obwohl es bereits in der Mai-Vorlage hieß, dass eine Dringlichkeitsentscheidung notwendig sei, weil man die Aufführungsorte mieten müsse. Das ist für mich unstimmig. Darum frage ich jetzt: Wie kann es eigentlich sein, dass seit 2008 - seitdem ist diese Reise geplant - beziehungsweise seit Mai 2009, als wir diesen Ratsbeschluss gefasst haben, keine weiteren Sponsoren akquiriert werden konnten? Wie kann es sein, dass sich seit Mai 2009 essenziell überhaupt nichts verändert hat?

Außerdem frage ich Sie: Wie kann es sein, dass es einerseits heißt, die Oper Köln werde dort ganz groß dastehen und im Zusammenhang mit der EXPO 2010 die Bundesrepublik vertreten, während man andererseits immer noch nicht weiß, ob aus dem Auswärtigen Amt überhaupt Unterstützung kommt? Wie ich Ihrer Antwort entnehmen konnte, wird das Gastspiel jetzt vom Land NRW mit 145 000 Euro unterstützt. Aber das ist das Einzige, was sich gegenüber der Vorlage von Mai 2009 verändert hat. Ansonsten entnehme ich Ihrer Antwort, dass noch ein zusätzlicher Fehlbetrag entstanden ist. Weil das aus Ihrer Antwort nur sehr verschleiert herauskommt, möchte ich auch hier noch einmal nachfragen, wie dieser Fehlbetrag eigentlich gedeckt werden soll, obwohl die Gesamtsumme gedeckelt ist.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Professor Quander, bitte.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau von Bülow, Ihre Frage nach dem Saal ist relativ schnell zu beantworten. Im Mai vergangenen Jahres war der Saal von den Chinesen fest zugesagt worden. Aber China ist immer noch ein Land, in dem besondere Regeln gelten. Auf den Termin für den zweiten Auffüh-

rungszyklus hat plötzlich die Kommunistische Partei Anspruch erhoben.

(Heiterkeit - Andreas Köhler [CDU]: Da hat Herr Detjen angerufen!)

Sie droht, sich über das Veranstaltungsmanagement des Theaters und der EXPO hinwegzusetzen. Wir beziehungsweise unsere chinesischen Partner versuchen, den Termin zu sichern; denn wir haben ja ganz klar, wie in der Vorlage dargelegt, gesagt: Wir machen die Reise nur, wenn wir den Zyklus zweimal aufführen können, weil der Aufwand ansonsten zu groß wäre. Im Übrigen hängt auch die Landesförderung mehr oder minder an diesem zweiten Aufführungszyklus, weil dessen Beginn auf den sogenannten Nordrhein-Westfalen-Tag fällt. - Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt betrifft die Sponsorensuche. Diese verlief in der Tat unbefriedigend.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Gar nichts!)

Dass es im zurückliegenden Jahr nicht gelungen ist, wesentliche Mittel hierfür einzuwerben, ist schlichtweg mit den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise verbunden. Viele Unternehmen, die 2008 noch in Aussicht gestellt haben, dass sie mit größeren Beträgen einsteigen würden, haben ihre Zusage im Laufe des Jahres 2009 angesichts ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht erhärten können.

Abschließend zu Ihrer Nachfrage bezüglich der Unterstützung durch das Auswärtige Amt. Unserer Antwort können Sie entnehmen, dass sich das Auswärtige Amt darum bemüht, Mittel vom Wirtschaftsministerium dafür zu erhalten. Aber es liegt dazu noch keine abschließende Bewertung vor. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass es, wie Sie sich erinnern werden, eine Bundestagswahl gab, aufgrund der es nun eine neue Bundesregierung gibt. Von der alten haben wir keine Zusage erhalten, von der neuen ist sie noch nicht da. Sie arbeiten noch daran, aber es gibt positive Signale. Mehr kann ich im Augenblick auch nicht sagen. Wenn wir das Thema noch einmal in den Fachausschüssen diskutieren, bleibt ja bis dahin noch ein bisschen Zeit.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Professor Quander. - Frau Bülow, eine Nachfrage ist noch möglich.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Eine Nachfrage habe ich noch, und zwar zu der Aufführung von „Don Giovanni“ in Peking. Dazu heißt es: Es liegt nicht einmal ein Vertragsentwurf vor. Wie kann das sein?

Sie haben hier eben gesagt, wir könnten darüber noch im März diskutieren. Ich weiß nicht, wie lange im Voraus man solche Reisen planen muss. Selbst bei persönlichen Reisen würde ich jetzt langsam ans Planen gehen.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Geplant ist das bereits. Die Plätze in den Flugzeugen und die Hotelzimmer sind schon reserviert, aber sie sind noch nicht gebucht. Das heißt, wenn es stattfindet, kann es durchgeführt werden.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Bitte noch eine Antwort auf meine Frage zu Peking!)

Peking hängt von der Finanzierung ab. Wenn die Finanzierung nicht zustande kommt, werden wir Peking nicht machen können. Der Ratsbeschluss besagt eindeutig, dass nur für das Gastspiel in Schanghai Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das heißt im Klartext: Peking muss selbsttragend finanziert werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Professor Quander, Frau von Bülow.

Damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt:

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“ AN/0235/2010

Gibt es dazu Nachfragen?

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Habe ich schon kommentiert!)

- Okay, alles klar. In der nächsten Ratssitzung.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 6:

6. Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Betriebssatzung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung AWB der Stadt Köln 4532/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit ist die Vorlage so angenommen.

**6.1.2 Änderung der Hauptsatzung - § 22 Integrationsrat / Teil 2
4639/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Verwaltungsvorlage? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Bei Ablehnung von pro Köln ist die Vorlage beschlossen.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

**6.2.1 Änderung der Beihilfenordnung der Stadt Köln zur Förderung des Kölner Sports
1548/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Herr Zimmermann enthält sich. Mit einer Erhaltung ist sie angenommen.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

**6.4.2 9. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Baadenberger Senke, Stöckheimer See und Große Laache)
Öffentliche Auslegung
3525/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit ist sie einstimmig so beschlossen.

**7. Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2009 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2008/2009
0168/2010**

Dies soll zur Kenntnis genommen werden. - Ich sehe, dass das so akzeptiert wird.

10. Allgemeine Vorlagen

**10.1 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wj. 2009/2010
3359/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen die Vorlage? - Niemand. Ent-

haltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die Vorlage einstimmig so angenommen.

**10.2 Vergleich zum Ausgleich für zuviel geleistete Arbeitszeit der Feuerwehrbeamtinnen und -beamten nach EU-Arbeitszeitrichtlinie - Umsetzung des Urteils OVG-Münster 1 A 2654/07 vom 07.05.2009
4494/2009**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit ist die Vorlage so angenommen.

**10.4 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln
4686/2009**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit ist sie einstimmig angenommen.

**10.5 KVB: Bürgschaftsrahmen der Stadt Köln zur Besicherung von Darlehen für die Finanzierung der Nord-Süd-Stadtbahn
5323/2009**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Vorlage? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit angenommen bei Ablehnung von pro Köln.

**10.6 Mehrbedarf Historisches Archiv - Gesamtfinanzierungsplan bis 2015
5379/2009**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist wiederum nicht der Fall. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit ist die Vorlage einstimmig so angenommen.

**10.7 Mehrstellen für das Historische Archiv der Stadt Köln
5417/2009**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Ebenfalls nicht. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit ist sie einstimmig so angenommen.

**10.8 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2008 der Beihilfekasse
4185/2009**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen die Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Linken ist das einstimmig angenommen.

**10.9 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2008 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
4738/2009**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Vorlage? - FDP. Wer enthält sich? - Damit ist die Vorlage gegen die Stimmen der FDP so angenommen.

**10.10 Neues Kommunales Finanzmanagement
hier: Eröffnungsbilanz
5003/2009**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen die Vorlage? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist die Vorlage gegen die Stimmen von pro Köln so angenommen.

**10.11 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf
hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst. Ossend.-B.anhebung, Hj. 2010
5273/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Vorschlag in der Fassung des Verkehrsausschusses, Anlage 8? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit ist er in der Fassung der Anlage 8 angenommen.

**10.12 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf
hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Rektor-Klein-Straße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Hj. 2010
5304/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]:
Wie Verkehrsausschuss!)

- Abgestimmt wird wie Verkehrsausschuss. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit einstimmig angenommen.

**10.13 Auflösung der GHS Von-Bodelschwingh-Straße 24, 51061 Köln (Höhenhaus) zum 31.07.2010
5344/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Niemand. Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Damit so angenommen.

**10.14 Errichtung des Bildungsgangs Fachoberschule 12 B (FOS 12 B) - Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (BK 01)
5363/2009**

Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. So angenommen.

**10.15 Errichtung eines Bildungsgangs 2-jährige Berufsfachschule Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung mit dem Profil „Englisch bilingual“ am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg (BK 01)
5371/2009**

Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Enthaltungen? - Ebenfalls niemand. Damit so angenommen.

**10.16 Errichtung eines neuen Bildungsganges „Fachklassen des dualen Systems der Berufsausbildung und Fachhochschulreife“ am Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg, Brüggener Str. 1, 50969 Köln (Zollstock)
5414/2009**

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Enthaltungen? - Ebenfalls keine. Damit so angenommen.

10.17 Errichtung eines neuen Bildungsganges „Angebot zur Erlangung der Fachhochschulreife im Ausbildungsberuf Groß- und Außenhandel“ am Joseph-DuMont-Berufskolleg, Escher Str. 217, 50739 Köln (Bilderstöckchen)

5415/2009

Wortmeldungen? - Keine. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

**10.18 Errichtung eines neuen Bildungsganges „Betriebliche Ausbildung und Fachhochschulreife - Doppelqualifikation“
am Berufskolleg Deutzer Freiheit, Eumeniusstr. 4, 50679 Köln
5416/2009**

Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit so angenommen.

**10.19 Empfehlungen zur zukünftigen Nutzung ehemaliger Friedhofserweiterungsflächen
3140/2008**

Abgestimmt werden soll wie StEA, Anlage 13. Wortmeldungen dazu sehe ich nicht. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Das ist die FDP. Wer enthält sich? - Herr Zimmermann. Bei Gegenstimmen von der FDP und Enthaltung von Herrn Zimmermann ist die Beschlussvorlage so beschlossen, wie vom StEA vorgelegt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

**10.20 Reinigung aus einer Hand - Übertragung der Graffiti-Entfernung bei städtischen Objekten auf die AWB
4484/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte, Frau Manderla.

Gisela Manderla (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich versuche, mich kurz zu fassen. - Nach Auffassung der CDU-Fraktion führt die Aufgabenübertragung von der Gebäudewirtschaft auf die AWB zu unnötiger Zerschlagung eines nach dem Motto „erprobt und gelobt“ bewährten Systems, welches in den letzten elf Jahren erfolgreich die Entfernung von Graffiti sichergestellt hat. Für die Verlagerung der Aufgabe auf die AWB, die den geschilderten Systemwandel berechtigen würde, sehen wir keine stichhaltigen Gründe.

Die Entfernung von Graffiti erfordert spezielle Kenntnisse und Verfahren, die nicht den bisherigen Reinigungsleistungen der AWB entsprechen. Vielmehr gibt die Stadt hier besonderes Know-how auf, welches sie dann wiederum einkaufen

soll. Das ist unserer Meinung nach nicht nachhaltig.

Erfahrungen in der Tourenplanung sind hier nicht von entscheidender Bedeutung, da der Bedarfsfall anders als im sonstigen Leistungsspektrum der AWB nicht planbar ist. Lediglich die Arbeitsabläufe lassen sich planen, was auch bisher sehr erfolgreich geschehen ist.

Mit dem Wechsel des Ansprechpartners sind auch keine Vorteile in der Dienstleistung verbunden. Graffiti an städtischen Gebäuden werden in der Regel schnell entdeckt, sodass besondere Kenntnisse über Schwerpunkte kaum von Nutzen sind. Vielmehr ist der Austausch bisher innerhalb der Stadtverwaltung über die Projektmanager der Gebäudewirtschaft konzentriert.

Das Angebot der AWB beinhaltet den üblichen Mehrwertsteuersatz. Damit verbleiben als Entgelt für die Leistungen lediglich 355 000 Euro statt des bisherigen Ansatzes der Gebäudewirtschaft in Höhe von 461 500 Euro. Das entspricht einer Kürzung von 23 Prozent. Ich glaube, dass man diese Kürzung kaum durch Synergieeffekte auffangen kann. Im Ergebnis würde dies unweigerlich zu Kostensteigerungen in den nächsten Jahren oder zu einer erheblichen Verschlechterung der Leistungen führen, und das wollen wir nicht. Das Angebot ist auf Kante genäht, um die Übertragung von EU-Mitteln beihilferechtlich abzuschern.

In § 2 Abs. 2 des Leistungsvertrages ist zudem eine Preisgleitklausel vorgesehen, die eine jährliche Anpassung der Kosten ermöglicht. Auch diese stellt die kalkulatorischen Grundlagen der Vorlage in Zweifel; denn damit sind Preiserhöhungen vorkalkuliert.

Außerdem sieht der Vertragsentwurf eine Mindestlaufzeit über acht Jahre und eine jeweilige Vertragsverlängerung um weitere zwei Jahre vor. Vor dem Hintergrund der anstehenden Haushaltskonsolidierung wird damit unnötig eine dauerhafte finanzielle Verpflichtung der Stadt begründet. Durch die vertragliche Vereinbarung einer Zahlungspflicht mit einem externen Unternehmen werden zudem die Beschränkungen des drohenden Haushaltssicherungskonzeptes unterlaufen und Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung unserer Meinung nach ad absurdum geführt.

Auch ist die vorgesehene Personalüberleitung nicht ohne Tücken. Was geschieht zum Beispiel im Falle eines Widerspruchs nach § 613 a Abs. 6 BGB? Werden dann personelle und fachliche

Verantwortung zwischen der Stadt und der AWB aufgeteilt mit allen negativen Folgen, die zum Beispiel der Personalübergang vom Land auf die Kommunen im Rahmen der Neuorganisation der Versorgungs- und Umweltverwaltung mit sich bringt?

Abschließend, meine Damen und Herren, erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, dass die KASA als städtische Einrichtung bisher für sehr gute Publicity gesorgt hat. Die KASA ist bei der Bevölkerung bekannt. Sie hat erfolgreich gearbeitet. Das sollte sie unserer Meinung zum Wohl der Stadt auch in den nächsten Jahren tun. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Götz Bacher
[SPD]: War ja sehr kurz!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Frau Manderla. - Gibt es weitere Wortmeldungen hierzu? - Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe lediglich eine Frage an die Verwaltung. Es ist mir gestern im Finanzausschuss nicht gelungen, von Ihnen, Herr Kahlen, ein konkretes Zeitfenster genannt zu bekommen, innerhalb dessen in Zukunft die AWB in der Lage sein wird, zu reagieren, wenn ein Hausbesitzer deren Hilfe beansprucht, weil die Wand seines Hauses vollgeschmiert worden ist. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie jetzt konkretisieren würden, inwiefern sich diese Umstellung, die über die Vorlage herbeigeführt werden soll, auf die Reaktionszeiten positiv auswirkt und von welchem Zeitfenster auszugehen ist.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Kahlen, bitte.

Beigeordneter Guido Kahlen: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rouhs, ich will hier etwas deutlich machen: Die Mitglieder von KASA haben sich verpflichtet, in ihrem eigenen Verantwortungsbereich schnell zu reagieren. Die Aufgabenstellung, die die AWB in Zukunft übernehmen wird, ist, Graffiti an städtischen Gebäuden schnell zu entfernen. Es handelt sich also nicht um eine Dienstleistung, die wir jetzt extern anbieten. Dafür gibt es genügend Firmen. Im Internetauftritt von KASA gibt es genaue Hinweise, an wen man

sich wenden kann. Wir halten hier keine Dienstleistung für andere Grundstücksanbieter vor. Vielmehr wollen wir vonseiten der Stadt Vorbild sein, indem wir ganz schnell reagieren. Ich hoffe, dass Ihre Frage, falls sie gestern unbeantwortet geblieben ist, jetzt klar beantwortet ist.

Noch einmal: Keine Dienstleistung nach draußen, schnelle Wiederherstellung der Sauberkeit an städtischen Gebäuden. Das Ziel ist - das will ich ganz deutlich sagen -: Sauberkeit aus einer Hand. Ich darf in Erinnerung rufen, dass das schon ein Thema in der letzten Ratsperiode war. Da ist dieser Weg konsequent beschritten worden. Ich denke, es ist eine logische Konsequenz, dass wir diesen Weg weitergehen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Kahlen. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen die Vorlage 10.20? - Das sind die CDU und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Herr Zimmermann und Herr Dr. Müser enthalten sich. Damit ist die Vorlage so angenommen.

10.21 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für das Kaiserin-Augusta-Gymnasium, Georgsplatz 10, 50676 Köln 5216/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht erkennbar. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

10.22 Stadtentwicklungskonzept Wohnen Handlungskonzept Preiswerter Wohnungsbau 3280/2009

Abgestimmt werden soll wie StEA, Anlage 5. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Ensmann, bitte.

Bernhard Ensmann (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, bei diesem Thema kann man nicht einfach so zur Tagesordnung übergehen. Das Konzept Wohnen hat nämlich gravierende Folgen.

In der Diskussion im Sozialausschuss über das Konzept Preiswerter Wohnungsbau wurde dargestellt, dass die Stadt die entsprechenden Grundstücke nicht zur Verfügung stellen kann, weil der Kämmerer diese Grundstücke nur zu

den marktüblichen Bedingungen gibt. Die Verwaltung erwartet daher, weil wir nicht ausreichend städtische Grundstücke haben, dass auch private Unternehmer und Hauseigentümer mit ins Boot geholt werden.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, dass ein privater Investor, der 100 oder 200 oder 300 Wohnungen bauen will, einen Anreiz dafür bekommen soll, dass er diese Wohnungen dann auch preiswert anbietet. Aber wenn die Verwaltung demjenigen, der Interesse signalisiert, hohe Auflagen zum Beispiel in puncto Wärmeschutz macht, muss sich der Unternehmer letztendlich fragen, ob sich das noch für ihn rechnet. Denn ein Unternehmer hat ja nicht die Aufgabe, städtische Probleme lösen. Nein, ein Unternehmer unternimmt nur dann etwas, wenn es auch für ihn persönlich Sinn macht.

Warum brauchen wir private Unternehmen jetzt so dringend? Vor 20 Jahren lag der Anteil der preiswerten Sozialwohnungen bei 22 Prozent. Dieser Anteil ist kontinuierlich auf 8 Prozent gesunken; wahrscheinlich liegt er heute schon darunter. Das heißt, die Stadt hat hier ein riesenproblem: Zum einen sind viele Tausend Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung herausgefallen, zum anderen hat sie nicht frühzeitig ein Konzept entwickelt, das aufzeigt, wie Interessenten, Investoren, Genossenschaften künftig dafür gewonnen werden sollen, preiswerten Wohnraum anzubieten.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Unsere stadteigene Gesellschaft, die GAG, hat vor über zwei Jahren einen Vertrag mit der Stadt abgeschlossen, der festschreibt, dass sie der Stadt 50 Wohnungen mit Belegungsbindung zur Verfügung stellt. Diesen Vertrag hat sie bis heute nicht erfüllt, obwohl sie dafür 200 000 Euro kassiert hat. Wir haben im Fachausschuss inzwischen zum dritten Mal eine Vorlage behandelt, in der darum gebeten wird, diesen Vertrag zu verlängern, weil bis jetzt erst 44 Wohnungen bereitgestellt worden sind.

In der Verwaltungsvorlage heißt es jetzt: bis Ende 2010 beziehungsweise wenn der Vertrag erfüllt ist. Die Verwaltung geht also davon aus, dass ihr die letzten sechs Wohnungen noch nicht einmal im Jahre 2010 übergeben werden. Das heißt, wenn wir Pech haben, warten wir vielleicht noch zwei oder drei Jahre auf diese sechs Wohnungen. Meine Damen und Herren, wenn selbst unsere eigene städtische Gesellschaft nicht in der Lage oder nicht willens ist, an der Lösung der Probleme der Stadt mitzuwirken, ja, wie wollen Sie dann private Unternehmer und Genos-

schaften dazu bringen, entsprechend zu handeln?!

Ich darf Sie daran erinnern, dass die Stadt 30, 40 Jahre lang auf dem hohen Ross gesessen und den Hauseigentümern Mieter für die jeweiligen Wohnungen zugewiesen hat. Der Eigentümer hatte dann etwaige Probleme mit dem Mieter allein auszubaden. Jetzt, da die Stadt selbst geschwächt ist, weil sie nur noch 8 Prozent geförderten Wohnraum zur Verfügung stellen kann, geht sie auf die Eigentümer zu, jetzt ist sie Gesprächsbereit, jetzt ist sie kooperationsbereit. In diesem Zusammenhang ist auch der Vertrag mit der Kölner Wohnungswirtschaft zustande gekommen, mit dem uns signalisiert wurde: Ja, wir sind daran interessiert; wir schauen uns das an, weil wir jetzt auch selbst die Möglichkeit haben, auszuwählen, wer die jeweilige Wohnung erhält usw.

In der Beschlussvorlage der Verwaltung ist vorgesehen, Wohnungsbaugenossenschaften gezielt Grundstücke anzubieten, die in unmittelbarer Nähe zu deren jetzigem Bestand liegen. Dafür sollen die Wohnung aber, wenn ein städtisches Grundstück an eine Genossenschaft verkauft wird, zu 25 Prozent der sozialen Mietpreisbindung unterliegen, und darüber hinaus werden auch noch Umweltauflagen gemacht. Beispielsweise erfolgt eine Isolierung von Altbaubeständen normalerweise nach KfW-100-Standard. Die Verwaltung fordert jedoch eine Isolierung nach KfW-40-Standard. Da wird jeder Unternehmer das Handtuch werden. Er wird sich fragen: Was soll denn das? Wenn ich wenigstens KfW 70 nehmen könnte, dann wäre es ja noch okay. So aber nehme ich davon Abstand.

In der Beschlussvorlage kommt einerseits zum Ausdruck, dass sich die Verwaltung des Problems durchaus bewusst ist; andererseits bindet sie durch solche Auflagen den Interessenten, den Investoren die Hände. Wenn die Verwaltung so weitermacht, bin ich gespannt, welche Antwort sie uns auf Fragen gibt, die wir ihr in der nächsten Zeit - ich schlage vor: halbjährlich - sukzessive stellen werden. Dann werden wir ja sehen, mit wie vielen Unternehmen und Genossenschaften die Verwaltung Verträge über Belegungsrechte abgeschlossen hat und wo. Wenn die Stadt nicht von solchen Auflagen für die Investoren Abstand nimmt, werden wir in einem Jahr oder in anderthalb Jahren ein erschreckendes Ergebnis konstatieren müssen.

Meine Redezeit ist leider schon abgelaufen. Ich könnte meinen Beitrag noch weiter fortführen. Zusammenfassend sage ich: Wir werden nur er-

folgreich sein, wenn die Verwaltung von ihren zusätzlichen, nicht erforderlichen Auflagen abbrückt. Dann wird es für den Unternehmer, den Investor interessant, ansonsten nicht.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Ensmann. - Eine weitere Wortmeldung kam von Frau Stahlhofen. Bitte.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich will jetzt wieder auf die Beschlussvorlage zum Handlungskonzept Preiswerter Wohnungsbau zurückkommen. - Das von der Verwaltung dazu vorgelegte Konzept ist sehr umfangreich und enthält auch ein ausgesprochen gutes Datenmaterial. Aber damit ist das Konzept Preiswerter Wohnungsbau noch nicht umgesetzt.

Im letzten Jahr konnte das selbsterklärte Ziel, jährlich 1 000 Sozialwohnungen zur Verfügung zu stellen, zwar erreicht werden; aber der Mieterverein - Sie alle haben es letztes Wochenende gelesen - hält das für viel zu wenig angesichts der Tatsache, dass mittlerweile die Hälfte der in Köln lebenden Menschen einen Wohnberechtigungsschein hat. Das zeigt, wie groß der Bedarf ist.

Köln liegt im Miet-Ranking - von wegen preiswertes Wohnen! - bundesweit immer unter den Top 10. 2008 lagen wir im Ranking sogar auf Platz vier. Das ist keine wirklich gute Bilanz, insbesondere im Vergleich zu Städten in unserer Nachbarschaft. Sogar in Düsseldorf ist Wohnen billiger als hier. Das kann doch nicht sein.

Energiesparendes Bauen muss dringend gefördert werden. Menschen im ALG-II-Bezug wurde in den letzten Tagen in einem Schreiben mitgeteilt, dass ihre Heizkosten zu hoch sind. Am Wetter - das Wetter spielte im Laufe der heutigen Sitzung schon einmal eine Rolle, nämlich beim Antrag der FDP zum Thema Weihnachtsmarkt - können wir nichts ändern. Aber auch die Mieter können nichts für die Kältebrücken in ihren Mietwohnungen, aus denen höhere Heizkosten resultieren.

Wir sind uns einig, dass wir neue Bau- und Wohnungsformen entwickeln und fördern müssen. Der Bereich genossenschaftliches Bauen ist im Handlungskonzept leider etwas zu kurz gekommen. Wir haben das im Fachausschuss noch

einmal diskutiert. Genossenschaftliche Projekte, wie zum Beispiel das Mehrgenerationenwohnprojekt in Köln-Ehrenfeld, geben ja auch Impulse.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wie viele Wohnungen gibt es dort?)

In der Hoffnung, dass in dieser Richtung weitergearbeitet wird, werden wir dieser Vorlage zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Frau Stahlhofen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage in der Fassung wie StEA, Anlage 5. Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Die CDU, die FDP, Herr Dr. Müser enthalten sich. Damit ist sie so angenommen.

10.23 Nord-Süd-Stadtbahn, 1. Baustufe, Mitteilung über eine Kostenerhöhung bei den Ausbaugewerken, Zustimmung zur Vergabe sowie Übernahme der nicht-zuwendungsfähigen Kosten im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages 5350/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Pro Köln, die Linke und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Vorlage gegen die Genannten so angenommen.

10.24 Preise für das Schülermittagessen 4303/2009

Dazu liegt eine Wortmeldung von Herr Thelen vor. - Bitte.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Keine Sorge! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit werde ich meinen Beitrag¹ zu Protokoll geben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Pro Köln ist gegen diese Vorlage. Wer enthält sich? -

¹ Anlage 1

Niemand. Damit ist sie gegen die Stimmen von pro Köln angenommen.

10.25 Rechtlich unselbständige Stiftungen der Stadt Köln
hier: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltsatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2009 im Teilplan 1704, Altersstiftung, sowie außerplanmäßige Bereitstellung von investiven Auszahlungsermächtigungen, Haushaltsjahr 2010
0076/2010

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit ist sie einstimmig so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

10.26 Aktionsplan für nachhaltige Energie der Stadt Köln, eine Ausarbeitung zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Bürgermeisterkonvent
0215/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Welpmann.

Dr. Matthias Welpmann (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist gescheitert. Die Weltgemeinschaft konnte sich leider nicht auf ein dringend erforderliches Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Abkommen einigen. Der Klimawandel bleibt dennoch eine bedrohliche Realität, mit der sich gerade die Großstädte der Industrieländer sofort und zielgerichtet beschäftigen müssen.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben am 18. Dezember 2009 die Hamburger Erklärung der europäischen Städte unterzeichnet und damit die in der Erklärung enthaltenen Selbstverpflichtungen anerkannt. Diese lauten in den Kernpunkten wie folgt:

- Der Treibhausgasausstoß in den Städten der Industrieländer soll bis 2050 um 80 Prozent verringert werden.
- Die beteiligten Städte sollen kommunale Klimaschutzprogramme aufstellen, die sich an dem globalen 2-Grad-Ziel orientieren.

- Die Stadtverwaltungen sollen sich als Vorbilder für Wirtschaft und Privatleute positionieren.

- Die städtische Politik soll sich am Ziel der Energieeinsparung in den Bereichen Haushalt, Gewerbe und Verkehr orientieren.

- In der Stadtplanung sollen klimawirksame Regeln und Anreize verankert werden.

- Die Bürgerinnen und Bürger sollen an der Planung der Maßnahmen aktiv beteiligt werden.

Obwohl Köln bereits 1992 in das Klima-Bündnis der europäischen Städte eingetreten ist, wurden bisher nur vereinzelt und insgesamt unzureichende Maßnahmen zum Klimaschutz realisiert. Gerade im unmittelbaren städtischen Einflussbereich, zum Beispiel in der Gebäudewirtschaft, gibt es noch eine Menge Handlungsmöglichkeiten. Hier liegt Köln im Vergleich zu ambitionierteren Städten um viele Jahre zurück.

Umso wichtiger ist es, dass wir die Selbstverpflichtungen aus dem Klimabündnis und auch der Hamburger Erklärung, die das in wesentlichen Punkten noch einmal bekräftigen, jetzt in konkretes Handeln umsetzen. Dieses konkrete Handeln bedeutet nichts anderes als einen kompletten Paradigmenwechsel im Hinblick auf unseren Umgang mit fossilen Energieträgern, unser Verkehrsverhalten und den baulichen Standard unserer Häuser, in denen wir leben, um hier nur drei Kernpunkte zu nennen. Der heute vorliegende Aktionsplan für nachhaltige Energie ist insofern nur ein erster Schritt in die richtige Richtung, dem weitere und zum Teil viel radikalere Schritte folgen müssen.

Was können wir in Köln konkret gegen den Klimawandel tun, und wie passen wir uns an den Klimawandel an?

Erstens. Wir müssen festlegen, welche Treibhausgasemissionen aktuell welche Mengen freisetzen. Auch ohne, dass uns genaue Zahlen vorliegen, müssen wir sofort Minderungsmaßnahmen in Angriff nehmen; denn die wesentlichen Emissionsquellen sind bekannt. Dies sind in Köln natürlich keine wesentlich anderen als in München, Frankfurt oder Hamburg.

Zweitens. Wir müssen eine konsequente Minderung der Emissionen im städtischen Einflussbereich, also bei der Verwaltung und den städtischen Unternehmen, erreichen. Diese Minderung muss deutlich über die gesetzlich festgelegten Mindeststandards hinausgehen, um eine Vorbildwirkung entfalten zu können. Sie erinnern sich, in der Hamburger Erklärung ist ausdrücklich

das Ziel formuliert, dass die öffentliche Verwaltung eine Vorbildfunktion für die Privatwirtschaft und die Bürger der Stadt einnehmen muss.

Drittens. Wir müssen Minderungsmaßnahmen außerhalb der städtischen Einflussbereiche durch Aufklärung, Kooperation mit externen Partnern und konkrete Anreize unterstützen. Hier geht es vor allem um die energetische Altbausanierung und die Verringerung der Emissionen aus dem Verkehr. Natürlich tragen auch wir als Bewohner dieser Stadt persönlich die Verantwortung dafür, durch Änderung des eigenen Verhaltens einen wirksamen Beitrag zu leisten.

Viertens. Parallel zu den Maßnahmen zur Minderung des Treibhausgasausstoßes muss bereits heute eine Anpassung an die unvermeidlichen Effekte des Klimawandels stattfinden, vor allem durch eine klimaangepasste Stadtplanung, eine verstärkte innerstädtische Begrünung und die Beratung der Anwohner über Anpassungsmöglichkeiten im privaten Bereich.

Was ist nötig, damit Köln den Anforderungen des Klimaschutzes künftig gerecht werden kann?

Erstens. Klimaschutz muss als Querschnittsthema in allen Bereichen der Stadtverwaltung und in den städtischen Gesellschaften verankert werden, darf also nicht nur als Spezialthema der Umweltverwaltung begriffen werden.

Zweitens. Klimaschutz muss in der Stadtplanung, zum Beispiel bei der Festsetzung energetischer Standards und der Energieversorgung für Neubaugebiete, von Anfang an mit berücksichtigt werden und darf nicht gegen kurzfristig wirkende Wirtschaftlichkeitserwägungen ausgespielt werden. Bereits vorhandene positive Konzepte im Neubaubereich, wie zum Beispiel die Realisierung einiger Solarsiedlungen - wir haben in Köln mittlerweile mehr als zehn -, müssen natürlich fortgeführt und ausgebaut werden.

Drittens. In dem für die Klimabilanz der Stadt vor allem maßgeblichen Altbaubestand sind möglichst umfassende und effektive energetische Sanierungsmaßnahmen erforderlich. Hierzu ist eine enge Kooperation zwischen Stadt, Wohnungsgesellschaften im städtischen Einflussbereich und privaten Gesellschaften sowie Einzel Eigentümern nötig.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam so schnell wie möglich einen Überblick über alle vor Ort möglichen und relevanten Möglichkeiten zur Abschwächung des Klimawandels verschaffen, damit wir die bereits vom Rat und

seinen Ausschüssen gefassten Beschlüsse zügig und konsequent umsetzen und die weiteren erforderlichen Maßnahmen so schnell wie möglich benennen, beschließen und umsetzen können.

Die kritische Haushaltslage in Köln macht wirksamen Klimaschutz nicht etwa zum Luxus, im Gegenteil. Gerade die leeren Kassen zwingen uns, die um sich greifende Verschwendung von teurer Energie und den damit verbundenen CO₂-Ausstoß auch aus finanziellen Gründen zu beenden. Lassen Sie uns deshalb jetzt handeln! - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Dr. Welpmann. - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich stelle fest: Zu später Stunde hat der Klimaschwindel jetzt auch unsere Stadt erreicht. Es ist ja Wahnsinn, in welcher dogmatischer Art und Weise uns hier vorgetragen wird. Mit all diesen Punkten hat ein freiheitlicher Staat an sich nichts zu tun, erst recht nicht eine kommunale Selbstverwaltung.

Selbstverständlich sind wir von der Fraktion pro Köln für einen sparsamen Umgang mit Ressourcen. Aber wir haben doch den Eindruck, dass hier auf einem Thema herumgeritten wird. Ich erlaube mir, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die Energiebilanz bei Solaranlagen immer noch negativ ist.

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/
Die Grünen]: Sondersitzung!)

- Eine Sondersitzung können Sie gerne haben. Danke für diese Anregung. - Zwar handelt es sich um ein Thema, das alle sehr bewegt, die Frage ist allerdings, was es mit der kommunalen Selbstverwaltung zu tun hat. Wir haben den Eindruck, dass Sie mit Ihrer Monopolmeinung zu Themen wie diesem die Bürger mehr oder weniger unterdrücken wollen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister, ich gebe meine Rede² zu Protokoll.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir damit zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 10.26. Wer ist gegen diese Vorlage? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Das ist die FDP. Bei Gegenstimmen von pro Köln und bei Enthaltung der FDP ist das so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.28 auf:

10.28 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Kostenvorfinanzierung aus dem Unglück Waidmarkt 0327/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln ist das angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

12. Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 72509/04
Arbeitstitel: Finnensiedlung in Köln-Höhenhaus
4576/2009**

Wortmeldungen dazu sehe ich nicht. Gibt es Gegenstimmen gegen diese Vorlage? - Ebenfalls nicht. Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 58580/02
Arbeitstitel: Biogasanlage Randkanal Nord in Köln-Roggendorf/Thenhoven
4391/2009**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Ebenfalls keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 67445/13
Arbeitstitel: Hohe Pforte in Köln-Altstadt/Süd
5253/2009**

Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Uns wurde vonseiten der Verwaltung eine neue Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt vorgelegt. Wir hatten letzte Woche im Stadtentwicklungsausschuss schon darüber gesprochen. In der Vorlage ist formuliert, dass dort bestimmte Gewerbe nicht erwünscht sind. Insbesondere soll verhindert werden, dass sich Sexshops ansiedeln. Unklar ist, ob man die Forderungen auf dieses eine Gewerbe begrenzen kann und ob das zu einem gewissen Kollateralschaden in der Struktur dieses Viertels führen könnte. Das ist ein Vergnügungsviertel. Es ist natürlich richtig, dass nicht alle Viertel in der Innenstadt so ruhig sein können wie beispielsweise das Griechenmarktviertel, schon weil die Lebensbedingungen in den Vierteln unterschiedlich sind. Das Viertel, von dem hier die Rede ist, ist eben ein Vergnügungsviertel. Das hat sich dort so entwickelt.

Aus der jetzt zu beschließenden Vorlage - wir erkennen durchaus an, dass die Verwaltung sich bemüht hat, Schlimmeres zu verhindern - spricht aber aus unserer Sicht ein falscher Geist, der den Charakter des Viertels und die Szene, die sich dort entwickelt hat, zurückdrängen will. Deswegen werden wir diesem Bebauungsplan heute nicht zustimmen. Wie gesagt, die Forderungen, die hier gestellt werden, sind uns zu weitgehend, weil das zu Kollateralschäden der Struktur im Bereich Hohe Pforte führen könnte.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen den Beschlussvorschlag? - Die FDP-Fraktion. Wer enthält sich? - Damit ist die Vorlage gegen die Stimmen der FDP so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

14. Erlass von Veränderungssperren

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

² Anlage 2

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord

**Arbeitstitel: Glockengasse in Köln-Altstadt/Nord
5394/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Vorlage? - Die Fraktion pro Köln ist gegen diese Vorlage. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist sie gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.2:

14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Junkersdorf

**Arbeitstitel: Max-Planck-Straße in Köln-Junkersdorf, 1. Änderung
0319/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer spricht sich gegen diese Vorlage aus? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

17. Wahlen

Ich bitte, die Stimmzähler jetzt nach vorn zu kommen; denn die müssen sich bei einer mündlichen offenen Abstimmung einen Überblick verschaffen können.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

**17.2 Umbesetzung und Neubestellung von Mitgliedern des Umlegungsausschusses der Stadt Köln
5193/2009**

Die Beschlussvorlage sieht Folgendes vor: Der Rat bestellt bis zum Ablauf der 13. Amtszeit am 31.03.2011 die nicht dem Rat angehörigen Mitglieder des Umlegungsausschusses

- 1) a) Herrn Franz Muschkiet zum Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Köln und
- b) Frau Michaela Drescher zur stellvertretenden Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Köln

Wer ist für den Vorschlag, Herrn Franz Muschkiet zum Vorsitzenden und Frau Michaela Drescher zur stellvertretenden Vorsitzenden des Umle-

gungsausschusses zu benennen? - Das ist einstimmig.

Wir kommen zum nächsten Vorschlag,

- 2) a) Herrn Heinrich Roggendorf als Sachverständigen für die Ermittlung von Grundstückswerten des Umlegungsausschusses der Stadt Köln und
- b) Herrn Jürgen Späker als dessen Stellvertreter

zu bestellen.

Wer ist für diesen Vorschlag? - Das ist ebenfalls einstimmig.

Damit sind die betreffenden Personen gewählt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Wahl der Vertreter der Stadt Köln für die Mitgliederversammlung des Interkommunalen Arbeitskreises Wahner Heide
5404/2009**

Herr Wiener, bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Die Fraktion pro Köln beantragt für die Tagesordnungspunkte 17.3, 17.7, 17.8, 17.9 und 17.10 geheime Abstimmung.

(Zurufe: Nein! - Unruhe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wenn das so beantragt wird, muss es so gemacht werden.

Herr Wiener, würden Sie bitte noch einmal wiederholen, für welche Wahlen Sie geheime Abstimmung beantragen, damit wir es im Protokoll vermerken und uns entsprechend vorbereiten können.

Markus Wiener (pro Köln): Für alle Wahlen, für die wir eigene Kandidaten aufgestellt haben, beantragen wir geheime Abstimmung. Das sind die Punkte: 17.3, 17.7, 17.8, 17.9 und 17.10.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Mir wurde gerade der Vorschlag gemacht, dass wir zunächst einmal die Wahlen durchführen, für die keine geheime Abstimmung beantragt worden ist. - Da dieser Vorschlag auf allgemeine Zustimmung stößt, machen wir es so.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Bestellung eines Mitglieds der Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters Köln 5423/2009

Die Beschlussvorlage sieht Folgendes vor: Der Rat bestellt Herrn Patrick Schmeing für die Zeit vom 01.03.2010 bis zum 31.08.2016 als Geschäftsführenden Direktor zum Mitglied der Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln.

Es handelt sich um einen Mehrheitsbeschluss. Wer spricht sich für diesen Personalvorschlag aus? - Ich stelle fest: Das ist einstimmig.

Außerdem sieht die Vorlage vor, dass der Rat die Verwaltung beauftragt, die Betriebssatzung der Stadt Köln für das Gürzenich-Orchester in der in der Vorlage vorgeschlagenen Form zu aktualisieren.

Auch dafür ist ein Mehrheitsbeschluss erforderlich. Wer ist für diese Vorlage? - Das ist wiederum einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Bestellung von beratenden Pflichtmitgliedern in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - 5345/2009

Die Beschlussvorlage sieht Folgendes vor: Die Gesundheitsverwaltung bestellt mit sofortiger Wirkung Frau Dr. Anne Bunte zum beratenden Pflichtmitglied des Jugendhilfeausschusses. Als Stellvertreter von Frau Dr. Bunte wird Herr Dr. Robert Wegner bestellt.

Ein Mehrheitsbeschluss ist erforderlich. Ich persönlich stimme nicht mit. Wer ist für diesen Personalvorschlag? - Ich sehe wiederum Einstimmigkeit.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln (KGK) 0085/2010

Die Beschlussvorlage sieht Folgendes vor: Der Rat der Stadt Köln beschließt auf Vorschlag der Kreisstelle Köln der Ärztekammer Nordrhein

1) Herrn Michael Krakau zum Mitglied und

2) Herrn Dr. med. Manfred Pollock zum stellvertretenden Mitglied

in die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln (KGK) zu berufen.

Auch hierfür ist ein Mehrheitsbeschluss erforderlich. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist für diesen Vorschlag? - Das ist wiederum einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 17.11:

17.11 Entsenden von Vertretern der Stadt Köln in die Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister KDN 0212/2010

Die Vorlage sieht als Vertreter der Stadt Köln Herrn Stadtdirektor Kahlen und Herrn Stadtkämmerer Dr. Walter-Borjans sowie als Stellvertreter Herrn Körber und Herrn Kruse vor.

Hierfür ist ein Mehrheitsbeschluss erforderlich. Wer stimmt für diesen Vorschlag? - Ich stelle fest, es ist einstimmig. Damit ist TOP 17.11 einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.12:

17.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Sportausschuss AN/0208/2010

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen soll Herr Dirk Stoeveken als Sachkundiger Einwohner im Sportausschuss benannt werden.

Ich stimme hier nicht mit. Es handelt sich wiederum um einen Mehrheitsbeschluss. Wer ist für diesen Antrag? - Einstimmig. Der Antrag ist damit einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.13:

17.13 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners für den Jugendhilfeausschuss AN/0244/2010

Es soll Herr Biber Happe als Sachkundiger Einwohner benannt werden.

Auch hier stimme ich nicht mit. Wer spricht sich für diesen Vorschlag aus? - Das ist wiederum einstimmig. Es ist einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.14:

**17.14 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachbenennung eines ordentlichen und eines stellvertretenden Mitgliedes für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Stöckheimer Hof
AN/0248/2010**

Auf Antrag der CDU-Fraktion sollen Herr Niklas Kienitz und als Stellvertreterin Frau Katharina Welcker benannt werden.

Auch dafür ist ein Mehrheitsbeschluss erforderlich. Wer für diesen Vorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln sind die genannten Personen gewählt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.15:

**17.15 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Wahl eines Sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
AN/0232/2010**

Auf Antrag der SPD soll Herr Robert Becker als Sachkundiger Einwohner in den Sportausschuss gewählt werden.

Ich stimme hier nicht mit. Wer ist für diesen Vorschlag? - Wiederum einstimmig.

Damit sind alle Wahlen mit offener Abstimmung abgeschlossen. Wir kommen jetzt zu den Wahlen, für die von der Fraktion pro Köln geheime Abstimmung beantragt worden ist.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Wahl der Vertreter der Stadt Köln für die Mitgliederversammlung des Interkommunalen Arbeitskreises Wahner Heide
5404/2009**

Es wurden folgende Vorschläge gemacht:

- Liste 1, SPD: Herr Schumann, Herr Ervens; Stellvertreter: Monika Möller, Polina Frebel
- Liste 2, CDU: Anne Henk-Hollstein, Hartmut Achten; Stellvertreter: Werner Marx, Claudia Ebert
- Liste 3, Bündnis 90/Die Grünen: Dr. Matthias Welpmann, Dieter Redlin; Stellvertreter: Dr. Sabine Müller, Kirsten Jahn

- Liste 4, FDP: Wolf-Günter Lembke; Stellvertreter: Dr. Rolf Albach

- Liste 5, pro Köln: Judith Wolter; Stellvertreter: Manfred Rouhs

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

**17.7 MÜLHEIM 2020
Integriertes Handlungskonzept für Köln-Mülheim, -Buchforst und -Buchheim
hier: Berufung eines Veedelbeirates
5387/2009**

Herr Zimmermann, bitte.

Michael Zimmermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Das Problem ist, dass wir bezüglich der Besetzung nicht frei sind; denn in der Satzung steht: Der Beschluss zur Ernennung der Beiratsmitglieder wird auf Vorschlag der Bezirksvertretung Mülheim vom Rat mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Die Bezirksvertretung hat diesen Beschluss gefasst, und der Stadtentwicklungsausschuss hat ihn übernommen. Nach der Satzung, so wie ich sie interpretiere, verbietet es sich, jetzt eine Einzelwahl zu machen; das sollte man prüfen. Sollte weiterhin auf geheimer Abstimmung bestanden werden, dann schlage ich den Kolleginnen und Kollegen vor, diesen Vorschlag als Liste 1 zu nehmen. Es mag dann gegen die kandidieren, wer will.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): In diesem Fall ziehen wir unseren Antrag auf geheime Abstimmung über diesen Punkt zurück.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zur Abstimmung über die von der BV Mülheim genannten Personen. Da Ihnen das als Tischvorlage vorliegt, erspare ich es Ihnen, alle Namen noch einmal vorzulesen. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Wer enthält sich? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Vorschlag einstimmig so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

**17.8 Verein Region Köln/Bonn e.V.
hier: Wahl der Mitgliedervertreter
0154/2010**

Es wurden folgende Vorschläge gemacht:

- Liste 1, SPD: Alfred Schultz, Jörg van Geffen
- Liste 2, CDU: Hildburg Holländer, Stefan Götz
- Liste 3, Bündnis 90/Die Grünen: Jörg Frank, Manfred Waddey
- Liste 4, FDP: Mark Stephen Pohl
- Liste 5, pro Köln: Manfred Rouhs

Jetzt kommen wir zur Wahl der Mitgliedervertreter ohne Stimmrecht. Vorgeschlagen sind:

- Liste 1, SPD: Axel Kaske
- Liste 2, CDU: Stephan Pohl
- Liste 3, Bündnis 90/Die Grünen: N.N.
- Liste 4, FDP: N.N.
- Liste 5, pro Köln: Markus Wiener

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

**17.9 RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft
hier: Entsendung von Mitgliedern des
Stiftungsrates
0129/2010**

Es wurden folgende Vorschläge gemacht:

- Liste 1, SPD: Dr. Ralf Heinen
- Liste 2, CDU: Hans-Jürgen Klipper
- Liste 3, Bündnis 90/Die Grünen: Ossi Helling
- Liste 4, FDP: Yvonne Gebauer
- Liste 5, pro Köln: Markus Wiener

Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

**17.10 Wahl des Integrationsrates 2010
hier: Bestellung der Mitglieder des Rates für den Integrationsrat der Stadt Köln in der Wahlperiode des Rates 2009/2014
0190/2010**

Es wurden folgende Vorschläge gemacht:

- Liste 1, SPD: Gonca Mucuk-Edis, Malik Karaman
- Liste 2, CDU: Bernhard Ensmann, Dr. Ralph Elster, Helmut Jung

- Liste 3, Bündnis 90/Die Grünen: Ossi Helling, Stefan Peil, Brigitta von Bülow

- Liste 4, FDP: Sylvia Laufenberg

- Liste 5, pro Köln: Jörg Uckermann

Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Die Linke schlägt Frau Özlem Demirel vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vorgeschlagen wird:

- Liste 6, Die Linke: Özlem Demirel.

Damit sind alle zu wählenden Personen benannt. Wir können jetzt mit dem Wahlakt beginnen. Die Vorgehensweise ist Ihnen ja nicht unbekannt. Wie üblich müssen Sie Ihre Entscheidung durch ein Kreuz deutlich machen, und - das ist entscheidend - Sie dürfen keine weiteren Zusätze auf dem Stimmzettel vermerken.

Bevor ich unsere Schriftführerin Frau Kramp bitte, die Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge aufzurufen, will ich noch zwei Dinge bekannt geben:

Ich weise darauf hin, dass wir noch während der Auszählung der Stimmen in der Tagesordnung fortfahren werden. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind.

Eine weitere Änderung: An Stelle von Frau Holländer wird Herr Gey die Stimmauszählung übernehmen, weil Frau Holländer darum gebeten hat, sie aus gesundheitlichen Gründen von dieser Verpflichtung zu entbinden.

Ich eröffne die Abstimmung.

(Namensaufruf und Wahlgang
von 22.14 bis 22.41 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren jetzt wie besprochen in der Tagesordnung fort, während die Stimmen noch ausgezählt werden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

18. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

**18.1 Kauf von Unterrichtscontainern für die Zooschule
4133/2009**

Dazu liegt Ihnen eine Vorlage vor. Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen die Genehmigung? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Dann ist das einstimmig so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

**18.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Junkersdorf
Arbeitstitel: Max-Planck-Straße in Köln-Junkersdorf, 1. Änderung
5342/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen die Genehmigung dieser Dringlichkeitsentscheidung? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist das gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln so genehmigt.

Zu Tagesordnungspunkt 18.3:

**18.3 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Nord
Arbeitstitel: Genter Straße in Köln-Neustadt/Nord
5390/2009**

Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer ist gegen diese Genehmigung? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Damit einstimmig so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.4:

**18.4 Errichtung einer neuen Gesamtschule in Köln-Nippes
hier: Inbetriebnahme als Halbtagschule
5429/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeitsentscheidung. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Das sind CDU, FDP und pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist der Beschluss erfolgt.

Ich unterbreche die Sitzung, bis die Ergebnisse der Auszählung der Stimmen vorliegen. Wir haben die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung jetzt abgearbeitet. Die Ergebnisse der Wahlen müssen aber im öffentlichen Teil der Ratssitzung verkündet werden.

Ich mache Ihnen daher folgenden Vorschlag: Da wir Nichtöffentlichkeit hergestellt haben, könnten wir jetzt mit der nichtöffentlichen Sitzung fortfahren. Sobald die Abstimmungsergebnisse vorliegen, wird die öffentliche Sitzung wiedereröffnet. Sind Sie damit einverstanden? - Das ist Fall. Dann verfahren wir so.

(Unterbrechung der öffentlichen Sitzung von 22.46 bis 23.00 Uhr zur Durchführung der nichtöffentlichen Sitzung)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Die öffentliche Sitzung ist wieder eröffnet.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Wahl der Vertreter der Stadt Köln für die Mitgliederversammlung des Interkommunalen Arbeitskreises Wahner Heide
5404/2009**

Ich gebe die Ergebnisse der Abstimmung bekannt: abgegebene Stimmen 88, Enthaltungen 4. Davon entfielen auf:

- Liste 1, SPD: 25 Stimmen
- Liste 2, CDU: 24 Stimmen
- Liste 3, Bündnis 90/Die Grünen: 20 Stimmen
- Liste 4, FDP: 10 Stimmen
- Liste 5, pro Köln: 5 Stimmen

Gewählt sind: Herr Schumann, Herr Ervens, Frau Henk-Hollstein, Hartmut Achten, Dr. Matthias Welpmann, Dieter Redlin, Wolf-Günter Lembke.

Als Stellvertreter sind gewählt: Monika Möller, Polina Frebel, Werner Marx, Claudia Ebert, Dr. Sabine Müller, Kirsten Jahn und Dr. Rolf Albach.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

**17.8 Verein Region Köln/Bonn e.V.
hier: Wahl der Mitgliedervertreter
0154/2010**

Auf die einzelnen Wahlvorschläge entfielen:

- Liste 1, SPD: 25 Stimmen
- Liste 2, CDU: 24 Stimmen
- Liste 3, Bündnis 90/Die Grünen: 20 Stimmen
- Liste 4, FDP: 10 Stimmen
- Liste 5, pro Köln: 5 Stimmen

Gewählt sind: Herr Schultz, Jörg van Geffen, Hildburg Holländer, Stefan Götz, Jörg Frank, Manfred Waddey und Mark Stephen Pohl.

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

**17.9 RheinEnergie Stiftung Jugend/Beruf, Wissenschaft
hier: Entsendung von Mitgliedern des
Stiftungsrates
0129/2010**

Auf die einzelnen Wahlvorschläge entfielen:

- Liste 1, SPD: 25 Stimmen
- Liste 2, CDU: 24 Stimmen
- Liste 3, Bündnis 90/Die Grünen: 20 Stimmen
- Liste 4, FDP: 10 Stimmen
- Liste 5, pro Köln: 5 Stimmen

Gewählt sind: Dr. Ralf Heinen, Hans-Jürgen Klipper, Ossi Helling und Yvonne Gebauer.

Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

**17.10 Wahl des Integrationsrates 2010
hier: Bestellung der Mitglieder des Rates für den Integrationsrat der Stadt Köln in der Wahlperiode des Rates 2009/2014
0190/2010**

Auf die einzelnen Wahlvorschläge entfielen:

- Liste 1, SPD: 24 Stimmen
- Liste 2, CDU: 24 Stimmen
- Liste 3, Bündnis 90/Die Grünen: 19 Stimmen
- Liste 4, FDP: 9 Stimmen
- Liste 5, pro Köln: 5 Stimmen
- Liste 6, Die Linke: 6 Stimmen

Gewählt sind: Gonca Mucuk-Edis, Cornelia Schmerbach und Malik Karaman für die SPD, Bernhard Ensmann, Dr. Ralph Elster und Helmut Jung für die CDU, Ossi Helling und Stefan Peil für die Grünen, Sylvia Laufenberg für die FDP, Jörg Uckermann für pro Köln sowie Özlem Demirel für Die Linke.

Damit sind alle Wahlergebnisse verkündet.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich ganz herzlich für die rege Diskussionsteilnahme und wünsche Ihnen allen noch einen schönen Abend.

Die öffentliche Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 23.03 Uhr)

Anlage 1

Zu Protokoll gegebene Rede des Ratsmitgliedes Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen) zu Tagesordnungspunkt 10.24, „Preise für das Schülermittagessen“ 4303/2009

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir werden diesem Beschlussantrag zustimmen, obwohl uns die Zustimmung nicht leicht fällt. Wir sehen nämlich zuallererst das Land in der Verpflichtung, für die Kosten des Mittagessens aufzukommen. Wir stimmen der Erhöhung zu, weil ansonsten die den Deckelbetrag übersteigenden Kosten aus dem städtischen Haushalt zu erstatten wären, was aufgrund der gegenwärtigen Haushaltslage nicht möglich ist. Im Übrigen bleiben ja auch die Vergünstigungen für die Kölnpass-Inhaber erhalten.

Allerdings sind wir der Überzeugung, dass die Essensversorgung an Schulen im Blick auf gesunde Nahrung, im Blick auf Nachhaltigkeitskriterien bei der Erzeugung und dem Transport von Lebensmitteln, aber auch im Blick auf ihre pädagogische Funktion verbessert werden muss.

Einzelne Beobachtungen, wie zum Beispiel die der WDR-Sendung *markt-scanner* vom 25. Januar 2010, die sich mit dem Schulessen befasst hat, aber auch die Ausschreibungskriterien der Stadt haben uns zu der Ansicht geführt, dass in diesem Bereich eine Verbesserung geboten ist.

Auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme der an den Schulen vorhandenen Versorgung wollen wir in Zusammenarbeit mit den Schulen die bestehenden Ausschreibungskriterien verbessern, in ökologischer Hinsicht den Anteil von regional erzeugten Lebensmitteln erhöhen und nicht zuletzt auch Elemente des fairen Handels einbeziehen. Auch die Angebote an den Schulkiosken sollen Gegenstand der Überlegungen sein.

Analog zur Beschäftigung mit der Versorgung in Schulen wollen wir uns auch mit der Versorgung in den Kindertagesstätten befassen.

Als Zweites müsste auch die Kostenstruktur behandelt werden, sowohl im Hinblick auf faire Preise für die Versorger als auch im Blick auf die Preisgestaltung für die Schüler und Schülerinnen beziehungsweise Kinder in den Kindertagesstätten.

Anlage 2

Zu Protokoll gegebene Rede des Ratsmitgliedes Jörg Detjen (Die Linke.Köln) zu Tagesordnungspunkt 10.26, „Aktionsplan für nachhaltige Energie der Stadt Köln, eine Ausarbeitung zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Bürgermeisterkonvent“ 0215/2010

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Aktionsplan für nachhaltige Energie der Stadt Köln steht, dass im verdichteten Wohnungsbau der großen Städte die Stromanwendungen in den Privathaushalten bis zu 50 Prozent der energiebedingten CO₂-Emissionen verursachen und sich Einsparpotenziale von 20 bis 30 Prozent ohne Komforteinbußen erschließen ließen.

Trotzdem hat es außer einem gut besuchten Aktionstag und einer durchaus erfolgreichen Erprobung des Frankfurter „SparWatt“-Modells in diesem Bereich noch nicht viele Aktivitäten gegeben - immer mit dem Hinweis, dass die Haushaltsslage das nicht zulasse.

Daher ist es zu begrüßen, dass nun die Aktion „Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte“ gestartet wird. Diese ist ursprünglich aus unserem Ratsbeschluss zur Einführung eines Sozialtarifs für Strom und Gas entstanden, was die Mehrschichtigkeit solcher Aktionen verdeutlicht.

Die Idee ist ausbaufähig, vor allem dann, wenn man den Menschen nicht nur erklärt, dass ihre alten Geräte zu viel Strom verbrauchen, sondern wenn man es ihnen auch finanziell ermöglicht, dass sie sich energiesparende Ersatzgeräte anschaffen können. Dabei können wir uns verschiedene Modelle und Finanzierungsmöglichkeiten vorstellen. Das beginnt beim 100-Prozent-Zuschuss und endet beim zinslosen Darlehen. Bei einem möglichen Einsparpotenzial von 20 Prozent hat sich die Investition bereits nach 1,8 Jahren wirtschaftlich amortisiert, während der Klimaschutz unmittelbar verbessert wird und die im Bürgermeisterkonvent festgelegten Ziele erreicht werden. Hier liegt ein langfristiges, mehrschichtiges Potenzial.

Die Verwaltung schlägt vor, dass ein Kosten-Nutzen-Verhältnis von investiertem Euro und eingesparter CO₂-Tonnage zur Beschlussgrundlage werden soll. Jeder hier investierte Euro zählt nämlich doppelt, wenn nicht dreifach. Durch

die Einsparungen an CO₂ wird etwas für den Klimaschutz getan, und durch die Reduzierung der Stromkosten werden die Verbraucher entlastet. Dies kann über Umwege zum Beispiel bei Heizkosten auch wieder die Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt senken, Stichwort: KdU.

Das ist das, was wir uns unter nachhaltiger und vernetzter Konzeptentwicklung vorstellen.